

IWF
2014

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2014

VON STABILISIERUNG ZU NACHHALTIGEM WACHSTUM



DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS

Der IWF ist die zentrale Weltorganisation, die für die internationale Zusammenarbeit in der Geld- und Währungspolitik zuständig ist. Da die Organisation 188 Mitgliedsländer zählt, arbeiten in ihr fast alle Länder der Welt gemeinsam an der Förderung des Gemeinwohls. Der Hauptzweck des IWF besteht darin, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern – das System der Wechselkurse und internationalen Zahlungen, das es den Ländern (und ihren Bürgern) ermöglicht, Güter und Dienstleistungen voneinander zu kaufen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesichert und der allgemeine Lebensstandard erhöht werden sollen.

Alle Mitgliedsländer sind im Exekutivdirektorium des IWF vertreten; das Exekutivdirektorium erörtert die nationalen, regionalen und globalen Auswirkungen der Wirtschaftspolitiken eines jeden Mitglieds. Dieser Jahresbericht erfasst die Tätigkeiten des Exekutivdirektoriums und von Geschäftsführung und Mitarbeiterstab des IWF im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2013 bis zum 30. April 2014. Die Inhalte spiegeln die Ansichten und Richtlinien des Exekutivdirektoriums des IWF wider, das aktiv an der Ausarbeitung dieses Jahresberichts beteiligt war.

Zu den Hauptaufgaben des IWF gehören:

- Beratung der Mitglieder zu Politikmaßnahmen, die ihnen helfen können, Finanzkrisen vorzubeugen oder diese beizulegen, makroökonomische Stabilität zu erreichen, ihr Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und die Armut zu verringern.
- Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen, d.h. wenn ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen, sowie
- Bereitstellung technischer Hilfe und Ausbildung, auf Antrag eines Landes, für den Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen, die das Land für die Verfolgung einer soliden Wirtschaftspolitik benötigt.

Der IWF hat seinen Hauptsitz in Washington, D.C. Aufgrund seiner weltweiten Präsenz und seiner engen Beziehungen zu den Mitgliedsländern unterhält er außerdem Büros in aller Welt. Weitere Informationen über den IWF und seine Mitgliedsländer können auf der Website des IWF, www.imf.org, abgerufen werden.

Die Website des Jahresberichts (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2014/eng) enthält Begleitmaterial zum Jahresbericht (in englischer Sprache): Webkästen, Webtabellen, Anhänge (einschließlich des Jahresabschlusses zum 30. April 2014) und andere einschlägige Dokumente. Eine CD-ROM-Version des Annual Report, einschließlich des auf der Website veröffentlichten Begleitmaterials, ist von IMF Publication Services erhältlich.

AKRONYME UND ABKÜRZUNGEN

ACT	Arab countries in transition (Arabische Länder im Übergang)
AML/CFT	Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism (Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung)
ASEAN +3	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen plus China, Japan und Korea)
CDIS	Coordinated Direct Investment Survey (Koordinierte Erhebung über Direktinvestitionen)
CESEE	Central, eastern, and southeastern Europe (Zentral-, Ost- und Südosteuropa)
COFER	Currency Composition of Foreign Exchange Reserves (Währungszusammensetzung von Devisenreserven)
CPIS	Coordinated Portfolio Investment Survey (Koordinierte Erhebung zu Beständen an Portfoliopositionen)
CPI-GBA	Consumer Price Index for Greater Buenos Aires (Verbraucherpreisindex für den Großraum Buenos Aires)
DGI	Data Gaps Initiative (Datenlückeninitiative)
DSA	Debt sustainability analysis (Schuldentragfähigkeitsanalyse)
DSF	Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries (Regelwerk zur Schuldentragfähigkeit in einkommensschwachen Ländern)
EAC	External Audit Committee (Externer Rechnungsprüfungsausschuss)
EC	European Commission (Europäische Kommission)
ECB (EZB)	European Central Bank (Europäische Zentralbank)
EFF	Extended Financing Facility (Erweiterte Finanzierungsfazilität)
ENDA	Emergency Natural Disaster Assistance (Nothilfe bei Naturkatastrophen)
EPCA	Emergency Post-Conflict Assistance (Nothilfe für Länder in der Konfliktfolgezeit)
EWE	Early Warning Exercise (Frühwarnübung)
FAS	Financial Access Survey (Erhebung über den Zugang zu Finanzdienstleistungen)
FATF	Financial Action Task Force
FCL	Flexible Credit Line
FM	<i>Fiscal Monitor</i>
FSAP	Financial Sector Assessment Program (Programm zur Bewertung des Finanzsektors)
FSB	Financial Stability Board (Rat für Finanzstabilität/ Finanzstabilitätsrat)
FSRB	FATF-style regional body (regionales Gremium in der Art der FATF)
FY (GJ)	Financial year (Geschäftsjahr)
G-20 (G20)	Group of Twenty (Gruppe der Zwanzig)
GAB	General Arrangements to Borrow (Allgemeine Kreditvereinbarungen)
GDSD	General Data Dissemination System (Allgemeines Datenweitergabesystem)
GDP (BIP)	Gross domestic product (Bruttoinlandsprodukt)
GFSR	<i>Global Financial Stability Report</i>
GRA	General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen)
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries (hochverschuldete arme Länder)
ICD	Institute for Capacity Development (Institut für Kapazitätsentwicklung)
IEO	Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro)

IWF

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2014

VON STABILISIERUNG ZU NACHHALTIGEM WACHSTUM

INHALTSVERZEICHNIS

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EXEKUTIVDIREKTORIUMS	4
---	---

EXEKUTIVDIREKTORIUM	6
---------------------	---

BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT	8
---	---

1 ÜBERBLICK	9
Die Weltwirtschaft	10
Überwachung und fondsgestützte Programme	10
Politische Beratung, Governance und Kapazitätsaufbau	11
Ressourcen und Rechenschaft	12

2 ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN	13
Einleitung	14
Die Weltwirtschaft: Veränderte Beiträge zum Wachstum	14
Auf dem Weg zu einer dynamischen Erholung mit vielen Arbeitsplätzen	16

3 UMGANG MIT EINER WELT IM WANDEL	19
Politik für eine verknüpfte Welt	20
Überwachung globaler Entwicklungen	20
Überwachung	21
Einkommensschwache Länder	27
Aufstrebende Marktwirtschaften	29
Arabische Länder im Übergang	29
Kleinststaaten	30
Mittelvergabe und das globale Sicherheitsnetz	30
Ressourcen für die Mittelvergabe	30
Programmgestaltung	32
Konditionalität	33
Mittelvergabe im Jahresverlauf	34

4 NACHHALTIGE ERHOLUNG STÜTZEN UND WIDERSTANDSKRAFT STÄRKEN	39
Politikberatung	40
Fiskalpolitik	40
Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte	43
Geldpolitik	45
Makroprudenzielle Politik	47
Regulatorische Reform	47
Arbeitsplätze und Wachstum	48
Angemessenheit von Reserven	48
Quoten und Governance	49

Quotenüberprüfung	49
Quotenformel	49
Kapazitätsentwicklung	50
Initiativen im Rahmen der technischen Hilfe	50
Reaktion auf dringenden Bedarf	50
Mitgliedsländern bei der Kapazitätsentwicklung helfen	52
Ausbildung	53
Externe Unterstützung	55
Initiativen zu Daten und Datenstandards	57
General Data Dissemination System, Special Data Dissemination Standard und Special Data Dissemination Standard Plus	57
Verbraucherpreisindex Argentiniens und BIP-Daten	57
Sonstige Daten- und Statistikarbeit	58
Zusammenarbeit mit anderen Organisationen	60
Gruppe der Zwanzig	60
Rat für Finanzstabilität	61
Weltbankgruppe	62
Andere Organisationen	62

5 FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT	65
Haushalt und Einkommen	66
Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung	66
Goldverkauf	68
Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	68
Rückstände gegenüber dem IWF	71
Prüfungsverfahren	71
Risikomanagement	73
Personalwesen – Politiken und Organisation	74
Personalwesen	74
Amtszeit des IMFC-Vorsitzenden verlängert	76
Rechenschaftspflicht	77
Unabhängiges Evaluierungsbüro	77
Transparenz	78
Überprüfung der Kommunikationsstrategie	79
Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder	79

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER	82
---	----

LEITENDE MITARBEITER	83
-----------------------------	----

ORGANIGRAMM DES IWF	84
----------------------------	----

ANMERKUNGEN	85
--------------------	----

KÄSTEN

3.1	Wie Frauen zum Wirtschaftswachstum beitragen	26
4.1	Aktualisierung der Initiative zum Verhaltenskodex zur Transparenz der öffentlichen Haushalte	42
4.2	Neue standardisierte Assessment Tools	51
4.3	Neue ICD-Lehrgänge	55
4.4	Erstes Statistikforum beleuchtet die Rolle der Statistik für die weltweite Wirtschafts- und Finanzstabilität	61
5.1	Fortschritt bei den Gebäuderenovierungen	70
5.2	Sicherungsbewertungen: Politik und Maßnahmen	73
5.3	In memoriam: Wabel Abdallah	75
5.4	Initiativen des Regionalbüros für Asien und den Pazifikraum zur Stärkung des politischen Dialogs	81

SCHAUBILDER

3.1	In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2005–14 gebilligte Vereinbarungen	34
3.2	Ausstehende nichtkonzessionäre Finanzierungen, GJ 2005–14	35
3.3	Ausstehende konzessionäre Finanzierungen, GJ 2005–14	35
4.1	Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe, GJ 2011–14	52
4.2	Bereitstellung von Technical Assistance nach Themenbereich, GJ 2011–14	52
4.3	Bereitstellung von Technical Assistance nach Programmstatus, GJ 2011–14	52
4.4	Bereitstellung von Technical Assistance nach Region, GJ 2011–14	52
4.5	Bereitstellung von Ausbildung nach Einkommensgruppe, GJ 2011–14	54
4.6	Bereitstellung von Ausbildung nach Lehrgangsgruppe, GJ 2011–14	54
4.7	Bereitstellung von Ausbildung nach Region, GJ 2011–14	54
4.8	Ausgaben für die Kapazitätsentwicklung, GJ 2011–14	54

TABELLEN

3.1	Kreditvergabe-Fazilitäten des IWF	36
3.2	Im GJ 2014 unter den Hauptfazilitäten gebilligte Vereinbarungen	38
3.3	Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen während des GJ 2014	38
5.1	Haushalt nach Hauptausgabenkategorie, GJ 2013–17	69

5.2	Im Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2014	69
5.3	Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art	71

Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) beginnt jeweils am 1. Mai und endet am 30. April.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden zum leichteren Verständnis angegeben. Am 30. April 2014 lag der Wechselkurs SZR/US-Dollar bei 1 US\$ = 0,64529 SZR und der Wechselkurs US-Dollar/SZR bei 1 SZR = 1,54969 US\$. Die Wechselkurse des Vorjahres (30. April 2013) beliefen sich auf: 1 US\$ = 0,662691 SZR und 1 SZR = 1,509 US\$.

In der englischen Fassung bedeutet „Billion“ eine Milliarde und „Trillion“ eine Billion. Geringfügige Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Jahresbericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, aber für die statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis erhoben werden.

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EXEKUTIVDIREKTORIUMS



Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

Der Jahresbericht des Exekutivdirektoriums des IWF an den Gouverneursrat des IWF ist ein wesentliches Element in der Rechenschaft des IWF. Das Exekutivdirektorium trägt die Verantwortung für die Führung der Geschäfte des Fonds und besteht aus 24 Exekutivdirektoren, die von den 188 Mitgliedsländern des IWF ernannt werden, während der Gouverneursrat, in dem jedes Mitgliedsland durch einen hochrangigen Beamten repräsentiert wird, die höchste leitende Autorität des IWF ist. Mit der Veröffentlichung des Jahresberichts kommt das Exekutivdirektorium seiner Rechenschaftspflicht gegenüber dem Gouverneursrat des IWF nach.

Der IWF wurde vor genau 70 Jahren gegründet. 1944 waren die Staats- und Regierungschefs der Welt entschlossen, dem Chaos und der Zerstörung des Krieges eine Welt entgegenzusetzen, die auf Zusammenarbeit statt Konflikt und auf Integration statt Isolation gründet. Das Kernprinzip des neu geschaffenen IWF lautete denn auch, dass der Weg zu nationalem Wohlstand über globalen Wohlstand führt.

Vor sieben Jahren begann die weltweite Finanzkrise, die zu den schlimmsten weltwirtschaftlichen Verwerfungen seit der großen Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre führte. Aber es kam nicht zu einer zweiten Großen Depression. Das war kein Zufall, sondern ist der soliden Anwendung des Gründungsprinzips des IWF zu verdanken, das der globalen Zusammenarbeit oberste Priorität einräumt. Ich bin stolz auf die Rolle, die der IWF hierbei spielt.

Gleichwohl ist der Weg zu einer nachhaltigen Erholung mit kräftigem und umfassendem Wachstum und raschem Abbau der Arbeitslosigkeit noch lang. Die Erholung schreitet voran, ist aber noch zu langsam und fragil gegenüber den Launen der Finanzmärkte. Noch immer suchen Millionen von Menschen eine Arbeit. Die Unsicherheit mag zurückgegangen sein, doch verschwinden tut sie nicht.

Ein wesentliches Problem ist, dass eine neue Wachstumsdynamik die globale Erholung erschwert. Da die Erholung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften uneinheitlich verläuft – in den USA und im Vereinigten Königreich schneller als im Euroraum oder in Japan – wird auch die Normalisierung der Geldpolitik in jedem Land in unterschiedlichem Tempo erfolgen, was sich möglicherweise auf Volatilität und Wachstum niederschlägt. Gleichzeitig erleben die aufstrebenden Marktwirtschaften eine allgemeine und synchron verlaufende Verlangsamung des Wachstums, was wiederum die Aussichten in anderen Teilen der Welt dämpfen kann. Die Gefahr der äußerst niedrigen Inflation in Europa überschattet die Erholung ebenfalls. Zunehmende geopolitische Bedenken tragen ihrerseits noch zur allgemeinen Unsicherheit bei.

Die Situation muss mit der richtigen Kombination aus politischen Maßnahmen gesteuert werden. In diesem Zusammenhang stellte der IWF bei der Jahrestagung 2013 und bei der Frühjahrstagung 2014 seine Global Policy Agenda vor. Diese Agenda betonte die Notwendigkeit, die Kohärenz der

politischen Maßnahmen und die Zusammenarbeit unter den politisch Verantwortlichen zu stärken. Die Prioritäten sind klar: Fortgeschrittene Volkswirtschaften müssen ihr Augenmerk auf maßvolle und gut kommunizierte politische Entscheidungen richten, um die Erholung auf sichere Beine zu stellen; aufstrebende Marktwirtschaften müssen ihre Fundamentaldaten verbessern, ihre Anfälligkeiten abbauen und Strukturreformen stärker vorantreiben. Außerdem müssen sich alle Länder zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Dialog bereit erklären.

Während der Krise und in der Erholungsphase hat der IWF einen unverzichtbaren Beitrag für die wirtschaftliche Zusammenarbeit geleistet und wird dies auch weiterhin tun. Er ist das maßgebliche Forum für die Zusammenkunft und Zusammenarbeit unserer 188 Mitgliedsländer. Im Lauf des vergangenen Jahres hat der IWF seine Mitglieder abermals durch seine Überwachungsarbeit, seine Kreditvergabe und technische Hilfe unterstützt.

Der Fonds hat die bessere Integration von bilateraler und multilateraler Überwachung zu einer seiner Hauptaufgaben gemacht, insbesondere durch seine Spillover und seine External Sector Reports sowie seine Cluster Reports. Der IWF hat in den verschiedensten Bereichen Unterstützung für seine Mitgliedsländer geleistet: zu Fiskalpolitik in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, zu Wachstumsstrategien und Strukturreformen in aufstrebenden Marktwirtschaften sowie zu Diversifizierung und Strukturwandel in einkommensschwachen Ländern. Er hat seine Arbeit in neueren Bereichen intensiviert, die Stabilität und Wachstum beeinflussen – so etwa das Wohlstandsgefälle, die Umwelt und die wirtschaftliche Einbindung von Frauen.

An der finanziellen Front unterstützte der Fonds weiterhin die Reformbestrebungen seiner Mitglieder in aller Welt, um ihnen die schmerzhafteste Anpassungspolitik zu erleichtern. Dieses Jahr überprüfte der Fonds einen Teil seiner Fazilitäten wie etwa die Flexible Credit Line, die Precautionary and Liquidity Line und das Rapid Financing Instrument auf ihre Wirksamkeit bei der Länderunterstützung. Auch beschlossen die Fondsmitglieder, die Gewinne aus dem Goldverkauf zur Erfüllung des Finanzierungsbedarfs für unsere einkommensschwachen Mitglieder in den kommenden Jahren bereitzustellen.

Darüber hinaus hat der IWF seine Tätigkeit im Rahmen des Kapazitätsaufbaus verstärkt; damit hilft er Mitgliedsländern bei Ausgestaltung, Aufbau und Stärkung der Institutionen, die die Bausteine für wirtschaftlichen Erfolg bilden. Seit Ausbruch der Krise haben wir all unseren Mitgliedern Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt; technische Hilfe kam 90 Prozent unserer Mitglieder zugute. Im Lauf des letzten Jahres führte der IWF neue Tools und Kurse ein, eröffnete ein neues regionales Zentrum für technische Hilfe in Ghana und erhielt 181 Mio. US\$ an neuen Geberbeiträgen.

Die Leistung des IWF im vergangenen Jahr und der unermüdliche Einsatz unserer Mitarbeiter und des Exekutivdirektoriums, die all dies ermöglicht haben, erfüllen mich mit Stolz. Es ist mir eine große Ehre, dieser ehrwürdigen Institution als Geschäftsführende Direktorin zu dienen. Ich freue mich auf unsere künftige Arbeit, bei der wir die Herausforderungen unserer gesamten Mitglieder angehen werden, damit die Weltwirtschaft eine neue Phase nachhaltigen Wachstums und gemeinsamen Wohlstands erleben kann.



David Lipton, Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor



Naoyuki Shinohara, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor



Nemat Shafik, Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin, am 18. März 2014 zurückgetreten



Min Zhu, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

EXEKUTIVDIREKTORIUM mit Stand vom 30. April 2014

Stellvertretende Exekutivdirektoren sind in Kursivschrift angegeben.



Meg Lundsager
Unbesetzt
Vereinigte Staaten



Daikichi Momma
Isao Hisikawa
Japan



Hubert Temmeyer
Steffen Meyer
Deutschland



Hervé de Villeroché
Unbesetzt
Frankreich



Wimboh Santoso
Rasheed Abdul Ghaffour
Brunei Darussalam, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam



ZHANG Tao
SUN Ping
China



Jong-Won Yoon
Ian Davidoff, Vicki Plater
Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu



Thomas Hockin
Mary T. O'Dea
Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen



Rakesh Mohan
Kosgallana Ranasinghe
Bangladesh, Bhutan, Indien, Sri Lanka



Fahad Alshathri
Hesham Alogeel
Saudi-Arabien



Daniel Heller
Dominik Radziwill
Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan



Paulo Nogueira Batista, Jr.
Hector Torres, Luis Oliveira Lima
Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago



Stephen Field
Christopher Yeates
Vereinigtes Königreich



Menno Snel
Willy Kiekens, Oleksandr Petryk
Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern



José Rojas
Fernando Varela, Maria Angélica Arbeláez
Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Venezuela



Andrea Montanino
Thanos Catsambas
Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino



Audun Groenn
Pernilla Meyerson
Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden



Momodou Saho
Chileshe M. Kapwepwe, Okwu Joseph Nnamma
Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda



A. Shakour Shaalan
Sami Geadah
Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate



Johann Prader
Omer Yalvac, Miroslav Kollar
Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn



Aleksei V. Mozhin
Andrei Lushin
Russische Föderation



Mohammad Jafar Mojarad
Mohammed Daïri
Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien



Alvaro Rojas-Olmedo
Sergio Chodos
Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay



Kossi Assimaidou
Nguéto Tiraina Yambaye, Woury Diallo
Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT

30. Juli 2014

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Mir gebührt die Ehre, dem Gouverneursrat gemäß Artikel XII, Paragraph 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Paragraph 10 der Satzung des IWF den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2014 abgelaufene Geschäftsjahr zu übergeben. Laut Paragraph 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2015 in Kapitel 5 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2014 abgelaufene Geschäftsjahr werden gemeinsam mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Anhang VI vorgestellt, der auf der CD-ROM des Berichts sowie auf der Website des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2014/eng/index.htm eingesehen werden kann. Die externe Rechnungsprüfung und die Rechnungslegungsprozesse wurden nach Maßgabe von Paragraph 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den externen Rechnungsprüfungsausschuss überprüft, dem derzeit die Herren Wang (Vorsitz), Ramos und Loreto angehören.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

1 ÜBERBLICK



ÜBERBLICK



Im Zeitraum von Mai 2013 bis April 2014 – dem Geschäftsjahr 2014 des IWF¹ – erreichte die Weltwirtschaft einen entscheidenden Wendepunkt: Sie überwand die schwerste Finanzkrise seit knapp hundert Jahren. Die wirtschaftliche Erholung fasste Fuß, verlief aber zu schleppend und wurde durch zahlreiche Hindernisse gebremst. In ihrer Global Policy Agenda (Weltpolitischen Agenda) zeigte die Geschäftsführende Direktorin des IWF mutige politische Schritte auf, die eine Beseitigung dieser Hindernisse und ein schnelleres und nachhaltigeres Wachstum der Weltwirtschaft ermöglichen könnten. Oberste Priorität war dabei, die Kohärenz der politischen Maßnahmen und die Kooperation zwischen Politikern im In- und Ausland zu stärken: Wohlstand im Inland und Wohlstand weltweit sind miteinander verknüpft und hängen mehr denn je von der Zusammenarbeit zwischen den Ländern ab. Der IWF ist für diese globale Zusammenarbeit unersetzlich.

Mit Bewertungen im Rahmen seiner zahlreichen multi- und bilateralen Überwachungsprodukte und seines aktiven Engagements mit seinen 188 Mitgliedsländern durch politische und finanzielle Unterstützung und Kapazitätsentwicklung half der IWF seinen Mitgliedern auch in diesem Geschäftsjahr bei der Aufdeckung systemischer Risiken und der Gestaltung starker Politikmaßnahmen, mit denen Bedrohungen der internen wie globalen Stabilität begegnet werden kann.

DIE WELTWIRTSCHAFT

Gegen Ende des Jahres erstarkte die globale Wirtschaftstätigkeit, was in erster Linie auf eine verbesserte Lage in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückzuführen war; insgesamt aber verlief die Erholung uneinheitlich und zu schleppend, um für Beruhigung zu sorgen. Das Wachstum war weiterhin schwach, und Millionen von Menschen waren nach wie vor ohne Arbeit. Das Aufkommen geopolitischer Risiken sorgte zudem für neue Sorgen. Politikmaßnahmen im Jahresverlauf trugen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft bei, doch selbst als die Auswirkungen der Krise in den Hintergrund traten, wurde die globale Finanzstabilität durch neue Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verlangsamung in den Schwellenmärkten und dem Risiko einer sehr niedrigen Inflation in Europa bedroht. Folglich blieb die Erholung bescheiden und fragil. In Kapitel 2 wird die Wirtschafts- und Finanzentwicklung des Jahres ausführlicher erläutert.

ÜBERWACHUNG UND FONDSGESTÜTZTE PROGRAMME

Die Gesundung der Weltwirtschaft gestaltete sich im Jahresverlauf unausgewogen und zurückhaltender als erhofft. Die Umstellung der Wirtschaft von Stabilisierung zu nachhaltigem, ausgewogenem

und umfassendem Wachstum ist noch nicht abgeschlossen. Maßnahmen zur Unterbrechung des Kreislaufs aus gedämpftem Wachstum und wiederkehrender Nervosität an den Märkten waren eine bessere Umsetzung politischer Maßnahmen und die sorgfältige Verwaltung einer Reihe von bereits begonnenen Umstellungen: Normalisierung der globalen Finanzbedingungen mit den entsprechenden Übertragungs- und Rückflusswirkungen, ein Wandel in der Wachstumsdynamik mit einem zunehmenden Beitrag der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, niedrigerem zugrunde liegenden Wachstum in aufstrebenden Marktwirtschaften und der Wiederherstellung einer ausgewogenen weltweiten Nachfrage sowie schließlich die Fertigstellung der Reform des globalen Finanzsystems zur Förderung einer höheren Stabilität.

Der IWF unterstützte seine Mitglieder im Lauf des Jahres durch Beurteilungen zu Anfälligkeiten, Diversifizierung und Strukturwandel in Niedrigeinkommensländern, Wachstum in Schwellenländern, Fiskalpolitik in fortgeschrittenen Volkswirtschaften sowie Strukturfragen wie Einkommensungleichheit und die Beteiligung von Frauen an der Wirtschaft. Der Fonds stellte gezielte Politikberatung im Rahmen seiner bilateralen und multilateralen Überwachung, einschließlich Spillover- und Cluster-Berichten, sowie finanzielle Unterstützung bereit. Kapitel 3 enthält weitere Informationen über die Überwachungstätigkeit des IWF und fondsgestützte Programme im Jahresverlauf.

POLITISCHE BERATUNG, GOVERNANCE UND KAPAZITÄTSAUFBAU

Im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit über das internationale Währungssystem stellt der IWF Mitgliedsländern politische Beratung zu einer Vielzahl von Themen im Zusammenhang mit Wirtschaftsstabilität zur Verfügung; er unterstützt dadurch Programme in den Mitgliedsländern, hilft Ländern bei der Stärkung ihrer Institutionen und Kapazitäten und überwacht die Wirtschaft der einzelnen Mitgliedsländer.

Während des Geschäftsjahres erörterte das Exekutivdirektorium Themen wie Fiskalpolitik, unkonventionelle Geldpolitik sowie makroprudenzielle Politik. Darüber hinaus prüfte es die Fortschritte, die bei den wichtigsten Reformen seiner Governance-Struktur wie etwa der Quotenreform erzielt wurden. Das Direktorium überprüfte zudem Fondsfazilitäten wie die Flexible Credit Line (Flexible Kreditlinie), die Precautionary and Liquidity Line (Vorsorge- und Liquiditätslinie), das Rapid Financing Instrument (Instrument für schnelle Finanzierung) sowie die Konditionalität der Geldpolitik.

Die Kapazitätsentwicklung des IWF durch Ausbildung und technische Hilfe unterstützt die Mitgliedsländer beim Aufbau starker Institutionen und bei der Ausarbeitung und Implementierung solider makroökonomischer und finanzpolitischer Maßnahmen. Im GJ 2014 führte der IWF neue standardisierte Bewertungstools und Kurse ein, eröffnete ein neues Regional Technical Assistance Center (Regionales Zentrum für Technical

Vorherige Doppelseite oben Eine Fertigungsstraße mit Robotern in einer Fabrik in Spanien **Vorherige Doppelseite unten** Eine Schaltzentrale in einem Gaswerk in der Tschechischen Republik **Gegenüberliegende Seite links** Eine Anzeigetafel für den Aktienmarkt in Tokio, Japan **Gegenüberliegende Seite rechts** Ein Containerschiff an den Miraflores-Schleusen im Panama-Kanal **Unten links** Gemüsehändlerinnen in den Vereinigten Arabischen Emiraten **Unten rechts** In einer Goldmine im Bezirk Mubende, Uganda, werden Mobiltelefone geladen



Assistance) in Ghana und erhielt 181 Mio. US\$ an neuen Geberbeiträgen. Das Direktorium überprüfte die Kapazitätsentwicklungsstrategie des Fonds und befürwortete Reformen. In Kapitel 4 werden weitere Einzelheiten zur politischen Beratung, Governance und Kapazitätsentwicklung des IWF erläutert.

RESSOURCEN UND RECHENSCHAFT

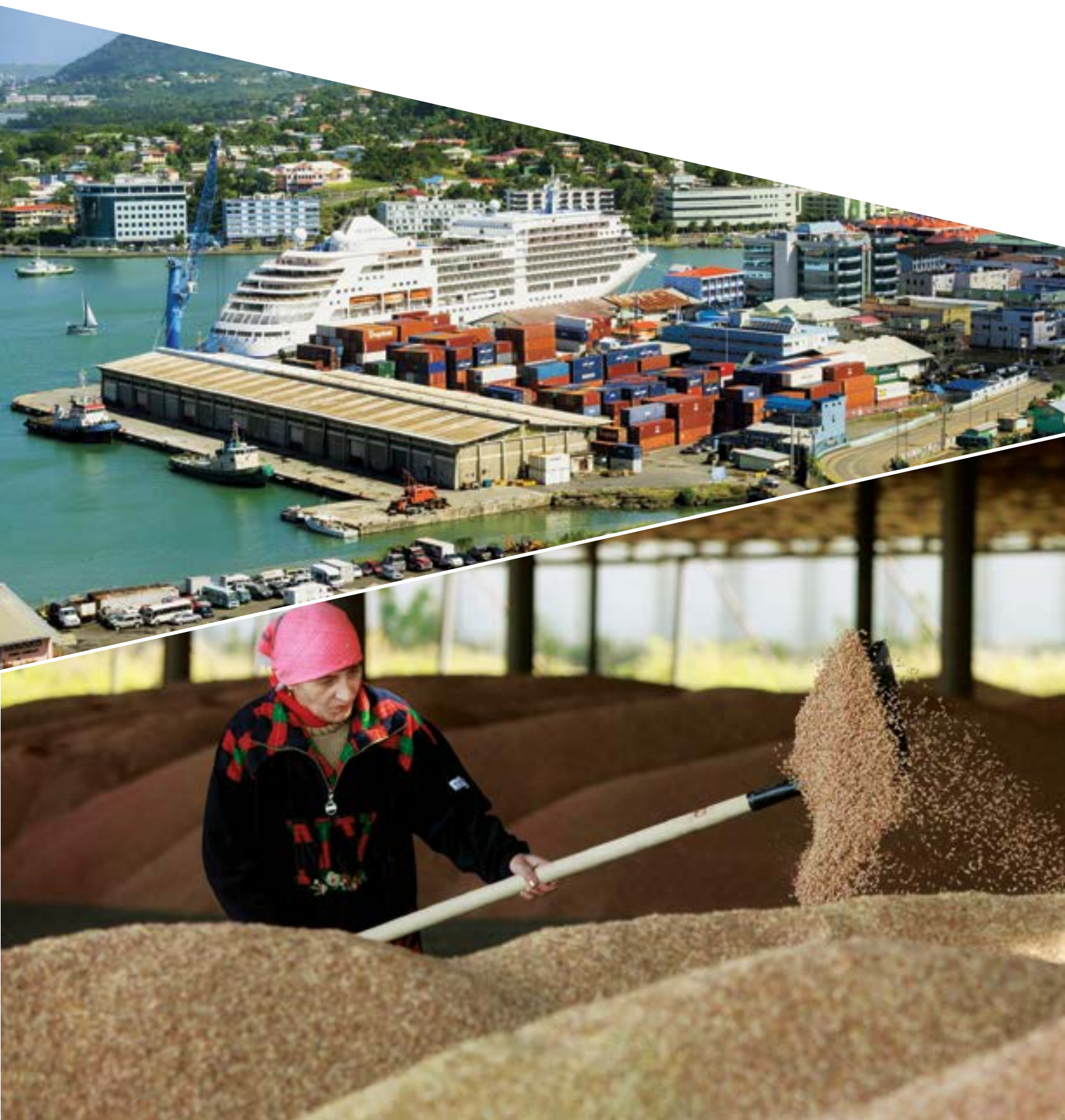
Seit Beginn der Finanzkrise bestand eine der Hauptaufgaben in der Sicherung adäquater Ressourcen zur Deckung des Finanzierungsbedarfs der Mitglieder. Im Januar 2013 verabschiedete das Exekutivdirektorium neue Regeln und Vorschriften für das Investment Account des IWF, um den rechtlichen Rahmen für die Umsetzung der Investitionsbefugnis zu schaffen, die durch eine Änderung des IWF-Übereinkommens erweitert worden war. Zudem wurde dank des unerwarteten Gewinns aus dem Goldverkauf der Schwellenwert erreicht, der eine Ausschüttung der allgemeinen Reserve ermöglichte; diese Mittel flossen in den Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandsfonds für

Armutsbekämpfung und Wachstum), der für Darlehen an Niedrigeinkommensländer herangezogen wird.

Der wechselnde Bedarf der IWF-Mitglieder wurde trotz eines unveränderten Budgets durch Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen, Neuordnung der Prioritäten und bessere Ausnutzung und Umverteilung bestehender Mittel gedeckt. Im Jahresverlauf richtete der IWF sein Hauptaugenmerk weiterhin auf die Anwerbung geeigneter Mitarbeiter, reagierte rasch auf die Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage 2013 und entwickelte ein neues Regelwerk für die Ausbildung von Führungskräften, die auf die Vertiefung der Mitarbeiterführung ausgerichtet ist. Das Exekutivdirektorium stimmte den Verbesserungen der Transparenzpolitik des IWF zu, die einer wirksameren Überwachung und Politikberatung durch den IWF dienen sollen.

Kapitel 5 enthält weiterführende Informationen zu Finanzaktivitäten und politischen Maßnahmen des IWF, seiner Arbeit im Personalwesen und seinen Bestrebungen zur Verbesserung von Transparenz und Rechenschaft.

2 ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN



ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN



EINLEITUNG

Gegen Ende des Geschäftsjahres 2014 ließ die Weltwirtschaft die Große Rezession allmählich hinter sich. Die Erholung nahm an Fahrt auf und die globale Finanzstabilität verbesserte sich. Dennoch blieb das Wachstum zu langsam und zu schwach, um zur Beruhigung beizutragen, und Millionen von Menschen waren immer noch ohne Arbeit. Das Aufkommen geopolitischer Risiken brachte zudem neue Sorgen mit sich.

Politikmaßnahmen im GJ 2014 trugen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft bei. Die Vereinigten Staaten verabschiedeten einen Haushalt und eine Anhebung der Schuldendecke, und die erstarrende Wirtschaft bereitete den Weg für eine Normalisierung der Geldpolitik. Mit diesen Schritten wurden maßgebliche Ungewissheiten beseitigt, die die Aussichten im Oktober 2013 getrübt hatten. In Europa führte das dank der Umsetzung politischer Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene deutlich gesunkene Risiko von Extremereignissen mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit, aber hohem Schadenspotenzial (sog. Tail-Risks) und die Rückkehr zu Wachstum in fast allen Ländern zu einer spürbaren Verbesserung des Marktvertrauens sowohl gegenüber der öffentlichen Hand als auch den Banken. In Japan verzeichnete die als „Abenomics“ bezeichnete Geld- und Wirtschaftspolitik von Premierminister Abe einen guten Start, ging doch der Deflationsdruck zurück, während das Vertrauen stieg. Und die aufstrebenden Marktwirtschaften brachten ihre Politikmaßnahmen nach mehreren Volatilitätsschüben in die richtige Richtung.

Gleichwohl ergaben sich neue Herausforderungen für die globale Finanzstabilität, selbst als die Auswirkungen der Krise in den Hintergrund traten. Die Vereinigten Staaten müssen für einen geordneten Rückzug aus der unkonventionellen Geldpolitik sorgen und aufkeimende Anfälligkeiten im Schattenbankensystem begrenzen. Im Euroraum wurde die Erholung durch die hohe Arbeitslosigkeit und die noch nicht abgeschlossenen Bilanzsanierungen im Banken- und Unternehmenssektor weiterhin belastet. Und in aufstrebenden Marktwirtschaften könnten ungünstigere externe Finanzierungsbedingungen Anfälligkeiten offenlegen, die sich aus der schnell angehäuften Fremdvverschuldung und Bilanzinkongruenzen ergeben, und die Finanzstabilität ins Wanken bringen. Somit blieb die Erholung an sich bescheiden und fragil.

DIE WELTWIRTSCHAFT: VERÄNDERTE BEITRÄGE ZUM WACHSTUM

Die globale Wirtschaftstätigkeit legte 2013 hauptsächlich aufgrund der Verbesserungen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu. Das Tempo der globalen Wirtschaftstätigkeit erhöhte sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 auf 3⅔ Prozent auf das Jahr gerechnet – ein spürbarer Anstieg gegenüber den 2⅔ Prozent, die in den sechs Monaten zuvor verzeichnet worden waren. In der Ausgabe des *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblicks) vom April 2014 wurde ein Wachstumsplus von 3,6 Prozent für 2014 und 3,9 Prozent für 2015

prognostiziert. Die Verlagerung der Wachstumsmotoren setzte sich fort. Ein Großteil des Wachstumsanstiegs entfällt dabei auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die Schwellen- und Entwicklungsländer trugen abermals mehr als zwei Drittel zum weltweiten Wachstum bei, wenn auch in vermindertem Tempo.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nahm die Wirtschaftstätigkeit zu, allerdings in unterschiedlichem Tempo. Das stärkste Wachstum verzeichneten die Vereinigten Staaten; es wurde dort durch eine robuste Nachfrage aus dem Privatsektor und eine Lockerung der Finanzierungsbedingungen gestützt und machte den Weg für eine Normalisierung der Geldpolitik frei. Doch auch hier kam der Aufstellung eines belastbaren Haushaltsplans mit mittelfristigem Zeithorizont weiterhin entscheidende Bedeutung zu.

Im Euroraum fasste eine bescheidene, jedoch uneinheitliche Erholung Fuß. In den Kernländern fiel sie stark, in den in Not geratenen Ländern, in denen hohe Verschuldung, hohe Arbeitslosigkeit und Kreditzwänge die Wirtschaft bremsten, schwächer aus. Es wurden ermutigende Schritte zur Einrichtung einer Bankenunion ergriffen, und Fortschritte bei der Durchführung einer umfassenden Bewertung von Bankbilanzen erzielt. Die Arbeiten an einem gemeinsamen finanziellen Sicherungsmechanismus dauern jedoch noch an. Trotz der Fortschritte bei den Strukturreformen hielten sich längerfristige Bedenken in Bezug auf Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Japan erlebte ebenfalls eine durch Konjunkturpakete geförderte Zunahme der Wirtschaftstätigkeit, die sich Prognosen zufolge abschwächen wird, wenn sich die Auswirkungen der notwendigen Verbrauchssteuererhöhung bemerkbar machen. Für ein nachhaltiges Wachstum müssen die letzten beiden Pfeile im

Köcher der Abenomics – Strukturreformen und ein konkreter mittelfristiger Haushaltsplan – noch abgeschossen werden.

Das Gesamtwachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften soll laut Prognosen um jeweils etwa $2\frac{1}{4}$ Prozent in 2014 und 2015 zunehmen, was einer Verbesserung von ungefähr einem Prozentpunkt gegenüber 2013 entspricht; Voraussetzung hierfür sind allerdings unterstützende geldpolitische Rahmenbedingungen und eine von der Haushaltskonsolidierung ausgehende geringere Bremswirkung.

Die Wirtschaftstätigkeit in den Schwellen- und Entwicklungsländern, die sich abgeschwächt hatte, legte gegen Ende 2013 ein wenig zu, was auf die stärkere Nachfrage aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückzuführen war. Gleichzeitig bremsten ungünstigere externe Finanzierungsbedingungen und die anhaltende Investitionsschwäche die einheimische Nachfrage. Insgesamt expandierte die Produktion in Schwellen- und Entwicklungsländern 2013 um solide 4,7 Prozent und sollte sich 2014 bei 4,9 Prozent festigen.

Niedrigeinkommensländer lieferten ein besonders erfreuliches Bild, verzeichneten sie doch 2013 mit 6,1 Prozent die höchste Wachstumsrate – ein Trend, der sich voraussichtlich 2014 und 2015 fortsetzen wird. Gleichzeitig wurden die Aussichten in mehreren Volkswirtschaften im Nahen Osten und in Nordafrika durch schwierige interne Umstellungen und soziale Unruhen getrübt.

Während akute Gefahren nachgelassen hatten, blieben einige alte Risiken bestehen und neue kamen hinzu. Zu Letzteren gehörte das Risiko einer anhaltenden niedrigen Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, vor allem im Euro-

Vorherige Doppelseite oben Ein Containerhafen in Castries, Saint Lucia **Vorherige Doppelseite unten** Eine Arbeiterin lockert Getreide in einem Agrarbetrieb im südlichen Russland **Gegenüberliegende Seite links** Computerfertigung in Indien **Gegenüberliegende Seite rechts** Eine Fischverarbeitungsfabrik in Griechenland **Unten links** Gärtner in Kolumbien sortieren Blumen für den Export **Unten rechts** Eine moderne Textilfabrik in Usbekistan



raum. Diese könnte sich negativ auf Nachfrage und Produktion auswirken und das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen beeinträchtigen, was die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der in Not geratenen Volkswirtschaften noch schwieriger machen würde. Eine weitere geldpolitische Lockerung, auch durch unkonventionelle Maßnahmen, war im Euroraum notwendig, um die von der Europäischen Zentralbank angestrebte Preisstabilität zu erreichen. Die Aufrechterhaltung der quantitativen Lockerung wurde auch für Japan empfohlen.

Das zweite neue Risiko wurde in den aufstrebenden Marktwirtschaften ausgemacht. Die Verschuldung der Unternehmen war gestiegen, und es bestand das zusätzliche Risiko einer erhöhten Marktvolatilität, die mit der Normalisierung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten einherging – all dies vor dem Hintergrund eines weniger nachsichtigen externen Finanzierungsumfelds. Volatilitätsschübe in der Vergangenheit betrafen Länder mit größeren binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Starke politische Reaktionen vonseiten dieser Volkswirtschaften würden vermutlich die beste Absicherung gegen Turbulenzen darstellen und der Übertragungsgefahr sowie einer allgemeinen finanziellen Krise vorbeugen.

Drittens entstanden neue geopolitische Risiken, wie der Ukraine-Konflikt, die erhebliche Spillovers zeitigen könnten. Diese Risiken könnten sich potenziell auf Rohstoffpreise, Lieferketten und Finanzströme auswirken.

Gleichzeitig mussten einige noch bestehende Risiken ausgeräumt werden. Wie der *Global Financial Stability Report* (Bericht zur globalen Finanzstabilität) vom April 2014 unterstrich, war die Reform des Finanzsystems unvollständig und die Risiken für das Finanzsystem haben sich nicht verringert, nicht zuletzt wegen der systemweiten Liquiditätsinkongruenzen und der unzureichenden Fortschritte zur Lösung des „Too big to fail“-Problems. Viele Länder sahen sich nach wie vor der Herausforderung gegenüber, hohe Defizite und Schulden abzubauen und gleichzeitig das Wachstum zu sichern. Die Arbeitslosigkeit blieb unannehmbar hoch und die Ungleichheit stieg.

AUF DEM WEG ZU EINER DYNAMISCHEN ERHOLUNG MIT VIELEN ARBEITSPLÄTZEN

Insgesamt lässt sich eine moderate Erholung erkennen, doch auf dem Weg zu schnellerem und nachhaltigerem Wachstum mit vielen Arbeitsplätzen muss eine andere Gangart eingeschlagen werden. Ehrgeizige Politikmaßnahmen waren in allen Mitgliedsländern notwendig, um mittelfristig die Falle eines langsamen Wachstums zu umgehen und die globale Finanzstabilität zu sichern. Maßnahmen an vier entscheidenden Fronten waren gefordert, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Das mittelfristige Wachstum stärker und umfassender gestalten

Das potenzielle Wachstum war in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften niedrig und könnte in den aufstrebenden Marktwirtschaften höher sein. Eine Neuausrichtung auf Strukturreformen war vonnöten, um Hindernisse auf der Angebotsseite anzugehen und die Produktivität anzukurbeln. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde den Politikern geraten, Reformen auf dem Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmarkt weiter voranzutreiben. Die Schwellen- und Entwicklungsländer mussten überdies effektive und regelbasierte Marktinstitutionen stärken. Höhere Investitionen wären sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften notwendig, um die dortigen Infrastrukturnetze nachzurüsten, als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern, um dort Engpässe in der Infrastruktur abzubauen.

Den Übergang von liquiditäts- zu wachstumsbestimmten Märkten gestalten

Der *Global Financial Stability Report* vom April 2014 unterstrich die Bedeutung, die der Fertigstellung der globalen Agenda für Regulierungsreformen zukommt, denn die Anfälligkeiten im Schattenbankensystem und das Problem der systemrelevanten Institutionen müssen angegangen werden. In den Vereinigten Staaten wurden der Zeitpunkt, die Ausführung und die Kommunikation als entscheidend dafür angesehen, dass die Normalisierung der Geldpolitik geordnet verläuft. Vor dem Hintergrund einer voraussichtlich weiteren Straffung der globalen Finanzierungsbedingungen wurde den aufstrebenden Marktwirtschaften geraten, ihre Belastbarkeit durch starke makroökonomische und prudenzielle Politik zu stärken und im Bedarfsfall Liquidität zur Stabilitätssicherung des Finanzsystems bereitzustellen. Im Euroraum waren die Bilanzsanierung im Banken- und Unternehmenssektor unerlässlich, um der Fragmentierung der Finanzmärkte zu begegnen, ebenso wie die Fortschritte in Richtung einer Bankenunion. Aufstrebende Marktwirtschaften müssten die Finanzmärkte vertiefen, um ihre Belastbarkeit gegenüber externen Finanzschocks zu erhöhen.

Hohe Defizite und Schulden angehen

Der *Fiscal Monitor* unterstrich in seiner Ausgabe vom April 2014 die Herausforderung für viele Länder, die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben und gleichzeitig das Wachstum aufrechtzuerhalten. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, in denen das durchschnittliche Haushaltsdefizit seit dem Höhepunkt der Krise halbiert wurde, galten die Kalibrierung des Tempos und der Zusammensetzung der weiteren Anpassungen sowie die Senkung der Schuldenquoten auf ein verhaltenes Niveau als Priorität. In den aufstrebenden Marktwirtschaften, in denen Defizite und Schuldenquoten über dem Vorkrisenniveau blieben, wäre eine Haushaltskonsolidierung notwendig, um Anfälligkeiten aufgrund hoher Auslandsschulden anzugehen. Die Politiker in Niedrigein-

kommensländern müssten die Mobilisierung von Einkünften ankurbeln und sparsamer wirtschaften sowie gleichzeitig eine rapide Anhäufung von Schulden vermeiden

Mit Folgeeffekten und globaler Umschichtung umgehen

Wachstum, das hinter den Richtwerten zurücklag, sowie wiederholte Volatilitätsschübe des Marktes unterstrichen die globale Verflechtung und Bedeutung, die der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern zukommt. Auf der innenpolitischen Ebene wurde enge Zusammenarbeit empfohlen, um den Zusammenhalt der einzelnen makroökonomischen Politikmaßnahmen zu stärken. Die Umsetzung glaubhafter mittelfristiger Haushaltskonsolidierungspläne und Strukturreformen würde die Geldpolitik bei der Unterstützung des Wachstums entlasten

und dadurch die Risiken für die Finanzstabilität senken. Auf internationaler Ebene wäre eine intensivere politische Zusammenarbeit vonnöten, um stärkeres und ausgewogeneres Wachstum zu erzeugen und die Risiken negativer Übertragungs- und Rückflusswirkungen zu reduzieren. Konkret könnten die Zentralbanken mit breiter angelegten Erörterungen ihrer Pläne und Eventualitäten für Liquiditätsunterstützung beim Umgang mit den Herausforderungen helfen, die sich beim Abbau der unkonventionellen Geldpolitik in fortgeschrittenen Volkswirtschaften ergeben. Darüber hinaus wäre mehr Kooperation notwendig, damit die verschiedenen nationalen Initiativen gleichförmig ablaufen können und eine Aufsplitterung der globalen Finanzregulierung verhindert wird. Außerdem wäre weiterhin Bedarf an konzertierten Bemühungen aufseiten der Defizit- wie Überschussländer zur Schaffung und Stützung eines globalen Gleichgewichts.

3

UMGANG MIT EINER WELT IM WANDEL



UMGANG MIT EINER WELT IM WANDEL



POLITIK FÜR EINE VERKNÜPFT WELT

Überwachung globaler Entwicklungen

Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin

Zweimal jährlich fasst die Global Policy Agenda (Weltpolitische Agenda) der Geschäftsführenden Direktorin die maßgeblichen Erkenntnisse und politischen Ratschläge aus multilateralen Berichten zusammen und stellt eine Zukunftsagenda für den Fonds und seine Mitglieder auf. Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin wird im Vorfeld der Jahres- und Frühjahrstagung vom Exekutivdirektorium erörtert und schließlich dem Internationalen Währungs- und Finanzausschuss vorgelegt. Laut der Global Policy Agenda vom Oktober 2013 wurde trotz der bis vor Kurzem enttäuschenden Erholung viel geleistet, um das Schlimmste zu verhindern. Viele in Arbeit befindliche Umstellungen verlangten eine sorgsame Handhabung, darunter die Normalisierung der globalen Finanzlage, eine Verlagerung der weltweiten Wachstumsdynamik und die Wiederherstellung einer weltweit ausgewogenen Nachfrage sowie der Abschluss von Reformen des internationalen Finanzsystems. Der IWF stellt hierzu ein Forum für multilaterale Politikanalyse, Dialog und Zusammenarbeit bereit, so etwa zu politischen Übertragungseffekten (Spillovers), globalen Ungleichgewichten und der

richtigen Mischung politischer Maßnahmen, und bietet zielgerichtete politische Beratung, Kapazitätsaufbau und finanzielle Unterstützung. Rasche Fortschritte bei Governance- und Quotenreformen waren entscheidend, um die Finanzkraft und Glaubwürdigkeit des IWF zu wahren.

Laut der Global Policy Agenda vom April 2014 hat die globale Wirtschaftstätigkeit zugenommen, doch die Erholung verläuft weiterhin uneinheitlich und zu schleppend, um beruhigend zu wirken; überdies bringen geopolitische Spannungen neue Sorgen. Maßgebliche Herausforderungen waren unter anderem die Risiken, die sich aus der anhaltenden Volatilität bei Kapitalflüssen in den Schwellenländern von heute und der nächsten Generation (Frontier Economies) und der sehr niedrigen Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere im Euroraum, ergeben. Die Arbeit des IWF konzentriert sich auf eine Reihe politischer Fragen im Zusammenhang mit der Verlagerung von Wachstumsmotoren, Übertragungs- und Rückflusseffekten (Spillbacks) aus der Normalisierung der Geldpolitik, mit den makroökonomischen Folgen und Auswirkungen auf die Finanzstabilität einer Reform der globalen Finanzaufsicht und mit der Rolle der politischen Zusammenarbeit. Eine zügige Umsetzung der Quoten- und Governance-Reformen von 2010 und die Fertigstellung der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung bis Januar 2015 sind weiterhin für die anhaltende Legitimität, Finanzkraft und Glaubwürdigkeit des IWF entscheidend.

Überwachung

Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem und überwacht die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 188 Mitgliedsländer. Diese Tätigkeit wird als Überwachung bezeichnet und ist in Artikel IV des IWF-Übereinkommens verankert; sie gehört zu den Kernaufgaben des IWF. Im Rahmen dieses Prozesses, der sowohl auf globaler Ebene als auch auf Ebene der einzelnen Länder stattfindet, identifiziert der IWF mögliche Stabilitätsrisiken und berät unterstützend bei notwendigen Politikanpassungen. Auf diese Weise trägt er dazu bei, dass das internationale Währungssystem seinen grundlegenden Zweck erfüllen kann: den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Ländern zu fördern und auf diese Weise solides Wirtschaftswachstum sicherzustellen.

Die Überwachungsarbeit des IWF hat zwei Hauptaspekte: die bilaterale Überwachung oder die Bewertung der und Beratung zu den politischen Maßnahmen eines jeden Mitgliedslands sowie die multilaterale Überwachung oder Beaufsichtigung der Weltwirtschaft. Die Integrierte Überwachungsentscheidung (Integrated Surveillance Decision) von 2012 bildet die Grundlage für die Integration der bilateralen und multilateralen Überwachung in einer stark verflochtenen Weltwirtschaft. Dadurch werden die Artikel-IV-Konsultationen zu einem Instrument, das nicht nur der bilateralen, sondern auch der multilateralen Überwachung dient. Damit wird eine umfassendere, stärker integrierte und konsequentere Spillover-Analyse ermöglicht. Seit der weltweiten Finanzkrise kommt der Aufsicht des Finanzsektors ebenfalls eine besondere Bedeutung zu.

Der IWF unterzieht seine Überwachungsmaßnahmen einer regelmäßigen Prüfung. Im Besonderen führt er alle drei Jahre eine formelle Überprüfung durch; die letzte dieser Dreijahresprüfungen der Überwachung (Triennial Surveillance Review – TSR) fand 2011 statt.

Verfahren zur gegenseitigen Bewertung der Gruppe der Zwanzig

Das Verfahren zur gegenseitigen Bewertung (Mutual Assessment Process – MAP) ist ein Ansatz für die politische Zusammenarbeit, der von der Gruppe der Zwanzig (G20) bei ihrem Gipfeltreffen 2009 in Pittsburgh entwickelt wurde und sicherstellen soll, dass gemeinsame politische Maßnahmen allen zugutekommen. Der IWF wurde von der G20 – in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen – mit der Untersuchung beauftragt, ob die von den einzelnen Ländern der G20 verfolgte Politik im Einklang mit den gemeinsamen Wachstumszielen der G20 ist. Der IWF wurde zudem gebeten, die Mitglieder der G20 bei der Entwicklung von Leitlinien zu unterstützen und diese alle zwei Jahre anzuwenden, um große Ungleichgewichte unter den Mitgliedern offenzulegen und zu bewerten.²

Auf dem Gipfeltreffen im September 2013 in St. Petersburg unterstrich die G20 die Bedeutung einer fortlaufenden Zusammenarbeit, um die globalen Herausforderungen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Finanzstabilität anzugehen. Die Gruppe bekräftigte ihr Versprechen, glaubwürdige mittelfristige Haushaltsstrategien unter Berücksichtigung der Wirtschafts- und Haushaltslage in der näheren Zukunft auszuarbeiten, um nachhaltige



Vorherige Doppelseite oben Eine Anzeigetafel an der Börse von Jakarta in Indonesien **Vorherige Doppelseite unten** Ein Arbeiter in einer Reisfabrik in Thailand **Gegenüberliegende Seite links** Kongoleische Arbeiter bauen ein Stadtviertel von Brazzaville wieder auf **Gegenüberliegende Seite rechts** Teedosen in einer Fabrik in Colombo, Sri Lanka **Unten links** Eine Kartoffelverarbeitungsfabrik im Kosovo **Unten rechts** Ein Blumenkohlfeld im indischen Kolkata



Staatsfinanzen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu gewährleisten. Die G20 verpflichtete sich zudem, die negativen Übertragungseffekte innenpolitischer Maßnahmen zu überwachen und zu minimieren, und bekräftigte ihr Versprechen, gemeinsam am dauerhaften Abbau globaler Ungleichgewichte zu arbeiten.

Bei ihrem Treffen im Februar 2014 sagten die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 die Ausarbeitung ehrgeiziger, aber realistischer Politikmaßnahmen zu, um in den nächsten fünf Jahren ihr gemeinsames BIP um mehr als 2 Prozent über den Wachstumspfad anzuheben, den ihre jetzige Politik erwarten lässt. In diese Zusage floss die Stabsanalyse des IWF ein, und die Länder der G20 beschlossen gemeinsame Maßnahmen, darunter eine Anhebung der Investitionen, der Beschäftigung und Mitwirkung, eine Verbesserung des Handels und Förderung des Wettbewerbs sowie die Umsetzung makroökonomischer Politikmaßnahmen.³ Letztere werden die Grundlage ihrer umfassenden Wachstumsstrategien und des Brisbane Action Plan 2014 bilden.

Frühwarnübung

Im November 2008 wandte sich die G20 mit der Bitte an den IWF und den Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB), an den regelmäßigen Frühwarnübungen (Early Warning Exercise – EWE) mitzuwirken, die der Bewertung von Risiken mit geringer Wahrscheinlichkeit, aber erheblichen Auswirkungen für die Weltwirtschaft dienen, und politische Maßnahmen zu ihrer Abfederung zu identifizieren. Die Übungen loten systemische Risiken aus makroökonomischer wie finanzieller Perspektive aus und bedienen sich einer Reihe quantitativer Instrumente und breit aufgestellter Konsultationen. Der IWF übernimmt in der Regel eine führende Rolle bei Fragen zu wirtschaftlichen, makrofinanziellen und Länderrisiken. Der FSB, der Fachleute und Politiker von

Finanzaufsichtsbehörden und Zentralbanken der Mitgliedsländer repräsentiert, widmet sich federführend den regulatorischen und aufsichtlichen Fragen zum Finanzsystem.

EWEs decken die Schwachstellen und Auslöser auf, die systemische Krisen beschleunigen könnten, und benennen die möglichen risikomindernden Politikmaßnahmen, darunter auch solche, die eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene voraussetzen. Sie spielen eine Rolle bei den Bestrebungen des IWF zur Stärkung der Überwachung, insbesondere im Zusammenhang mit wirtschafts-, finanz- und haushaltspolitischen Risiken sowie bei sektor- und länderübergreifenden Übertragungseffekten.

Im Anschluss an Erörterungen im Exekutivdirektorium des IWF und mit dem FSB werden die Erkenntnisse aus der EWE im Rahmen der Frühjahrs- und Jahrestagungen hochrangigen Funktionären unterbreitet. Das Exekutivdirektorium wurde im Oktober 2013 und April 2014 über die EWE informiert.

Dreijahresprüfung der Überwachung 2014

Die Überwachung im Vorfeld der Krise wies hinreichend dokumentierte Schwächen auf. Sie erkannte die steigenden Risiken insbesondere aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht richtig und unterließ entsprechende Warnungen. Die Dreijahresprüfung des Fonds 2011 zeigte notwendige Verbesserungen auf, unter anderem die Notwendigkeit, dass für die Fondsüberwachung die Verflechtung genauso wichtig sei wie für die Weltwirtschaft selbst.

Bei einer informellen Sitzung im September 2013 erörterte das Exekutivdirektorium ein Stabskonzept für die Dreijahresprüfung 2014.⁴ Die Prüfung würde sich Bereichen widmen, die mit dem

Links Eine Bankfiliale in einem Kaufhaus in São Paulo, Brasilien
Rechts Ein Dattelgroßmarkt in Tunesien



Kernmandat des IWF – Sicherung der Stabilität des internationalen Währungssystems – zusammenhängen, den Mitgliedern den meisten Mehrwert beschern und die relativen Vorteile des Fonds nutzen. Die Prüfung würde dem Konzept zufolge basieren auf: (1) einer Prüfung und Analyse der Artikel-IV-Berichte⁵ und multilateralen Überwachungsprodukte, (2) einer Leitlinie einer externen Beratergruppe in den wichtigsten Prüfungsphasen, (3) Hintergrundstudien von externen Gutachtern sowie des Stabes und (4) Umfragen und Gesprächen mit Länderbehörden, Mitarbeitern und anderen beteiligten Gruppen. Eine Prüfung des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP) würde getrennt, aber gleichzeitig mit der Dreijahresprüfung in enger Absprache zwischen den jeweiligen Urhebern stattfinden. Die Prüfung würde zudem die Erkenntnisse aus anderen Arbeiten der jüngeren Zeit berücksichtigen.

Bilaterale Überwachung

Der IWF-Stab überwacht fortlaufend die Wirtschaft der IWR-Mitgliedsländer. Er besucht die Mitgliedsländer – in der Regel einmal jährlich – zum Austausch mit den Behörden und der Zentralbank und zur gemeinsamen Überlegung, ob Gefahren für die binnenwirtschaftliche und globale Stabilität bestehen, die eine Anpassung der Wirtschafts- oder Finanzpolitik erfordern. Dieser Prozess wird als „Artikel-IV-Konsultationen“ bezeichnet. Die Gespräche konzentrieren sich vornehmlich auf den Wechselkurs und auf die Geld-, Haushalts- und Finanzpolitik. Zur Evaluierung der Wirtschaftspolitik des Landes und ihrer Richtung trifft der IWF-Stab meist auch mit anderen Stakeholdern wie Parlamentariern, Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie der Zivilgesellschaft zusammen.

Der Stab legt dem Exekutivdirektorium des IWF einen Bericht über diese Treffen vor; normalerweise erörtert das Exekutivdirektorium diesen Bericht, womit dann die Konsultation abgeschlossen ist. Die Ansichten des Direktoriums werden danach an die Behörden des betreffenden Landes übermittelt. In den letzten Jahren erfreute sich die Überwachung zunehmender Transparenz. Fast alle Mitgliedsländer erklären sich inzwischen zur Veröffentlichung einer Pressemitteilung bereit, in der die Ansichten des Direktoriums sowie der Stabsbericht und die begleitende Analyse zusammenfassend dargestellt werden. Viele Länder veröffentlichen zudem eine Erklärung des Stabs bei Abschluss einer IWF-Konsultation. Im Lauf des Jahres führte der IWF 123 Artikel-IV-Konsultationen durch (siehe Webtabelle 3.1).

Multilaterale Überwachung

Der IWF überwacht auch globale und regionale Wirtschaftstrends und analysiert Übertragungseffekte der politischen Maßnahmen der Mitgliedsländer auf die Weltwirtschaft. Maßgebliche Instrumente der multilateralen Überwachung sind die turnusmäßig erscheinenden Publikationen *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick – WEO), der *Global Financial Stability*

Report (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems – GFSR) und der *Fiscal Monitor* (FM), die alle Teil der *World Economic and Financial Surveys* sind. Der WEO enthält eine ausführliche Analyse zum Zustand der Weltwirtschaft und beschäftigt sich mit drängenden Fragen wie den Unruhen auf den globalen Finanzmärkten und der Wirtschaftskrise. Der GFSR liefert eine aktuelle Bewertung der globalen Finanzmärkte und ihrer Aussichten und stellt Ungleichgewichte und Anfälligkeiten heraus, die eine Gefahr für die Stabilität der Finanzmärkte bedeuten könnten. Der FM aktualisiert mittelfristige Haushaltsprognosen und bewertet Entwicklungen der öffentlichen Haushalte.

Im Rahmen seiner *World Economic and Financial Surveys* veröffentlicht der IWF auch Berichte zum Regional Economic Outlook (Regionaler Wirtschaftsausblick – REO), die eine ausführlichere Analyse der fünf wichtigsten Wirtschaftsregionen der Welt enthalten. Im April und Oktober des GJ 2014 wurden REOs zu Asien und Pazifikraum, zu Nahost und Zentralasien, zu Afrika südlich der Sahara und zur westlichen Hemisphäre veröffentlicht; im Oktober kamen noch Mittel-, Ost- und Südosteuropa hinzu. Die Herausgabe der REOs wird in der Regel mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit in den betreffenden Regionen koordiniert. Pressemitteilungen, die die Erkenntnisse der REOs zusammenfassen, werden gemeinsam mit den Berichten sowie Niederschriften und Webcasts von Pressekonferenzen zur Veröffentlichung auf die Website des IWF gestellt.⁶ Die Erörterung des Exekutivdirektoriums von Fragen zur internationalen Besteuerung und der Rolle des IWF ist in Kapitel 4 zu finden.

Pilot External Sector Reports

Seit 2012 veröffentlicht der IWF Pilotberichte über den Außenwirtschaftssektor, die die Außenwirtschaftspositionen großer systemrelevanter Volkswirtschaften in ein weltweit konsistentes Umfeld platzieren. Gemeinsam mit dem Spillover-Bericht und den Artikel-IV-Konsultationen (mit ihrer stärkeren Ausrichtung auf Übertragungseffekte) soll der Pilot External Sector Report im Rahmen fortlaufender Bestrebungen für eine angemessene Positionierung des IWF sorgen, damit die möglichen Übertragungseffekte der politischen Maßnahmen der Mitglieder auf die globale Stabilität angegangen und die Außenwirtschaftssektoren umfassend überwacht werden können.

Das Exekutivdirektorium erörterte den Pilot External Sector Report 2013 anlässlich einer informellen Zusammenkunft im Juli 2013. Der zweite Pilotbericht befasste sich mit dem Zeitraum von 2012 bis einschließlich des ersten Halbjahres 2013 und erarbeitete unter Verwendung der Analysen aus der bilateralen und multilateralen Überwachungsarbeit des Fonds eine stimmige Bewertung von Wechselkursen, Leistungsbilanzen, Reserven, Kapitalflüssen und Außenwirtschaftsbilanzen. Den Stellungnahmen zum ersten Bericht Rechnung tragend, wurden Kapitalflüsse stärker in den Mittelpunkt gerückt und die Methodik zur Bewertung der Außenwirtschaftsbilanz weiter verfeinert.

Spillover-Berichte

Seit 2011 erstellt der IWF Spillover-Berichte, die die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik in den fünf größten Volkswirtschaften der Welt – China, dem Euroraum, Japan, den USA und dem Vereinigten Königreich – auf ihre Wirtschaftspartner analysieren. Das Exekutivdirektorium widmete sich im Rahmen eines informellen Treffens im Juli 2013 dem Spillover-Bericht 2013. Dem Bericht zufolge waren fünf Jahre nach der weltweiten Finanzkrise die starken Spannungen und Risiken abgeklungen, die noch 2011 in einigen der „systemrelevanten Fünf“ verwurzelt waren; allerdings hatten alle fünf Wirtschaftsregionen ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft, d.h. sie könnten noch mehr als bisher zur globalen Wirtschaftstätigkeit beitragen. Wenn sie einen Weg zur Schließung ihrer Produktionslücken finden könnten, läge die weltweite Produktion um 3 Prozentpunkte näher an ihrem Potenzial.

Das Mandat zur Prüfung von Übertragungseffekten ist ein zentraler Bestandteil der neu ausgerichteten Überwachungsarbeit, dank derer der Fonds die globalen Auswirkungen der Politik eines Landes weitaus besser bewerten und Beratungsdienste zu dieser Politik leisten kann, was wiederum seiner multilateralen Arbeit zugutekommt. Auf diese Weise könnte der länderübergreifende Dialog verbessert und eine umfassendere Untersuchung ermöglicht werden, wie mithilfe einer vielseitiger orientierten Diagnose schnelles und nachhaltiges Wachstum erzielt werden könnte.

Das Exekutivdirektorium wird über die Entwicklungen in der Weltwirtschaft informiert, wenn bestimmte Ereignisse besondere Aufmerksamkeit verdienen. Im Januar 2014 wurde das Exekutivdirektorium auch über Spillovers von Venezuela auf andere Länder in der Region informiert, weil keine offiziellen Artikel-IV-Konsultationen mit Venezuela stattgefunden hatten.

Globale Liquidität

Die weltweite Finanzkrise und die damit zusammenhängenden politischen Interventionen machten deutlich, wie Finanzschocks in einer eng verflochtenen Weltwirtschaft übertragen werden. Globale Liquidität wurde im Zusammenhang mit Übertragungseffekten der allgemeinen lockeren Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften erörtert; im Fokus standen hierbei nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen bestimmter Maßnahmen, sondern auch die Folgen, die die anhaltend lockere Geldpolitik auf die globale Finanzstabilität zeitigen kann.

Bei einer informellen Zusammenkunft im März 2014 briefte der IWF-Stab das Exekutivdirektorium über Themen der multilateralen Überwachung in Bezug auf globale Liquidität. Anhand von Analysen schlug das für das Briefing ausgearbeitete Politikpapier des IWF⁷ Indikatoren in verschiedenen Typen von Volkswirtschaften zur Nachzeichnung der globalen Liquidität vor; als

Grundlage dienten dabei die erwartete Auswirkung dieser Indikatoren auf die makrofinanziellen Bedingungen und Stabilität in den einzelnen Ländern. Für Überwachungszwecke wurden die Indikatoren in ein Dashboard eingepflegt, das ihre Trends im Zeitverlauf abbildet. Das Dashboard zeichnete die Entwicklung der globalen Finanzbedingungen gut nach, und einige Indikatoren werden bereits in wichtigen multilateralen Überwachungsprodukten überwacht.

Cluster Reports

Eine der Empfehlungen aus der Dreijahresprüfung der Überwachung von 2011 lautete, die Untersuchungen von Verflechtungen und Übertragungseffekten zu intensivieren. In seiner Reaktion auf diese Empfehlung startete der IWF ein Pilotprojekt zur Zusammenfassung von Artikel-IV-Konsultationen und Bewertung von Spillovers auf Gruppen von miteinander verflochtenen Ländern. Hierbei sollten die Risiken aus gemeinsamen Schocks untersucht, die gemeinsamen Herausforderungen an die Politik herausgestellt und die möglichen Vorteile koordinierter Politikmaßnahmen benannt werden. Diese Cluster Reports ergänzen die Artikel-IV-Konsultationen für die betreffenden Länder.

Im August 2013 befasste sich das Exekutivdirektorium mit dem Nordic Regional Report zu Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.⁸ Die Exekutivdirektoren begrüßten die jüngsten Fortschritte in den skandinavischen Ländern und Europa bei der Einrichtung von Mechanismen zum Umgang mit notleidenden Banken, die dazu beitragen sollten, viele der derzeit bestehenden Unterschiede in der Aufsichtspraxis und den Abwicklungsstrategien zu lösen. Sie merkten an, dass der Aufbau einer Bankenunion auf europäischer Ebene eine wertvolle Gelegenheit für eine intensivere regionale Koordination biete, die auch dem breiter gefassten europäischen Konzept entspricht.

Ein zweiter Cluster Report, der German–Central European Supply Chain Cluster Report, wurde vom Direktorium im Juli 2013 begutachtet.

Überprüfung der Fondsstrategie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Im März 2014 überprüfte das Exekutivdirektorium die Fondsstrategie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism – AML/CFT).⁹ Die Exekutivdirektoren würdigten den Beitrag des IWF zur Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und forderten zur fortgesetzten Zusammenarbeit in diesem Bereich mit der Weltbank, der Financial Action Task Force (FATF) und regionalen Gremien in der Art der FATF (sogenannte FSRBs) auf. Sie unterstrichen auch die maßgebliche Rolle, die der Fonds bei Bestrebungen zum Kapazitätsaufbau für AML/CFT in den Mitgliedsländern spielt.



Links Ein Laborassistent in einem Gesundheitszentrum in Ngoma, Ruanda **Rechts** Eine Frau verkauft Tortillas auf einem Markt in Mexiko-Stadt

Die Exekutivdirektoren befürworteten den 2012 überarbeiteten AML/CFT-Standard und die neue Bewertungsmethode für die operative Tätigkeit des Fonds, die zu fokussierteren und aussagekräftigeren Bewertungen führen dürfte, da die Risiken und Zusammenhänge des betreffenden Landes intensiver begutachtet werden. Sie merkten an, dass die Mängel in der AML/CFT-Politik eines Landes bedeutende Auswirkungen auf die makroökonomische und Finanzstabilität zeitigen könne, und unterstützten weithin die vom Stab des IWF eingeschlagene Richtung, Fragen zur Finanzintegrität in die Artikel-IV-Konsultationen und IWF-gestützten Programme aufzunehmen, sofern diese von makroökonomischer Bedeutung sind.

Die Exekutivdirektoren bekräftigten, dass AML/CFT-Assessments ein wichtiger Bestandteil der Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Reports on the Observance of Standards and Codes – ROSC)¹⁰ sowie des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP) seien, und betonten, wie wichtig die Gewährleistung einer angemessenen Qualität der Assessment Reports über das Spektrum der bewertenden Gremien hinweg sei. Sie stellten fest, dass der Fonds sich mit der Ausweitung des FATF- und FSRB-Netzes in den letzten Jahren bei seiner Arbeit vermehrt auf die Bewertungen von FATF/FSRB stütze und damit den Vereinbarungen zur Lastenverteilung zwischen den internationalen Finanzinstitutionen und den FATF/FSRB entspreche. In dieser Hinsicht begrüßten die Exekutivdirektoren die von der FATF unternommenen Schritte zur Stärkung der Qualitäts- und Konsistenzkontrollen für künftige Assessment Reports und sahen einer Implementierung ähnlicher Kontrollen durch alle Bewertungsorgane entgegen.

Sie forderten den Stab im Rahmen der verfügbaren Mittel zur aktiven Mitwirkung an den Prüfmechanismen auf. Das gegenwärtige System, nach dem alle Bewertungen nach einer Pro-Forma-Prüfung in ROSC umgewandelt werden, soll beibehalten werden.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen zudem die Bedeutung, die der Erfassung zeitnaher und genauer Daten zu AML/CFT in allen FSAP-Berichte zukommt. Sie stimmten überein, dass diese Daten nach Möglichkeit auf einer umfassenden und hochwertigen AML/CFT-Bewertung und im späteren Verlauf auf gezielten Aktualisierungen/ROSCs basieren sollten, was denn auch dem Ansatz unter anderen Standards und Kodizes entspräche.

Zu diesem Zweck forderten die Exekutivdirektoren alle Bewertungsgremien auf, ihre Bemühungen fortzusetzen, um ihre Bewertungspläne mit den FSAPs abzustimmen. Sie merkten zudem an, dass der Stab im Einklang mit der allgemeinen Politik im Bedarfsfall die aus den ROSC abgeleiteten Daten zur Verfügung stellen würde, um die Genauigkeit der AML/CFT-Daten zu gewährleisten. Darüber hinaus räumten sie ein, dass in einigen Fällen umfassende Bewertungen oder gezielte Aktualisierungen gegenüber dem vorherrschenden Standard eventuell nicht verfügbar seien. Die Direktoren waren allgemein der Auffassung, dass der Stab in diesen Fällen die wichtigsten Erkenntnisse aus anderen Informationsquellen ableiten müsse.

Die Exekutivdirektoren verwiesen auf die Auswirkungen auf die Ressourcen durch (1) die vermehrte Aufnahme von AML/CFT-Fragen in Überwachung und in fondsgestützten Programmen, (2) die Bewertungen nach der überarbeiteten Methode und

(3) die Mitwirkung des IWF-Stabs an den intensivierten Qualitäts- und Konsistenzkontrollen. Angesichts der allgemeinen Haushaltslage hielten es die meisten Exekutivdirektoren für angemessen, dass der Stab die Anzahl an fondsgeführten umfassenden Bewertungen auf zwei oder drei pro Jahr reduziere. Die Exekutivdirektoren gaben bekannt, dass die nächste Prüfung des AML/CFT-Programms voraussichtlich in den nächsten vier Jahren zum Abschluss komme.

Überwachung des Finanzsektors

Strategie zur Finanzüberwachung

Die IWF-Strategie zur Finanzüberwachung wurde im September 2012 vom Exekutivdirektorium im Einklang mit einer zentralen Empfehlung der Dreijahresprüfung der Überwachung von 2011 beschlossen. Die Strategie definiert konkrete und priorisierte Maßnahmen zur Stärkung der Finanzüberwachung über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren, die den Fonds bei der Erfüllung seines Mandats unterstützen sollen: die Gewährleistung, dass das internationale Währungssystem wirksam funktioniert und die Unterstützung der globalen Finanzstabilität. Die Strategie fußt auf drei tragenden Säulen: Verbesserung der Risikoerkennung und Politikanalyse, Förderung einer integrierten Sichtweise auf Finanzsektorisiken in Produkten und Instrumenten sowie eine wirksamere Zusammenarbeit mit Stakeholdern.

Im September 2013 wurde das Exekutivdirektorium über den Fortschritt bei der Umsetzung der Strategie informiert.¹¹ Im

ersten Jahr der Implementierung wurden den Berichten zufolge bei allen drei Säulen Fortschritte erzielt, vor allem bei der Verbesserung von Risikoerkennung und Politikanalyse. Damit wurde das notwendige Fundament für die Stärkung der Finanzüberwachung gelegt.

Knappe Mittel behinderten jedoch den Fortschritt in anderen Bereichen, wie etwa eine höhere Frequenz bei der Durchführung von FSAPs für anfällige Länder, die nicht auf der Liste der 25 systemrelevanten Länder geführt werden. Im Lauf des nächsten Jahres wird sich die Implementierung auf die Bereiche konzentrieren, wo weitere Fortschritte am nötigsten sind.

Prüfung der vorgeschriebenen Bewertungen der Finanzstabilität unter dem Programm zur Bewertung des Finanzsektors

Im September 2010 nahm das Exekutivdirektorium im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP) Stabilitätsbewertungen vor; diese Bewertungen sind im Rahmen der bilateralen Überwachung nach Artikel IV für 25 Länder vorgeschrieben, deren Finanzsektoren systemrelevant sind. Im Dezember 2013 wertete das Exekutivdirektorium die Erfahrungen aus dem ersten Zyklus dieser vorgeschriebenen Bewertungen und die aus der Finanzkrise gezogenen Lehren aus.¹²

Die Exekutivdirektoren betonten die erfolgreiche Umsetzung der Entscheidung, denn die vorgeschriebenen Bewertungen der

Kasten 3.1

Wie Frauen zum Wirtschaftswachstum beitragen

Eine IWF-Studie vom September 2013 hat festgestellt, dass ein erhöhter Frauenanteil unter den Beschäftigten einen überzeugenden wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt. Das Papier mit dem Titel „Women, Work, and the Economy“^a argumentierte, dass die Politik Frauen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt einräumen müsse. So fand die Studie zum Beispiel heraus, dass das BIP in den Vereinigten Arabischen Emiraten um 12 Prozent, in Japan um 9 Prozent und in den USA um 5 Prozent steigen würde, wenn die Anzahl der weiblichen Beschäftigten mit der Anzahl der männlichen Beschäftigten gleichziehen würde.

Das Papier verwies auf eine Reihe von Hindernissen beim Einstieg von Frauen ins Arbeitsleben. Weltweit sind wesentlich weniger Frauen berufstätig als Männer und nur etwa die Hälfte aller Frauen im arbeitsfähigen Alter geht einer entgeltlichen Beschäftigung nach. Frauen übernehmen den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit, und wenn sie entlohnt werden, so sind sie im informellen

Sektor und unter den Armen überrepräsentiert und erhalten für dieselbe Arbeit nach wie vor weniger Lohn als Männer.

Die staatliche Steuer- und Ausgabenpolitik sowie die Regulierung des Arbeitsmarkts können der Studie zufolge so reformiert werden, dass die Zahl der weiblichen Beschäftigten steigt. Würde bei der Besteuerung das Einkommen des Einzelnen statt der Familie zugrunde gelegt – wodurch in vielen Volkswirtschaften der Zweitverdiener in einem Haushalt stärker belastet wird –, könnten zum Beispiel Frauen zur entgeltlichen Beschäftigung motiviert werden. Die Verknüpfung von Sozialleistungen mit Berufstätigkeit, Ausbildung oder aktive Arbeitsmarktprogramme können ebenso die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöhen, desgleichen die Verfügbarkeit guter und erschwinglicher Kinderbetreuung und besser geregelter Erziehungsurlaub für Mütter und Väter.

^a Die Studie ist verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2013/sdn1310.pdf.

Finanzstabilität sind für fast alle genannten Rechtsräume bereits abgeschlossen oder in Arbeit. Sie merkten an, dass ein stärker risikobasierter Ansatz bei der Überwachung des Finanzsektors es dem IWF ermöglicht habe, FSAP-Mittel wirtschaftlicher zu verteilen und die Integration von FSAP-Beurteilungen und Artikel-IV-Konsultationen in diesen Ländern zu stärken.

Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass die rechtliche Grundlage für vorgeschriebene Bewertungen der Finanzstabilität an der Integrierten Überwachungsentscheidung (Integrated Surveillance Decision) von 2012 auszurichten sei. Diese Entscheidung machte die Artikel-IV-Konsultationen zu einem Instrument für die bilaterale und multilaterale Überwachung und ermöglicht dem IWF im Rahmen einer Artikel-IV-Konsultation die Untersuchung von Übertragungseffekten aus der Innenpolitik eines Landes, wenn diese starken Einfluss auf das ordnungsgemäße Funktionieren des internationalen Währungssystems nehmen könnte. Gemäß diesem Ansatz würden die vorgeschriebenen Bewertungen der Finanzstabilität auch die Spillovers aus der Finanzsektorphilosophie eines Mitglieds berücksichtigen, wenn diese Politik entweder die Stabilität des Mitglieds unterwandern oder das ordnungsgemäße Funktionieren des internationalen Währungssystems wesentlich beeinflussen könnte, indem sie beispielsweise die globale Wirtschafts- und Finanzstabilität unterhöhlt.

Die Exekutivdirektoren befürworteten den Vorschlag zur Änderung der Methodik, die zur Bestimmung systemrelevanter Finanzsektoren herangezogen wird, um Lehren aus der Krise und insbesondere die Bedeutung der Verflechtungen mit einzubeziehen. Sie nahmen die 29 Länder, deren Finanzsektoren nach Feststellung der Geschäftsführenden Direktorin als systemrelevant gelten, zur Kenntnis. Die Liste der Länder und die Methodik selbst müssten ihrer Ansicht nach regelmäßig überprüft werden. (Bei einem informellen Treffen im November 2013 erhielt das Exekutivdirektorium ein technisches Briefing zur Liste der systemrelevanten Finanzzentren.)

Gleichzeitig äußerten die meisten Exekutivdirektoren ihre Bedenken, dass die Verlagerung zu einem stärker risikobasierten Ansatz die Verfügbarkeit freiwilliger FSAPs in Ländern mit nicht systemrelevanten Finanzsektoren reduziert habe.

Einkommensschwache Länder

Der IWF widmet einkommensschwachen Ländern aufgrund der besonderen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, spezielle Aufmerksamkeit. Der Fonds richtet sein Augenmerk nicht nur auf die Bereiche, die im restlichen Teil dieses Abschnitts beschrieben werden, sondern stellt auch Ländern, die Anspruch auf Mittel aus dem Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust – PRGT) und Zahlungsbilanzprobleme haben, konzessionäre Kredite zur Verfügung; siehe „Konzessionäre Mittelvergabe“ im weiteren Verlauf dieses Kapitels.

Anfälligkeitsübung für einkommensschwache Länder 2013

Im September 2013 erörterte das Exekutivdirektorium den „Low-Income Countries Global Risks and Vulnerabilities Report“ 2013.¹³ Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass die Untersuchung spezieller Schockszenarien – einer vorübergehenden Wachstumskrise in aufstrebenden Marktwirtschaften und einer Krise mit anhaltend schleppendem Wachstum im Euroraum – sowohl zeitnah als auch angemessen sei. Die angenommenen Schocks waren kleiner als die Schocks, die in der Studie zu Anfälligkeiten in einkommensschwachen Ländern von 2012 untersucht worden waren und spiegeln damit die Entscheidung wider, sich auf naheliegende statt auf weniger wahrscheinliche Tail-Risk-Szenarien zu konzentrieren.

Die Exekutivdirektoren stimmten den Politikempfehlungen des Berichts im Allgemeinen zu. Sie begrüßten das anhaltend robuste Wachstum in den meisten einkommensschwachen Ländern seit der globalen Finanzkrise, wiesen aber darauf hin, dass angesichts der uneinheitlichen Fortschritte beim Wiederaufbau fiskalischer wie externer Puffer und der erheblichen Abwärtsrisiken in der Weltwirtschaft kein Anlass zur Selbstzufriedenheit bestünde. Die Exekutivdirektoren forderten die Länder auf, ihre Widerstandskraft durch den Wiederaufbau fiskalischer und externer Puffer zu stärken und gezielte fiskalische Anpassungsmaßnahmen festzulegen, die Entwicklung interner Finanzmärkte zu forcieren und die Kapazitäten der Institutionen zu stärken. Eine proaktive Zusammenarbeit zwischen einkommensschwachen Ländern und dem IWF sei wichtig, einschließlich technischer Hilfe, die gut an den Reformbedarf in anfälligen Ländern angepasst ist.

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass im Falle eines ersten externen Schocks der externe Finanzbedarf der Länder in Abhängigkeit der spezifischen Umstände mit einer Kombination aus Anpassung der Innenpolitik und externer Unterstützung gedeckt werden müsse. Der IWF und andere internationale Finanzinstitutionen seien ihrer Auffassung nach gut positioniert, um Mittel zur Unterstützung solider Politikmaßnahmen bereitzustellen, zunehmend werde aber auch Hilfe von bilateralen Gebern benötigt. Mit Nachdruck verwiesen die Exekutivdirektoren darauf, dass in Situationen, in denen fiskalische Anpassung aufgrund eines globalen Schocks notwendig ist, diese Anpassung vorrangige Ausgaben – wie Infrastruktur und Armutsbekämpfung – sicherstellen und Maßnahmen wie dem Abbau universeller Energiesubventionen, der Stärkung der Einkommensverwaltung und der Umsetzung gut ausgestalteter Steuerreformen Priorität einräumen müsse.

Die Exekutivdirektoren wiederholten, wie wichtig es sei, die Ausschüttung des verbleibenden unerwarteten Gewinns aus dem Goldverkauf für die langfristige Sicherung der Fondsmittel zur angemessenen finanziellen Unterstützung abzuschließen (siehe „Goldverkauf“ in Kapitel 5). Angesichts der begrenzten extern

verfügbaren Mittel unterstrichen sie die Bedeutung, die der Bereitstellung von Mitteln für anfällige und von Schocks am stärksten betroffene Länder zukomme. Sie stellten zudem heraus, dass die Berücksichtigung der Ergebnisse der Anfälligkeitsübung in der Überwachungs- und Programmtätigkeit des Fonds entscheidend sei.

Politik zu Schuldengrenzen in fondsgestützten Programmen

Im Januar 2014 hielt das Exekutivdirektorium eine informelle Besprechung über einen Stabsvorschlag zur Überprüfung der Fondspolitik zu Schuldengrenzen. Der Vorschlag wurde auf der Grundlage von Beiträgen aus einer früheren Direktoriaussprache im März 2013¹⁴ sowie umfangreichen Konsultationen zwischen IWF-Stab und beteiligten Gruppen in den Folgemonaten erarbeitet. Bei der Überprüfung der Schuldengrenzenpolitik des Fonds im März 2013 kamen die meisten Exekutivdirektoren überein, dass im Mittelpunkt der Erörterung die Einzelheiten der Schuldenkonditionalität in IWF-Vereinbarungen mit einkommensschwachen Ländern stehen sollte, da die Ausgestaltung der Schuldengrenzen in den durch das Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account – GRA) finanzierten Programmen keiner Änderung bedurfte. Die Exekutivdirektoren baten den Stab um überarbeitete Vorschläge für ein neues Regelwerk zu diesen Vereinbarungen.

Hilfe für Handel

Der IWF ist eine der sechs wichtigsten Partnerorganisationen des Enhanced Integrated Framework der Welthandelsorganisation, einer globalen Partnerschaft zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern, Gebern und internationalen Organisationen, die Länder auf ihrem Weg zu einer aktiveren Rolle im Welthandelssystem unterstützen. Die Leiter dieser Organisationen kamen im Juli 2013 im Rahmen der Fourth Global Review of Aid for

Trade¹⁵ zusammen und untersuchten die Frage, wie Entwicklungshilfe genutzt werden könnte, um Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder in Wertschöpfungsketten zu integrieren. Die Leiter der Organisationen sagten abermals ihre Hilfe zu, die ärmsten Gemeinschaften der Welt stärker an den globalen Handelsnetzen teilhaben zu lassen, während die internationale Gemeinschaft auf eine Entwicklungsagenda für die Jahre nach 2015 umstellt.

Unterstützung von langfristigem Wachstum und Makro stabilität in einkommensschwachen Ländern

Im Rahmen einer informellen Zusammenkunft im März 2014 erörterte das Exekutivdirektorium die Rolle, die dem Strukturwandel und der Diversifizierung bei der Unterstützung von langfristigem Wachstum und makroökonomischer Stabilität in einkommensschwachen Ländern zukommt. Grundlage für diese Direktoriaussprache bildeten empirische Analysen des IWF-Stabs mit einem neu konzipierten länderübergreifenden Datensatz und ergänzenden Länderfallstudien, die Diversifizierungs- und Umwandlungsmuster seit Mitte der 1960er-Jahre untersuchen.¹⁶

Die Exporteinkünfte und Wachstumsquellen der meisten Niedrigeinkommensländer sind historisch bedingt stark abhängig von einer kleinen Palette an traditionellen Primärprodukten und einer kleinen Anzahl an Exportmärkten. Diese Muster änderten sich der Analyse zufolge im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte, jedoch bestehen in Bezug auf das Ausmaß der Diversifizierung sowohl regionenübergreifend als auch innerhalb der einzelnen Regionen bedeutende Unterschiede. Laut der Analyse besteht noch jede Menge Spielraum, um die Qualität der bestehenden Ausfuhrkörbe der Länder zu verbessern oder neue Produkte mit höherem Mehrwert aufzunehmen – und

Links Bauern in Marokko pflücken Erdbeeren für den Export

Rechts Mit Bauxit beladene Lkws in Ocho Rios, Jamaika



dies nicht nur in der Fertigung, sondern auch in der Landwirtschaft, die oft der am wenigsten produktive Sektor ist. Die Entwicklungspolitik sollte deshalb die Landwirtschaft nicht aufgeben, sondern mit einschließen.

Länderübergreifende empirische Daten, die in der Analyse vorgestellt wurden, verweisen auf eine Bandbreite allgemeiner Politik- und Reformmaßnahmen, die sich bei der Förderung von Diversifizierung und Strukturwandel als wirksam erwiesen haben. Hierzu gehören die Verbesserung von Infrastruktur und Handelsnetzen, Investitionen in Humankapital, die Förderung einer finanziellen Vertiefung und der Abbau von Importhürden für neue Produkte. Allerdings gibt es kein allgemeingültiges Rezept, wie die Vielfalt der in den Länderfallstudien verzeichneten Erfahrungen deutlich macht. Die Analyse führte ein neues Instrumentarium zur Diversifizierung ein, das vom IWF-Stab entwickelt wurde und jetzt öffentlich verfügbar ist;¹⁷ es bietet einfachen Zugriff auf stark aufgeschlüsselte Produktdaten zur Exportdiversifizierung und Produktqualität. Das Instrumentarium würde den Länderbehörden und Missionsteams ausführlichere, länderspezifische Analysen ermöglichen.

Aufstrebende Marktwirtschaften

Das Exekutivdirektorium wird regelmäßig über Fragen und Themen, die im Zusammenhang mit aufstrebenden Marktwirtschaften von Interesse sind, informiert oder kommt zu informellen Sitzungen zu diesem Themenbereich zusammen. Mehrere Briefings und Sitzungen zum Thema fanden im Lauf des Geschäftsjahres statt. Anlässlich einer informellen Sitzung im September 2013 erörterte das Direktorium Entwicklungen und Wachstumsaussichten in aufstrebenden Marktwirtschaften. Im Rahmen dieser Sitzung wurde auch eine Präsentation des IWF-Stabs mit dem Titel „Emerging Markets: Where Are They, and Where Are They Headed?“ gezeigt. Das Direktorium wurde auch bei einer informellen Zusammenkunft im Februar 2014 zu den jüngsten Entwicklungen in Schwellenländern und im April 2014 zu den politischen Erfahrungen der Schwellenländer im Umgang mit externer Volatilität gebrieft.

Vienna 2 Initiative

Die Koordinationsinitiative der europäischen Banken (die sogenannte „Vienna Initiative“) wurde auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise ins Leben gerufen und ist ein Regelwerk zum Schutz der Finanzstabilität in den Schwellenländern Europas im Gefolge der Finanzkrise. Die Initiative wurde im Januar 2012 als „Vienna 2“ neu aufgelegt, als eine neue Krisenwelle den Euroraum heimsuchte. Die Vienna 2 Initiative soll den unregelmäßigen Schuldenabbau westlicher Mutterbanken in Bezug auf ihre Töchter in den Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) vermeiden helfen; sie soll sicherstellen, dass potenzielle grenzüberschreitende Finanzstabilitätsprobleme gelöst werden, und sie soll politische Maßnahmen – insbesondere im Bereich

Bankenaufsicht – verwirklichen, die im besten gemeinsamen Interesse von Heimat- und Gastländern sind.

Mitglieder des Lenkungsausschusses der Vienna 2 Initiative sind der IWF sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Europäische Investitionsbank, die Weltbankgruppe und die Europäische Kommission sowie die Heimat- und Gastländer (Albanien, Italien und Rumänien). Die Initiative veröffentlicht quartalsweise den CESEE *Deleveraging and Credit Monitor*, spricht gegenüber maßgeblichen europäischen Institutionen Empfehlungen für eine stärkere Koordination der Bankenaufsicht und für eine grenzüberschreitende Abwicklung von Banken aus und organisiert „Host Country Cross-Border Banking Forums“, die Gelegenheit zum Dialog zwischen den systemrelevanten Banken eines Landes und wichtigen Gesprächspartnern dieser Banken bieten: die Währungsbehörde und Aufsicht, die internationalen Mutterbankengruppen sowie die Aufsichtsbehörden derselben. Im Geschäftsjahr, dem dieser Bericht gewidmet ist, wurden diese Foren für Albanien, Kroatien und Serbien organisiert.¹⁸

Prioritäten für 2014

Bei seinem Treffen im Januar 2014 einigte sich der Lenkungsausschuss auf fünf Prioritäten der Initiative für 2014:¹⁹ die Förderung einer umfassenden Bankenunion mit besonderem Augenmerk auf Nicht-EU-Mitglieder in Südosteuropa; die sorgfältige Überwachung von Schuldenabbau- und Kreditvergabetrends in CESEE-Ländern; der Umgang mit dem kritischen Problem notleidender Kredite in den CESEE-Ländern im Rahmen eines koordinierten Ansatzes mit mehreren beteiligten Gruppen; verbesserte Kreditabsicherungen und Risikominderung zur Unterstützung der Vergabe neuer Kredite im Zusammenhang mit dem noch als hoch empfundenen Risiko in der Region und schließlich die schnellere Bereitstellung finanzieller Mittel vor Ort in CESEE-Ländern.

Arabische Länder im Übergang

Mit Stand von Ende April 2014 hatte der IWF insgesamt 10 Mrd. US\$ an Finanzhilfe für arabische Länder im Übergang gebilligt. Die fondsgestützten Programme in Jordanien, Marokko und Tunesien verliefen planmäßig und der Fonds führte Gespräche mit dem Jemen über die Möglichkeit einer neuen Vereinbarung unter der Erweiterten Kreditfazilität (Extended Credit Facility). Er war zur Gesprächsaufnahme mit Ägypten bereit, sollten die Behörden des Landes eine solche Unterstützung wünschen. Die Einbindung des IWF umfasste auch die Zusammenarbeit mit Gebern, die Bereitstellung politischer Beratung und Kapazitätsaufbau. Im Lauf des Jahres entsandte der Fonds annähernd 180 Missionen nach Nahost und Nordafrika, um technische Hilfe zu leisten, und die verschiedenen Lehrgänge wurden von rund 1.100 Teilnehmern aus der Region besucht.

Das Direktorium wurde im Rahmen mehrerer informeller Sitzungen über die arabischen Länder im Übergang gebrieft: Entwicklungen und bedeutende politische Herausforderungen (Oktober 2013), jüngste Entwicklungen und Ausblick, einschließlich der Bestrebungen der Deauville-Partnerschaft (Februar 2014), und die Wirtschaftsreformagenda (März 2014). Ein IWF-Stabsbericht vom April 2014 über den regionalen Wirtschaftsausblick und wesentliche Herausforderungen wies darauf hin, dass trotz uneinheitlicher Fortschritte in einigen arabischen Übergangsländern erste Anzeichen von Verbesserung und makroökonomischer Stabilisierung festzustellen seien.²⁰ Anhaltend schwaches Wachstum und verhaltene Investitionen aus dem Privatsektor angesichts der verschärften Unsicherheit in der Region erschwerten jedoch weiterhin die Bemühungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Diese Situation verlangte nach beschleunigten Reformen vonseiten der Behörden, um mit Unterstützung externer Partner die Zunahme eines umfassenderen und stärker vom Privatsektor geleiteten Wachstums zu erreichen. Darüber hinaus könnte die Mobilisierung erschwinglicher externer Finanzmittel die gut implementierten öffentlichen Investitionen beleben und Wachstum und Beschäftigung kurzfristig ankurbeln; dadurch könnten die schwierigen soziopolitischen Bedingungen stabilisiert und Raum für tiefergreifende Strukturreformen geschaffen werden.

Kleinstaaten

Mehr als ein Fünftel der IWF-Mitglieder sind Länder mit weniger als 1,5 Millionen Einwohnern (Kleinstaaten). Drei von vier Kleinstaaten sind Inseln oder Staaten, die sich aus weit verstreut liegenden Inseln zusammensetzen; andere wieder sind Binnenstaaten und einige liegen weit von wichtigen Märkten entfernt. Diese Kleinstaaten sind eine bunte Gruppe, in der alle Einkommenskategorien vertreten sind, aber allen sind größenbedingte Sachzwänge eigen. Sie haben höhere Fest- und variable Kosten für die Bereitstellung öffentlicher Güter und wenig Möglichkeit, Größenvorteile auszuspielen. Im Privatsektor haben höhere Kosten zu konzentrierten Märkten mit geringem Wettbewerb geführt.

Sehr hohe Ein- und Ausfuhranteile in den meisten Kleinstaaten helfen bei der Überwindung von schwachem Wettbewerb und der Belebung des Wachstums. Aber dieser Grad an Offenheit im Verbund mit Diversifizierungshürden macht diese Länder anfälliger gegenüber Krisen an den Weltmärkten. Den Finanzmärkten in Kleinstaaten fehlt es in der Regel an Tiefe. Sie haben weniger günstigen Zugang zum globalen Kapital, weil sie von Anlegern oft als riskanter eingestuft werden. Zudem werden die meisten Kleinstaaten oft Opfer von Naturkatastrophen, und einige sind vom Klimawandel besonders stark bedroht.

In den letzten Jahren verstärkte der IWF seine Arbeit in Kleinstaaten, was sich in der Agenda des Fonds niederschlägt. Diese erneute Ausrichtung auf Kleinstaaten wurde von den Mitgliedsländern des

IWF wiederholt begrüßt, so auch im Kommuniqué des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses vom Oktober 2013. Dieses stärkere Engagement für Kleinstaaten reflektiert die zunehmende Anerkennung der besonderen Bedürfnisse und Herausforderungen dieser Länder sowie die Bedeutung, die dem IWF zukommt, ihnen beim Umgang mit diesen Herausforderungen zu helfen und Lehren daraus zu ziehen.

Ein Beispiel für dieses verstärkte Engagement ist der *Asia and Pacific Small States Monitor*, dessen erste Ausgabe im April 2014 veröffentlicht wurde.²¹ Der *Monitor*, der vierteljährlich erscheinen soll, widmet sich jüngsten makroökonomischen Entwicklungen und Themen, die für die Kleinstaaten in der Region Asien/Pazifik von Bedeutung sind. Es wurde auch eine Leitlinie veröffentlicht, um die Arbeit des IWF mit seinen kleinen Mitgliedsländern zu intensivieren.

Kleinstaaten haben zur Überwindung von Naturkatastrophen und anderen externen Schocks eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten des IWF in Anspruch genommen, so auch die Schnellkreditfazilität (Rapid Credit Facility), eine Form von Notfallhilfe. Die Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildungsprogrammen, insbesondere durch die regionalen Zentren für Technical Assistance des IWF, spielt beim Kapazitätsaufbau in Kleinstaaten eine entscheidende Rolle (siehe „Kapazitätsentwicklung“ in Kapitel 4). Der IWF arbeitet überdies eng mit anderen internationalen Institutionen und Entwicklungspartnern zusammen, um die Bedürfnisse von Kleinstaaten zu erfüllen und aus ihren Erfahrungen zu lernen.

MITTELVERGABE UND DAS GLOBALE SICHERHEITSNETZ

Eine Kernaufgabe des IWF ist die Gewährung von Finanzhilfe gemäß seinen Richtlinien und Verfahrensweisen an Mitgliedsländer mit tatsächlichen, voraussichtlichen oder potenziellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Diese Finanzhilfe erlaubt den Ländern die Wiederauffüllung ihrer internationalen Reserven, die Stabilisierung ihrer Währungen, die fortlaufende Bezahlung von Importen sowie die Wiederherstellung der Voraussetzungen für starkes Wirtschaftswachstum, während sie auf politischem Weg die zugrunde liegenden Zahlungsbilanzprobleme zu korrigieren versuchen.

Die Mittel des IWF bieten einen Puffer, um die notwendigen Politikmaßnahmen und Reformen, die ein Land zur Behebung seines Zahlungsbilanzproblems und Wiederherstellung der Voraussetzungen für starkes Wirtschaftswachstum vornehmen muss, abzufedern.

Ressourcen für die Mittelvergabe

Der IWF kann seine durch Quoten finanzierten Währungsbestände finanzstarker Volkswirtschaften zur Mittelvergabe an seine Mitglie-

der verwenden.²² Das Exekutivdirektorium wählt diese Währungen in der Regel vierteljährlich auf der Grundlage der Zahlungsbilanz- und Reservepositionen der Mitglieder aus. Die meisten stammen aus fortgeschrittenen Volkswirtschaften, aber die Liste umfasst auch Währungen aus aufstrebenden Marktwirtschaften und in einigen Fällen auch aus einkommensschwachen Ländern. Die Bestände des IWF in diesen Währungen sowie seine eigenen Bestände an Sonderziehungsrechten (SZR) ergeben zusammen die für die Finanzhilfe verwendbaren Mittel. Im Bedarfsfall kann der IWF diese Ressourcen vorübergehend durch Kredite aufstocken – im Rahmen seiner stehenden Kreditnahmevereinbarungen und durch bilaterale Vereinbarungen. Mit Stand vom 30. April 2014 beliefen sich die ausstehenden Kredite des IWF aus bilateralen Krediten und Wechselkaufvereinbarungen sowie aus den erweiterten Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow – NAB) auf 47,3 Mrd. SZR (73,3 Mrd. US\$).²³ (Weitere Quellen für die Mittelvergabe werden an anderer Stelle dieses Berichts erörtert: siehe „Goldverkauf“ in Kapitel 5 zu Informationen über die Verwendung der Erlöse aus dem Goldverkauf des IWF zur Mittelvergabe an Niedrigeinkommensländer sowie die Erörterung der Mittel zur Schuldenerleichterung für Niedrigeinkommensländer im Rahmen des PRGT im weiteren Verlauf dieses Kapitels. Siehe auch „Prüfung der Angemessenheit der Risikorücklagen des Fonds“ und „Risikomanagement“ in Kapitel 5 zu Informationen über die Maßnahmen, die der Fonds zum Schutz seiner Finanzmittel vornimmt.)

Kreditnahmevereinbarungen

Der IWF unterhält zwei stehende Kreditlinien, die Allgemeinen Kreditnahmevereinbarungen (General Arrangements to Borrow – GAB von 1962) sowie die Neuen Kreditnahmevereinbarungen (New Arrangements to Borrow – NAB von 1998 und wesentlich

erweitert im Jahr 2010). Unter diesen Vereinbarungen steht eine Anzahl an Mitgliedsländern oder stehen ihre Institutionen bereit, dem IWF durch Aktivierung der Vereinbarungen weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit Stand vom 30. April 2014 bestanden 31 gültige bilaterale Kreditnahmevereinbarungen über eine Höhe von insgesamt 276,5 Mrd. SZR.

Die NAB sind ein Satz Kreditnahmevereinbarungen zwischen dem IWF und 38 Mitgliedsländern und Institutionen, darunter auch eine Anzahl aufstrebender Marktwirtschaften. Ein Vorschlag der Geschäftsführenden Direktorin zur „Aktivierung“ der NAB wird erst dann wirksam, wenn der Anteil der zustimmenden Teilnehmer 85 Prozent der stimmberechtigten Teilnehmer der gesamten Kreditnahmevereinbarungen entsprechen und diese Zustimmung im Anschluss vom Exekutivdirektorium gebilligt wird. Die NAB können jeweils für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten aktiviert werden; nach ihrer Aktivierung können sie bis zu 370,0 Mrd. SZR (rund 573,4 Mrd. US\$) an zusätzlichen Mitteln bereitstellen. Die NAB wurden in diesem Geschäftsjahr zweimal – im Oktober 2013 und April 2014 – mit der Höchstlaufzeit von sechs Monaten aktiviert.

Die GAB erlaubt dem IWF die Bereitstellung bestimmter Währungsbeträge von elf fortgeschrittenen Volkswirtschaften (oder ihren Zentralbanken). Ein Vorschlag für einen Mittelabruf unter den GAB darf nur dann erfolgen, wenn ein Vorschlag zur Aktivierung unter den NAB von den NAB-Teilnehmern abgelehnt wurde.

Die GAB und eine damit zusammenhängende Kreditvereinbarung mit Saudi-Arabien wurden unverändert um einen Zeitraum von fünf Jahren ab 26. Dezember 2013 verlängert. Die dem IWF unter den GAB zur Verfügung stehende Kreditsumme beläuft sich auf insgesamt 17 Mrd. SZR (rund 26,3 Mrd. US\$), und



Links Männer fertigen Teppiche in Peschawar, Pakistan **Rechts** Sanierung eines alten Plattenbaus in Bukarest, Rumänien



weitere 1,5 Mrd. SZR (2,3 Mrd. US\$) stehen im Rahmen der damit verbundenen Vereinbarung mit Saudi-Arabien zur Verfügung. Die GAB wurde zehnmal aktiviert, zuletzt 1998. Ziehungen unter den GAB zählen für die Zusage eines Mitglieds unter den NAB und umgekehrt.

Bilaterale Kreditnahmevereinbarungen

Die Mittel, die dem IWF im Rahmen verschiedener bilateraler Kreditnahmevereinbarungen von 2012 zur Verfügung stehen, dienen als zweite Verteidigungslinie für die Quoten- und NAB-Mittel des Fonds.²⁴ Vor dem Hintergrund eines sehr schwierigen globalen Wirtschafts- und Finanzumfelds sagten 38 Länder 2012 die Anhebung der IWF-Mittel um weitere 461 Mrd. US\$ im Rahmen dieser Vereinbarungen zu.

Kreditvereinbarungen im regionalen Umfeld

Regionale Kreditvereinbarungen bieten Ländern, die in Schwierigkeiten geraten sind, Finanzhilfe, die sich aus zusammengeführten oder zugesagten Mitteln aus dem regionalen Umfeld speist. Seit der weltweiten Finanzkrise werden diese Vereinbarungen als wichtige Schicht im globalen Finanzsicherheitsnetz angesehen. Regionale Kreditvereinbarungen können entscheidende Auswirkungen auf das Funktionieren des internationalen Währungssystems und auf die Fondsarbeit zeitigen. Zwischen diesen Vereinbarungen und dem Fonds bestehen Synergien, erlauben sie doch eine entschiedenere weltweite Reaktion auf Krisen, ein besseres Verständnis von Volkswirtschaften und Politiken durch den Erfahrungs- und Wissensaustausch sowie mehr Eigenverantwortung für Anpassungsprogramme und damit zusammenhängende Politikmaßnahmen. Allerdings können mehrere Schichten im globalen Finanzsicherheitsnetz aufgrund der unterschiedlichen Mandate von regionalen Kreditvereinbarungen und multilateralen Institutionen wie dem Fonds aber auch zu Schwierigkeiten bei der Koordinierung führen.

Bei einem informellen Gespräch im Mai 2013 erörterte das Exekutivdirektorium die Mitwirkung des Fonds an regionalen Finanzvereinbarungen; Grundlage hierfür bildeten ein Papier des IWF-Stabs²⁵ und Themen, die bei einem Seminar von IWF und G20 über die Rolle regionaler Finanzvereinbarungen in der internationalen Finanzarchitektur und die Zusammenarbeit mit dem IWF angeschnitten wurden. Das Papier fasst die gegenwärtige Situation der regionalen Kreditvereinbarungen zusammen und erörtert die Koordinierung zwischen IWF und diesen Vereinbarungen bis heute sowie Optionen zur Verbesserung der Zusammenarbeit; das Papier führt hierbei aus, dass zunehmend Forderungen nach einem stärker strukturierten Ansatz bei der Koordinierung der Kreditvergabe durch regionale Kreditvereinbarungen und dem Fonds laut würden. Eine besser strukturierte Koordination könnte dem Papier zufolge die Vorhersehbarkeit dieser gemeinsamen Mittelvergabe sowie die Wirksamkeit bei der Krisenbekämpfung erhöhen.

Programmgestaltung

Die Mittel des Fonds werden in der Regel im Rahmen einer „Kreditvereinbarung“ zur Verfügung gestellt. Das Wirtschaftsprogramm des Mitglieds, das durch eine IWF-Vereinbarung gestützt wird, wird vom Land unter Mitwirkung des IWF formuliert und dem Exekutivdirektorium als „Absichtserklärung“ unterbreitet; dieser Erklärung sind in der Regel eine Notiz über die Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine technische Grundsatzvereinbarung beigelegt. Bei Billigung der Vereinbarung durch das Direktorium werden die IWF-Mittel phasenweise über die Laufzeit der Vereinbarung ausgegeben. (Die Direktoriumsprüfung der Schuldengrenzen in Fonds-Vereinbarungen wird weiter oben in diesem Kapitel erörtert.)

Kreditinstrumente und Kreditfazilitäten

Im Lauf der Jahre entwickelte der IWF verschiedene Kreditvergabeinstrumente und Fazilitäten, die den speziellen Umständen seiner vielfältigen Mitglieder Rechnung tragen. Alle Länder haben Zugang zum Konto für allgemeine Ressourcen. PRGT-berechtigte Mitglieder (einkommensschwache Länder) dürfen über verschiedene Kreditfazilitäten des IWF im Rahmen des PRGT konzessionäre Kredite in Anspruch nehmen; eine Vielzahl von Fazilitäten steht allen IWF-Mitgliedern auf nicht konzessionärer Basis zur Verfügung, wenn sie für den PRGT infrage kommen. Der IWF prüft seine Fazilitäten regelmäßig, um sicherzustellen, dass sie weiterhin den Bedürfnissen seiner Mitglieder entsprechen.

Prüfung der Flexible Credit Line, der Precautionary and Liquidity Line und des Rapid Financing Instrument

Im Februar 2014 erörterte das Exekutivdirektorium die Prüfung der Flexiblen Kreditlinie (Flexible Credit Line – FCL), der Vorsorglichen und Liquiditätslinie (Precautionary and Liquidity Line – PLL) sowie des Schnellfinanzierungsinstruments (Rapid Financing Instrument – RFI).²⁶ Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass die FCL und PLL den Mitgliedern wertvolle Absicherung gegen externe Schocks gewährten und das Marktvertrauen in einer Zeit erhöhter Risiken stärken halfen. Es herrschte weithin Einvernehmen darüber, dass FCL, PLL und RFI im Kreditvergabeinstrumentarium des Fonds verbleiben sollten. Letzteres hatte wesentlich zur Stärkung des globalen Finanzsicherheitsnetzes beigetragen. Zugleich sahen sie Möglichkeiten für weitere Anpassungen und begrüßten Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Wirksamkeit, Transparenz und Attraktivität bei gleichzeitiger Wahrung der revolvierenden Natur der begrenzten Fondsmittel. Die Prüfung wurde Anfang GJ 2015 abgeschlossen und das Exekutivdirektorium billigte die Vorschläge zu Zusammenführung und erhöhter Transparenz.

Die Exekutivdirektoren bekräftigten, dass die Unterstützung durch FCL und PLL eine vorübergehende Ergänzung der Reserven in Zeiten erhöhter externer Risiken bieten und dass

von Ländern, die diese Mittel in Anspruch nehmen, eine zeitnahe Rückzahlung erwartet wird. Sie unterstrichen, dass die Bewertung externer Risiken ein wichtiger Aspekt bei den Diskussionen um Zugang und Ausstieg sei. Im Hinblick auf das RFI sprachen sich die meisten Exekutivdirektoren für die Beibehaltung der bestehenden Zugangsgrenzen aus.

Im Allgemeinen waren die Exekutivdirektoren der Meinung, dass der Ansatz der vollen Bewertung vorsorglicher Vereinbarungen bei der künftigen Kreditzusagekapazität des Fonds nach wie vor angemessen sei; damit wird sichergestellt, dass die zugesagten Mittel den Mitgliedern unter allen Umständen zur Verfügung stehen.

Der IWF-Stab wurde gebeten, dem Direktorium weitere Analysen und Vorschläge zur Erhöhung von Transparenz und Vorhersehbarkeit bei den Qualifikationsbewertungen und Zugangs- und Ausstiegsgesprächen vorzulegen, so auch zur Zusammenführung der Qualifikationskriterien für den Zugriff auf FCL und PLL sowie Indikatoren zur Stärke der Institutionen und externen Belastung. Es wurde darauf verwiesen, dass die Exekutivdirektoren in drei Jahren oder im Bedarfsfall schon früher die Erfahrungen mit FCL, PLL und RFI auswerten und die Notwendigkeit einer umfassenden Prüfung der einzelnen Instrumente und ihrer Bereitstellungsgebühren beurteilen würden.

Konditionalität

Wenn der IWF einem Mitglied einen Kredit gewährt, werden mit den Behörden des Landes Vereinbarungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen getroffen, die zur Überwindung der Zahlungsbilanzprobleme notwendig sind, die für die Beantragung von Finanzhilfe seitens der internationalen Gemeinschaft ausschlaggebend gewesen waren. Genauer gesagt werden gemäß dem IWF-Übereinkommen und implementierten Entscheidungen des Exekutivdirektoriums Konditionen für den Einsatz der Fondsmittel aufgestellt. Ziel ist dabei, dass diese Mittel dem Mitglied zur Lösung seiner Zahlungsbilanzprobleme gemäß dem IWF-Übereinkommen gewährt werden und dass das Mitglied angemessene Schutzvorkehrungen für die vorübergehende Verwendung der IWF-Gelder aufstellt. Reformen am Kreditvergabeinstrumentarium des GRA, die 2009 gebilligt wurden, verschlankten die Konditionalität, um die Eigenverantwortung der Länder für überzeugende und wirksame politische Maßnahmen zu stärken.

Die Konditionalität in IWF-gestützten Programmen besteht in der Regel aus Variablen oder Messgrößen, die für die Verwirklichung der Programmziele des Mitglieds – d.h. die zugrunde liegenden makroökonomischen und strukturpolitischen Maßnahmen – oder für die Überwachung der Programmumsetzung von entscheidender Bedeutung oder notwendig sind, um bestimmte Vorgaben des IWF-Übereinkommens oder in dessen Rahmen

übernommene Politikmaßnahmen umzusetzen. Wie oben angemerkt sorgt Konditionalität auch für Schutzvorkehrungen für den vorübergehenden Einsatz von IWF-Mitteln. Der IWF prüft die Konditionalität regelmäßig im Rahmen seiner Arbeit zur Bewertung politischer Maßnahmen und zur Anpassung an ein sich änderndes Umfeld.

Prüfung der Konditionalität in Ländern mit einer im Wandel begriffenen Geldpolitik

Im Lauf der letzten zehn Jahre fanden tiefgreifende Veränderungen in der Geldpolitik statt, insbesondere in Entwicklungsländern, die bei der Festlegung von Bedingungen für die Geldpolitik in fondsgestützten Programmen berücksichtigt werden müssen. Es gibt klare Richtlinien und bewährte Praktiken für die Konditionalität der Geldpolitik bei Rahmenwerken mit geldpolitischen und Inflationszielen. Es bestand bisher jedoch kein spezieller Konditionalitätsrahmen für Länder, deren Geldpolitik im Wandel begriffen ist. Bei einer Sitzung im März 2014 prüfte das Exekutivdirektorium die Konditionalität der Geldpolitik in Ländern, deren geldpolitischen Regelungen sich fortentwickeln.²⁷

Die Exekutivdirektoren begrüßten einen prüfbasierten Ansatz für die Konditionalität in der Geldpolitik und befürworteten weithin einen Vorschlag des IWF-Stabs zur Stärkung des bestehenden Regelwerks, als zusätzliches Instrument für die Konditionalität der Geldpolitik eine Konsultationsklausel zur Geldpolitik (monetary policy consultation clause – MPCC) einzuführen; das Instrument könnte in Ländern eingesetzt werden, die in der Lage sind, ihre Politik zur Erreichung ihrer geldpolitischen Ziele flexibel anzupassen. Diese Konsultationsklausel würde auf einem bestimmten zentralen Pfad für eine Zielvariable (z.B. Geldmengenaggregat oder Inflation) basieren, die normalerweise ein einzelnes Toleranzband hätte. Bei Abweichen der Zielvariablen vom Toleranzband würde eine formelle Konsultation mit dem Exekutivdirektorium ausgelöst. Die Direktoren verwiesen darauf, dass viele Entwicklungsländer mit Spielraum für eine unabhängige Geldpolitik sich in Richtung flexiblerer und stärker zukunftsgerichteter Regelwerke für ihre Geldpolitik bewegten, die im Allgemeinen auf die Verwirklichung von Preisstabilität abzielten. Eine schwächere Beziehung zwischen Geldmengenaggregaten und Inflation legte einen Rückgang in der Relevanz von Geldmengenaggregaten als zuverlässige Indikatoren des geldpolitischen Kurses in Ländern mit niedriger Inflation, einer wechselhaften Finanzumgebung und Risiken exogener Schocks nahe. Darüber hinaus korrelierte die Nichteinhaltung von Geldreservezielen in fondsgestützten Programmen normalerweise nicht mit Inflationsabweichungen in Ländern, die bereits ein Inflationsniveau im einstelligen Bereich erreicht hatten.

Die Exekutivdirektoren überlegten, dass die MPCC die Konditionalität der Geldpolitik in Programmen für Länder mit einem überzeugenden Leistungsnachweis bei der Politikumsetzung, mit einer relativ niedrigen und stabilen Inflationsrate und adäquaten technischen Kapazitäten untermauern könnte. In diesem Zusam-

menhang verwiesen die Exekutivdirektoren allgemein auf die Bedeutung der Zentralbankautonomie de facto bei der Geldwirtschaft, makroökonomischen und finanziellen Stabilität und der quantitativen Analysekapazität des Inflationsprozesses, um das flexible geldpolitische Regelwerk unter der MPCC umsetzen zu können.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen, wie wichtig die gerechte Anwendung des Standards sei, und forderten den Stab dazu auf, fallweise über den Einsatz der MPCC für ein bestimmtes Mitglied zu entscheiden; sie merkten an, dass einige Länder derzeit eventuell nicht alle institutionellen Voraussetzungen erfüllen oder den Einsatz der MCPP aufgrund anderer Besonderheiten als verfrüht erscheinen lassen würden. Sie betonten die Bedeutung der vorgeschlagenen Konsultationsklausel, um die Verwendung der Fondsmittel zu schützen. Sie waren der Ansicht, dass das traditionelle Regelwerk für die geldpolitische Konditionalität für viele Länder weiterhin relevant sei, so auch für Länder mit weniger entwickelten institutionellen Regelwerken und einer nachweislich relativ hohen Inflation. Dennoch, so wurde angemerkt, sollte der Fonds Entwicklungsländer unterstützen, die ihre Geldpolitik modernisieren wollen. Die Exekutivdirektoren begrüßten die Arbeit des Stabs zum Kapazitätsaufbau der Institutionen und Förderung der Bereitstellung und Analyse von Daten in diesen Ländern.

Sie sprachen sich für eine schrittweise Einführung der MPCC in Ländern aus, in denen allgemeine Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung herrschten. Die Exekutivdirektoren erwarten eine Bestandsaufnahme der Implementierung des neuen Konditionalitätsregelwerks, sobald genügend Erfahrung damit gesammelt wurde. Es wurde eine Aktualisierung der Operativen Leitlinie zur Konditionalität (Operational Guidance Note on Conditionality) erbeten, damit die vom Direktorium erörterten Verbesserungen des prüfbasierten Regelwerks zur geldpolitischen Konditionalität eingegliedert werden können.

Mittelvergabe im Jahresverlauf

Die Hauptquellen für Fondsmittel sind die Quotenzahlungen der Mitgliedsländer. Die Kreditnahme stellt eine vorübergehende Ergänzung der Quotenmittel dar und trägt wesentlich dazu bei, dass der Fonds während der weltweiten Wirtschaftskrise den Bedarf seiner Mitglieder an Finanzhilfe erfüllen kann. Die Verzögerungen bei der Umsetzung der Quotenerhöhung im Rahmen der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung und die fortgesetzte Inanspruchnahme von Krediten durch den Fonds geben allerdings zunehmend Anlass zur Sorge.

Nichtkonzessionäre Mittelvergabe

Während des Geschäftsjahres billigte das Exekutivdirektorium neun Vereinbarungen im Konto für allgemeine Ressourcen des

IWF (nichtkonzessionäre Fazilitäten), die sich insgesamt auf 24 Mrd. SZR brutto (37,2 Mrd. US\$) beliefen.²⁸ Fast 60 Prozent dieser Zusagen entfielen auf drei Bereitschaftskreditvereinbarungen (Stand-By Arrangements – SBA) für Rumänien, Tunesien und die Ukraine mit insgesamt 13,9 Mrd. SZR (21,5 Mrd. US\$), wobei es sich bei der SBA für Rumänien um eine als vorsorglich eingestufte Folgevereinbarung handelt. Ungefähr ein Viertel dieser Zusagen (6,3 Mrd. SZR bzw. 9,7 Mrd. US\$) betraf fünf neue Verlängerungen unter der Erweiterten Finanzierungsfazilität (Extended Financing Facility – EFF) für Albanien, Armenien, Jamaika, Pakistan und Zypern. Darüber hinaus wurde eine Folgevereinbarung unter der Flexiblen Kreditlinie für Kolumbien gebilligt (3,9 Mrd. SZR bzw. 6,0 Mrd. US\$).

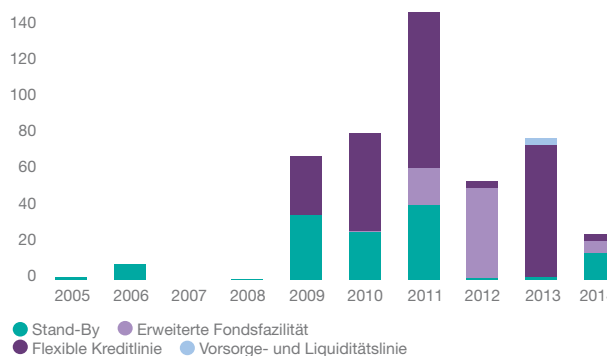
Insgesamt erreichten Ende April 2014 die Käufe²⁹ aus dem Konto für allgemeine Ressourcen 11,7 Mrd. SZR (18,1 Mrd. US\$), wobei die Käufe aus den drei Euroländern (Griechenland, Irland und Portugal) 76 Prozent der Gesamtsumme ausmachten. Rückkäufe für den Zeitraum lagen bei 20,6 Mrd. SZR (32 Mrd. US\$); darunter befand sich auch ein vorzeitiger Rückkauf (Rückzahlung) Ungarns im August 2013 zu einer Restschuld aus einer SBA von 2008.³⁰

Tabelle 3.1 liefert allgemeine Informationen über die Finanzierungsinstrumente und -fazilitäten des IWF, und Tabelle 3.2 sowie Schaubild 3.1 zeigen detailliert die Vereinbarungen im GRA, die im Lauf des Geschäftsjahrs gebilligt wurden; Schaubild 3.2 gibt Auskunft zu den ausstehenden Kreditsummen der letzten zehn Jahre.

Der Gebührensatz für die nichtkonzessionäre Mittelvergabe für das Geschäftsjahr wird in Kapitel 5 erörtert (siehe dort „Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung.“).

Schaubild 3.1

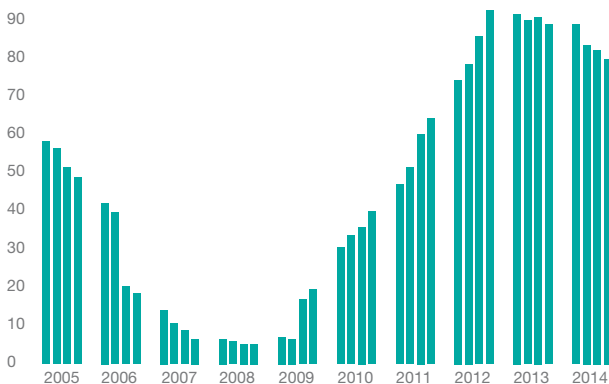
In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2005–14 gebilligte Vereinbarungen (Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 3.2**Ausstehende nichtkonzessionäre Finanzierungen,
GJ 2005–14**

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Konzessionäre Mittelvergabe

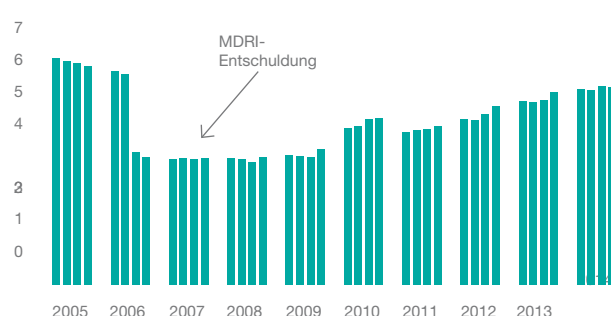
Der Fonds sagte im Rahmen seines Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust – PRGT) Darlehen für seine einkommensschwachen Mitgliedsländer in Höhe von insgesamt 0,14 Mrd. SZR (0,22 Mrd. US\$) zu. Die Gesamtsumme der konzessionären Kredite aus dem PRGT für 60 Mitglieder belief sich per 30. April 2014 auf 6,1 Mrd. SZR (9,5 Mrd. US\$). Ausführliche Informationen zu neuen Vereinbarungen und Zugangserhöhungen unter den konzessionären Finanzierungsfazilitäten des IWF finden sich in Tabelle 3.3. Schaubild 3.3 zeigt die ausstehenden konzessionären Kredite des letzten Jahrzehnts.

Der Fonds stellt den Ländern Schuldenerleichterung bereit, die im Rahmen der Initiative für Hochverschuldete Arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (Multilateral Debt Relief Initiative – MDRI) Anspruch darauf haben. Mit Stand vom 30. April 2014 hatten 36 Länder ihren Entscheidungszeitpunkt³¹ unter der HIPC-Initiative erreicht; von diesen hat einzig der Tschad seinen Abschlusszeitpunkt noch nicht erreicht. Alle Länder, die den Abschlusszeitpunkt unter der erweiterten HIPC-Initiative erreichen, und Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 380 US\$ und ausstehenden Schulden gegenüber dem IWF Ende 2004 kommen für Schuldenerleichterung unter der MDRI infrage. Afghanistan, Haiti und Togo hatten beim Fonds keine MDRI-berechtigten Schulden und erhielten daher vom IWF keine Schuldenerleichterung im Rahmen dieser Initiative. Insgesamt gewährte der IWF Schuldenerleichterung in Höhe von 2,6 Mrd. SZR unter der HIPC-Initiative und 2,3 Mrd. SZR unter der MDRI, einschließlich Schuldenerleichterung für zwei Länder außerhalb der HIPC.

Im Geschäftsjahr wurden keine Hilfsmittel aus dem Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung in der Folgezeit von Katastrophen

Schaubild 3.3**Ausstehende konzessionäre Finanzierungen,
GJ 2005–14**

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: MDRI: Multilateral Debt Relief Initiative.

(Post-Catastrophe Debt Relief Trust – PCDR) ausbezahlt. Dieser Trust wurde im Juni 2010 eingerichtet, damit sich der Fonds an internationalen Schuldenerleichterungsmaßnahmen beteiligen kann, wenn arme Länder von besonders schweren Naturkatastrophen heimgesucht werden.

Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik

Neben den konzessionären Kreditvergabe-Fazilitäten (siehe Tabelle 3.1) bietet der IWF Ländern, die weithin nachhaltige makroökonomische Positionen erreicht haben und im Allgemeinen keine IWF-Mittel benötigen, auch ein Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument – PSI). Im Rahmen des PSI werden häufigere Beurteilungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgenommen als durch die Überwachung möglich sind. Diese Unterstützung vonseiten des IWF meldet Gebern, Gläubigern und der allgemeinen Öffentlichkeit deutliche Signale zur Stärke der Wirtschafts- und Finanzpolitik eines Landes.

Das Exekutivdirektorium schloss seine letzten Prüfungen unter den bestehenden PSI ab und gewährte Mosambik, Ruanda und Uganda während des Jahres neue dreijährige PSI.³²

Auflösung des EPCA/ENDA-Subventionskontos

2001 richtete der Fonds ein Konto ein, um den PRGT-berechtigten Ländern aus dem GRA Notfallhilfe in der Folgezeit von Konflikten (Emergency Post-Conflict Assistance – EPCA) zu gewähren. 2005 wurden die Zwecke des Kontos auf die Unterstützung von Notfallhilfe bei Naturkatastrophen (Emergency Natural Disaster Assistance – ENDA) ausgedehnt. Dieses EPCA/ENDA-Subventionskonto wurde durch bilaterale Beiträge von 19 Mitgliedsländern gespeist, die sich ursprünglich auf 40,9 Mio. SZR beliefen.

Tabelle 3.1**Kreditvergabe-Fazilitäten des IWF**

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung) ¹	Zweck	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
KREDITTRANCHEN UND ERWEITERTE FONDSFAZILITÄT³			
Stand-By Arrangements (SBA) (1952) (Bereitschaftskredit-Vereinbarungen)	Mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen.	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können.	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen.
Extended Fund Facility (EFF) (1974) (Extended Arrangements) (Erweiterte Fonds-fazilität) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder, die langfristige Zahlungsbilanzprobleme aufgreifen.	Verabschiedung eines Programms mit bis zu 4 Jahren Laufzeit mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate.	Viertel- oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen.
Flexible Credit Line (FCL) (2009) (Flexible Kreditlinie)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen, das den gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarf aufgreift.	Ex ante sehr starke makroökonomische Eckdaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischer Leistungsnachweis.	Im Voraus gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums, vorbehaltlich der Halbjahrüberprüfung nach einem Jahr.
Precautionary and Liquidity Line (PLL) (2011) (Vorsorge- und Liquiditätslinie)	Instrument für Länder mit soliden volkswirtschaftlichen Eckdaten und soliden Politiken.	Stark in Bezug auf politische Regelwerke, Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors.	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen (bei 1- bis 2-jährigen PLL).

SONDERFAZILITÄTEN

Rapid Financing Instrument (RFI) (2011) (Instrument für schnelle Finanzierung)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf.	Bestrebungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (kann vorangegangene Maßnahmen einschließen).	Direkte Käufe ohne ein voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen.
--	--	---	--

FAZILITÄTEN FÜR EINKOMMENSSCHWACHE MITGLIEDER IM RAHMEN DES POVERTY REDUCTION AND GROWTH TRUST (PRGT)

Extended Credit Facility (ECF) (2010) ⁵ (Fazilität für erweiterten Kredit)	Mittelfristige Unterstützung zur Bewältigung von andauernden Zahlungsbilanzschwierigkeiten.	Annahme von 3- bis 4-jährigen ECF-Vereinbarungen. ECF-gestützte Programme basieren auf Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs), die von den Ländern in einem partizipatorischen Prozess erarbeitet werden und makroökonomische, strukturelle und armutsbekämpfende Maßnahmen umfassen.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen.
Standby Credit Facility (SCF) (2010) (Bereitschaftskreditfazilität)	Bedienung eines kurzfristigen Bedarfs hinsichtlich Zahlungsbilanz und Vorsorge.	Verabschiedung 12- bis 24-monatiger SCF-Vereinbarungen.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen (bei Ziehung).
Schnellkreditfazilität (RCF) (2010)	Schnelle Unterstützung für dringenden Zahlungsbilanzbedarf; für die Fälle, in denen ein Programm der oberen Kredittranche nicht notwendig oder nicht durchführbar ist.	Kein auf Überprüfungen beruhendes Programm notwendig; keine ex post Konditionalität.	In der Regel eine einzige Auszahlung.

¹ Mit Ausnahme der über den Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandsfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum – PRGT) finanzierten Fazilität wird die Kreditvergabe des IWF hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in Sonderziehungsrechten (SZR) – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen oder SZR kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung oder SZR zurückkauft. Die konzessionäre Kreditvergabe unter den Fazilitäten ECF, RCF und SCF wird über einen separaten Treuhandsfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum finanziert. Für die Kreditvergabe unter dem PRGT kam das Exekutivdirektorium am 8. April 2013 überein, dass die Zugangsnormen und -grenzen in Relation zur Quote halbiert werden sollen, sobald die Quotenerhöhung nach der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung in Kraft tritt.

² Der Gebührensatz für Mittel, die vom General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen – GRA) ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der Gebührensatz wird in jedem Finanzquartal des IWF auf den Tagessaldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge zwischen 200 und 1.000 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge von über 1.000 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angerechnet, der in jeder (jährlichen) Periode gezogen werden kann unter einer Stand-By, Flexible Credit Line, Precautionary and Liquidity Line oder einer Extended Arrangement; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen. Für Fazilitäten für einkommensschwache Länder im Rahmen des PRGT wurde 2009 ein Zinsmechanismus eingeführt, der die konzessionären Zinssätze mit dem SZR-Zinssatz und regelmäßigen Überprüfungen verknüpft. Bei diesen Überprüfungen werden die anzuwendenden Zinssätze wie folgt festgelegt: Wenn der in den letzten 12 Monaten beobachtete durchschnittliche SZR-Zinssatz unter 2 Prozent liegt, dann wird der Zinssatz für Darlehen unter der ECF und RCF auf 0 Prozent pro Jahr und

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 200% der Quote; kumulativ: 600% der Quote.	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300% der Quote; weitere 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300% der Quote liegt). ⁴	3¼–5	vierteljährlich
Jährlich: 200% der Quote; kumulativ: 600% der Quote.	wie oben	4½–10	halbjährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze.	wie oben	3¼–5	vierteljährlich
250% der Quote für 6 Monate; 500% der Quote verfügbar bei Billigung von 1- bis 2-jährigen Vereinbarungen; insgesamt 1.000% der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts.	wie oben	3¼–5	vierteljährlich
Jährlich: 50% der Quote; kumulativ: 100% der Quote.	wie oben	3¼–5	vierteljährlich
Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 300% der Quote.	0% bis Ende 2014	5½–10	halbjährlich
Jährlich: 100% der Quote; kumulativ: 300% der Quote; Vorsorge: jährlich 75% der Quote und durchschnittlich jährlich 50% der Quote.	wie oben	4–8	halbjährlich
Jährlich: 25% („shocks window“ 50% der Quote); kumulativ (nach planmäßigen Tilgungen): 100% („shocks window“ 125% der Quote).	wie oben	5½–10	halbjährlich

für SCF-Darlehen auf 0,25 Prozent pro Jahr festgelegt; wenn der durchschnittliche SZR-Zinssatz 2 Prozent oder mehr, bis 5 Prozent beträgt, wird der Zinssatz für Darlehen unter der ECF und RCF auf 0,25 Prozent pro Jahr und für SCF-Darlehen auf 0,5 Prozent pro Jahr festgelegt. Wenn der durchschnittliche SZR-Zinssatz über 5 Prozent beträgt, wird der Zinssatz für Darlehen unter der ECF und RCF auf 0,5 Prozent jährlich und für SCF-Darlehen auf 0,75 Prozent jährlich festgelegt. Eine vorsorgliche Vereinbarung unter der SCF wird mit einer Bereitstellungsgebühr von 15 Basispunkten pro Jahr auf den nicht in Anspruch genommenen Anteil der Beträge belegt, die während eines jeden Sechsmonatszeitraums gezogen werden können. Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise verabschiedete das Direktorium im Dezember 2012 eine Ausnahmeregelung zur vorübergehenden Aussetzung der Zinsen für konzessionäre Darlehen bis Ende Dezember 2014.

³ Der Ausdruck Kredittranchen bezieht sich auf das Volumen der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote, die einem Mitglied im IWF zukommt; so sind Auszahlungen von bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds Auszahlungen unter der ersten Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen von über 25 Prozent werden als Ziehungen in den oberen Kredittranchen bezeichnet; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Stand-By oder Extended Arrangement. Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

⁴ Ein Aufschlag, der im November 2000 eingeführt wurde. Am 1. August 2009 trat ein neues Aufschlagsystem in Kraft, das den vorangegangenen Plan ersetzte, der folgendermaßen strukturiert war: 100 Basispunkte über den Gebührensatz hinaus bei einem Volumen von über 200 Prozent der Quote und 200 Basispunkte Aufschlag bei einem Volumen von über 300 Prozent Quote. Ein Mitglied, das am 1. August 2009 ausstehende Kredite in den Kredittranchen oder unter der Extended Fund Facility hatte oder das vor diesem Datum eine gebilligte effektive Vereinbarung hatte, konnte sich wahlweise für das neue oder das alte Aufschlagsystem entscheiden.

⁵ Die ECF hatte früher den Namen Poverty Reduction and Growth Facility (Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität).

Eine Reform der IWF-Fazilitäten für PRGT-berechtigte Länder, die im Januar 2010 in Kraft trat, führte zur Einrichtung der Schnellkreditfazilität (Rapid Credit Facility – RCF). Die RCF gewährt einkommensschwachen Ländern, die sich mit einem dringenden Zahlungsbilanzbedarf konfrontiert sehen, konzessionäre Finanzhilfe und ersetzt somit den subventionierten Einsatz von Notfallhilfe, der zuvor aus dem GRA bestritten wurde. Gemäß dem EPCA/ENDA Subsidy Account Instrument wurde mit der Auflösung des Kontos Ende 2013 begonnen, nachdem im früheren Verlauf des Jahres der letzte ausstehende EPCA/ENDA-Kredit von einkommensschwachen Ländern zurückgezahlt worden war.

Das Konto wurde am 1. Februar 2014 aufgelöst. Es hatte seit 2012 die Subventionierung von Käufen unter dem EBCA/ENDA in Höhe von 406 Mio. SZR ermöglicht.

Der verbleibende Saldo der Subventionsmittel bei Kontoauflösung – 10,6 Mio. SZR – wurde gemäß dem Wunsch der 19 Mitglieder, die die Mittel ursprünglich zur Verfügung gestellt hatten, verwendet. Elf Geberländer verlangten die Überweisung ihrer verbleibenden Beiträge von insgesamt 7,1 Mio. SZR auf eines der vier Subventionskonten des PRGT (hauptsächlich RCF oder Allgemein). Die restlichen acht Geberländer überwiesen ihren Anteil auf Konten zur Unterstützung der technischen Hilfe des IWF, ließen sich ihre Beiträge zurückzahlen oder ließen ihre Beiträge auf ein Zwischenkonto überweisen, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Verwendung getroffen wird.

Tabelle 3.2**Im GJ 2014 unter den Hauptfazilitäten gebilligte Vereinbarungen**

(Millionen SZR)

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Albanien	36-monatige Extended Fund Facility	28. Februar 2014	295,4
Armenien, Republik	38-monatige Extended Fund Facility	7. März 2014	82,2
Jamaika	48-monatige Extended Fund Facility	1. Mai 2013	615,4
Kolumbien	24-monatige Flexible Credit Line	24. Juni 2013	3.870,0
Pakistan	36-monatige Extended Fund Facility	4. September 2013	4.393,0
Rumänien	24-monatige Stand-By	27. September 2013	1.751,3
Tunesien	24-monatige Stand-By	7. Juni 2013	1.146,0
Ukraine	24-monatige Stand-By	30. April 2014	10.976,0
Zypern	36-monatige Extended Fund Facility	15. Mai 2013	891,0
Zwischensumme			24.020,4
AUFSTOCKUNGEN VON VEREINBARUNGEN¹			
Bosnien und Herzegowina	33-monatige Stand-By	31. Januar 2014	135,3
Zwischensumme			135,3
Insgesamt			24.155,6

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.**Tabelle 3.3****Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen während des GJ 2014**

(Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE DREIJÄHRIGE VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Burkina Faso	27. Dezember 2013	27,1
Mali	18. Dezember 2013	30,0
Sierra Leone	21. Oktober 2013	62,2
Zwischensumme		119,3
AUFSTOCKUNG EINER VEREINBARUNG UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY²		
Zwischensumme		
NEUE VEREINBARUNG UNTER DER STANDBY CREDIT FACILITY		
Zwischensumme		
AUSZAHLUNG UNTER DER RAPID CREDIT FACILITY		
Mali	18. Juni 2013	10,0
Samoa	24. Mai 2013	5,8
Zwischensumme		15,8
Total		135,1

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Früher Poverty Reduction and Growth Facility (Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität).² Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.

4 NACHHALTIGE ERHOLUNG STÜTZEN UND WIDERSTANDSKRAFT STÄRKEN



NACHHALTIGE ERHOLUNG STÜTZEN UND WIDERSTANDSKRAFT STÄRKEN



POLITIKBERATUNG

Im Rahmen der Überwachung des internationalen Währungssystems bietet der IWF Mitgliedsländern politische Beratungsdienste zu einer Vielzahl von Themen im Zusammenhang mit der Wirtschaftsstabilität. Damit stützt der Fonds Programme in den Mitgliedsländern, hilft Ländern bei der Stärkung ihrer Institutionen und Kapazitäten und überwacht die Wirtschaft der einzelnen Mitgliedsländer.

Fiskalpolitik

Neubewertung der Rolle und Modalitäten der Fiskalpolitik in fortgeschrittenen Volkswirtschaften

Im Gefolge der weltweiten Finanzkrise erlebten die fortgeschrittenen Volkswirtschaften weitaus größere Schocks als zuvor für möglich gehalten wurde, und durch die Rückkopplungsschleife zwischen Staat und Banken wurden die Staatsschuldenkrisen noch verschärft. Dies führte zu einer Neubewertung dessen, was in fortgeschrittenen Volkswirtschaften als „sichere“ Staatsverschuldung gelten könne, und zu einem stärker risikobasierten Ansatz bei der Schuldentragfähigkeitsanalyse. Die Ansichten, die im Vorfeld der Krise über die Wechselbeziehungen zwischen Geld- und Fiskalpolitik herrschten, wurden durch die umfangreichen Zentralbankkäufe von Staatsanleihen ebenfalls infrage gestellt. Diese massiven Käufe

halfen zwar, die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte zu sichern, um jedoch das Risiko der fiskalpolitischen Dominanz zu reduzieren, darf die Unterstützung der Zentralbank kein Ersatz für Haushaltsanpassungen sein, sondern muss diese vielmehr ergänzen.

Bei einer informellen Zusammenkunft im Juli 2013 wurde das Exekutivdirektorium darüber gebrieft, wie die Entwicklungen während und nach der globalen Finanzkrise die Ansichten von Ökonomen und Politikern zu fiskalischen Risiken und fiskalischer Nachhaltigkeit, zur Wirksamkeit der Haushaltspolitik als Instrument zur konjunkturellen Gegensteuerung, zur angemessenen Ausgestaltung von fiskalischen Anpassungsprogrammen und zur Rolle der fiskalischen Institutionen verändert hatten. Laut dem für das Briefing erstellte IWF-Stabspapier³³ lieferte die Krise den Nachweis dafür, dass Fiskalpolitik ein angemessenes Instrument zur konjunkturellen Gegensteuerung bildet, wenn die Geldpolitik durch die Nullzinsgrenze eingeschränkt, der Finanzsektor schwach oder die Produktionslücke besonders groß ist. Dennoch behält eine Reihe von Vorbehalten gegenüber dem ermessensbedingten Einsatz von fiskalpolitischen Instrumenten ihre Gültigkeit, vor allem, wenn Länder „normale“ Konjunkturschwankungen erleben.

Bei der Ausgestaltung fiskalischer Anpassungsprogramme, so das Papier, könnten Länder ohne Marktdruck aufgrund der nichtlinearen Kosten bei übermäßigem Frontloading oder

Verzögerungen die fiskalischen Anpassungen in gemäßigtem Tempo unter einem mittelfristigen Anpassungsplan durchführen und damit ihre Glaubwürdigkeit erhöhen. Dem Papier zufolge ist Frontloading in Ländern, die unter Marktdruck stehen, stärker gerechtfertigt, obwohl selbst diese Länder „Tempolimits“ bei ihrer Anpassungspolitik einhalten mussten. Die richtige Mischung aus Maßnahmen für Ausgaben und Einkünfte dürfte je nach dem ursprünglichen Verhältnis von Staatsausgaben zu BIP unterschiedlich ausfallen und muss Kapitalüberlegungen mit einbeziehen.

Die Krise legte dem Papier zufolge auch die Herausforderungen offen, die sich bei der Aufstellung glaubwürdiger mittelfristiger Haushaltsrahmen und fiskalischer Regeln zur Untermauerung der Fiskalpolitik ergeben, müssen sie doch ausreichend flexibel sein, um mit Konjunkturschwankungen umzugehen. Unzulänglichkeiten im Berichtswesen der öffentlichen Haushalte deuten ebenfalls darauf hin, dass die Angemessenheit der Einrichtungen zu fiskalischer Transparenz neu untersucht werden muss.

Fiskalpolitik und Einkommensgefälle

Das zunehmende Einkommensgefälle zwischen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Entwicklungsländern ging einher mit zunehmender öffentlicher Unterstützung für eine Umverteilung des Einkommens, zu einer Zeit, in der fiskalische Zurückhaltung in vielen Ländern oberstes Gebot ist. Bei einer informellen Sitzung im Februar 2014 erörterte das Exekutivdirektorium ein IWF-Stabspapier³⁴ zur Fiskalpolitik als wichtigstes Instrument für Regierungen, die Verteilung des Einkommens zu beeinflussen; das Papier enthielt Optionen für Ausgaben- und Steuerreformen, die die angestrebte Verteilung effizient verwirklichen können

und fiskalische Tragfähigkeit berücksichtigen, sowie neuere Nachweise dafür, wie fiskalpolitische Maßnahmen so gestaltet werden können, dass sie die Auswirkungen einer Haushaltskonsolidierung auf das Einkommensgefälle abfedern.

Sowohl die Steuer- als auch die Ausgabenpolitik muss sorgfältig konzipiert werden, so das Papier, damit die angestrebte Verteilung und Effizienz während der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die geeignete Kombination der Instrumente hängt dabei von den Verwaltungskapazitäten und den Vorlieben der Gesellschaft für die Umverteilung, von der für den Staat vorgesehenen Rolle und von Überlegungen der politischen Ökonomie ab. Optionen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind: Bedarfsprüfungen mit dem schrittweisen Wegfall von Leistungen bei steigenden Einkommen, um negative Auswirkungen auf die Beschäftigung zu vermeiden, die Anhebung des Rentenalters in Rentensystemen mit angemessenen Vorkehrungen für die Armen, deren Lebenserwartung womöglich kürzer ist, die Verbesserung des Zugangs niedrigerer Einkommensgruppen zu höherer Bildung und Aufrechterhaltung des Zugangs zu gesundheitlicher Versorgung, die Umsetzung progressiver Einkommenssteuerstrukturen für natürliche Personen sowie der Abbau regressiver Steuerbefreiungen.

Als Optionen in Entwicklungsländern nannte das Papier die Konsolidierung von Sozialhilfeprogrammen und die bessere Ausrichtung, Einführung und Ausweitung von Conditional-Cash-Transfer-Programmen bei Verbesserung der Verwaltungskapazität, die Ausweitung nicht beitragsbasierter bedarfsgeprüfter Renten, die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Gesundheit für Familien mit niedrigem Einkommen sowie die Ausdehnung der Einkommensteuerverpflichtung für Privatpersonen. Innovative Ansätze wie der verstärkte Einsatz von Eigentums- und Ener-

Vorherige Doppelseite oben Eine Technikerin in der Schalterherstellung in Schanghai, China **Vorherige Doppelseite unten** Johannesburg, Südafrika, in der Abenddämmerung **Gegenüberliegende Seite links** Ein Bauarbeiter in Santiago, Chile **Gegenüberliegende Seite rechts** In der Bharatiya Mahila Bank in Indien arbeiten nur Frauen **Unten links** Eine archäologische Assistentin restauriert Tongefäße im ägyptischen Gizeh **Unten rechts** Arbeiter in einer Schuhfabrik in Äthiopien



giesteuern (z.B. CO₂-Steuern) könnten dem Papier zufolge sowohl in Industrienationen als auch in Entwicklungsländern in Erwägung gezogen werden.

Internationale Besteuerung und die Rolle des IWF

Im Gespräch über das Arbeitsprogramm des Exekutivdirektoriums im Juni 2013 wurde der IWF dringend aufgefordert, seine Präsenz bei Diskussionen zu internationalen Steuerfragen zu erhöhen. Anlässlich einer informellen Zusammenkunft im Juli 2013 prüfte das Direktorium wichtige Fragen und Initiativen zu diesem Thema und untersuchte einen Arbeitsplan auf der Grundlage des IWF-Mandats und makroökonomischer Sachkenntnis, die die Arbeit anderer Institutionen, namentlich der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ergänzen würde.³⁵

Der IWF-Stab führte diesen Arbeitsplan aus und konzentrierte sich dabei auf makrorelevante, länderübergreifende Spillovers aus Steuergestaltung und Steuerpraktiken auf nationaler Ebene (z.B. Steuerumgehung durch multinationale Rechtsträger). Die Arbeit untersucht bisher vernachlässigte Aspekte im Zusammenhang mit Übertragungseffekten, so etwa die Quantifizierung der Größenordnungen. Basierend auf dem weitreichenden analytischen und technischen Fachwissen des Fonds in Volkswirtschaft und praktischer Handhabung internationaler Steuerfragen – darunter seine technische Hilfe und ein nahezu weltumfassender Mitgliederstamm – beleuchtete der Stab auch Fragen, die unter der derzeitigen internationalen Steuerarchitektur und ihren Vereinbarungen gerade für Entwicklungsländer von Bedeutung sind. Der Stab arbeitet eng mit der OECD sowie mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission zusammen und betreibt ausgiebige Kontaktpflege zu Organisationen der Zivilgesellschaft und des Privatsektors.

Kasten 4.1

Aktualisierung der Initiative zum Verhaltenskodex zur Transparenz der öffentlichen Haushalte

Fiskalische Transparenz erlaubt eine besser informierte Debatte zwischen Politikern und der Öffentlichkeit über die Ausgestaltung und Ergebnisse der Fiskalpolitik und leistet einen Beitrag zur Stärkung der Verantwortlichkeit für die Umsetzung der Politik. Mit einem gesteigerten Verständnis der makroökonomischen Politikmaßnahmen und Entscheidungen kann fiskalische Transparenz den Zugang zu inländischen und internationalen Kapitalmärkten verbessern. Sie macht auch Risiken für die Aussichten der öffentlichen Finanzen deutlich und erlaubt damit eine frühzeitige und unkomplizierte Politikreaktion auf sich verändernde Wirtschaftsbedingungen, was wiederum die Häufigkeit und Schwere von Krisen verringert.

Der neue Fiscal Transparency Code^a liefert die Informationen, die für gutes fiskalpolitisches Management und die Entscheidungsfindung in drei Hauptbereichen notwendig sind: fiskalpolitisches Berichtswesen, öffentliche Haushaltsplanung und fiskalpolitische Prognosen sowie die Analyse und Steuerung fiskalpolitischer Risiken. Die gezieltere Ausrichtung auf die Risiken öffentlicher Haushalte ist eine besondere Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Verhaltenskodex, der diesem Bereich nur relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Dieses Manko wurde während der globalen Finanzkrise deutlich, als die Realisierung von Eventualverbindlichkeiten ein wichtiger Faktor für die Verschlechterung fiskalischer Positionen war. Der Verhaltenskodex rückt nicht so sehr die Verfahren und zugrunde liegenden Gesetze, sondern die Qualität der veröffentlichten Daten in den Mittelpunkt. Er berücksichtigt auch das unterschiedliche Niveau institutioneller Kapazitäten in den einzelnen Mitgliedsländern und unterscheidet zwischen grundlegenden Praktiken, die alle Mitglieder ausführen können, guten Praktiken,

die ein mittelfristiges Ziel setzen und stärkere institutionelle Kapazitäten erfordern, sowie fortgeschrittenen Praktiken, die internationale Standards widerspiegeln und dem neuesten Stand entsprechen.

Die Fiscal Transparency Evaluation (FTE) verfolgt einen stärker analytischen, quantitativen Ansatz zur Bewertung der veröffentlichten Haushaltsdaten und fiskalischen Risikoquellen und zeigt dabei nicht nur die Schwächen in den Praktiken eines Landes, sondern auch das Ausmaß der Berichtslücken auf. Diese quantitativen Messgrößen tragen zur Unterscheidung zwischen mehr oder weniger makrokritischen Unzulänglichkeiten in der fiskalischen Transparenz bei und ermöglichen dadurch gezieltere Empfehlungen. Die FTE bietet eine zugängliche Zusammenfassung der Stärken und Schwächen von Länderpraktiken sowie die Option eines Aktionsplans zur fiskalischen Transparenz, der die konkreten Schritte zur besseren Unterstützung der technischen Hilfe durch den IWF und andere Partner vorgibt.

Ein Entwurf des Fiscal Transparency Code wurde zur öffentlichen Erörterung im Juli 2013 freigegeben und acht FTEs wurden in Ländern unterschiedlicher Einkommensebenen und Regionen durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Evaluierungen und Rückmeldungen aus den Konsultationen mit wichtigen Partnern und der Öffentlichkeit wird dem Exekutivdirektorium 2015 die endgültige Fassung des Verhaltenskodex zur Billigung und Veröffentlichung vorgelegt.

^a Der Verhaltenskodex kann eingesehen werden unter www.imf.org/external/np/fad/trans/code.htm.

Standardisierte Bewertungsinstrumente

Länder aller Einkommensstufen kämpfen oft mit widersprüchlichen Forderungen nach höheren Ausgaben einerseits und niedrigeren Steuern andererseits. Unter diesen Umständen sind Maßnahmen zur Stärkung einer wirksamen Steuerverwaltung entscheidend, wenn der notwendige fiskalische Spielraum zur Verbesserung öffentlicher Leistungen, zur Armutsbekämpfung und Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Ergebnisse gefunden werden soll, während die Steuereintreibung gerecht, wirtschaftlich und transparent abläuft. Bei der Umgestaltung und Modernisierung von Steuerverwaltungen wurde zwar viel erreicht, doch gibt es immer noch keinen einzelnen wirksamen Ansatz zur Bewertung der relativen Stärken und Schwächen einer Steuerverwaltung.

Der IWF stellte 1998 im Gefolge der Asien-Krise den Verhaltenskodex zur Transparenz der öffentlichen Haushalte (Code of Good Practices on Fiscal Transparency) auf. Ziel war es, Regierungen ein klares Bild ihrer Struktur und Finanzen zu vermitteln.³⁶ Trotz stetiger Verbesserungen zu Umfang und Qualität des haushaltspolitischen Berichtswesens legte die jüngste Wirtschaftskrise viele Unzulänglichkeiten beim Verständnis der fiskalischen Positionen staatlicher Haushalte offen. Eine IWF-Studie von 2012 erkannte Handlungsbedarf bei der Stärkung des fiskalischen Berichtswesens und Einführung umfassenderer Bewertungen fiskalischer Risiken. Ein Entwurf zu einem Kodex fiskalischer Transparenz (Fiscal Transparency Code) wurde zur Stärkung der Überwachungstätigkeit im Zusammenhang mit fiskalischer Transparenz überarbeitet (siehe Kasten 4.1). Hierzu gehört eine neue Evaluierung der fiskalischen Transparenz, die das Fiskalmodul des Berichts über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Fiscal Report on Observance of Standards and Codes – ROSC) ersetzen soll.

Die neue Evaluierung wählt einen stärker analytisch ausgerichteten, modularen und schrittweisen Ansatz zur Bewertung der fiskalischen Berichtspraktiken und Produkte der Länder. Der IWF entwickelte andere neue Instrumente für die Bewertung und Überwachung, die in Kasten 4.2 beschrieben werden. Eine Erörterung darüber, wie die weltweite Finanzkrise die Ansichten über die Fiskalpolitik in fortgeschrittenen Volkswirtschaften verändert hat, findet sich unter „Neubewertung der Rolle und Modalitäten der Fiskalpolitik in fortgeschrittenen Volkswirtschaften“ am Anfang dieses Kapitels.

Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte

Vereinheitlichung der Diskontsätze in der Analyse der Auslandsverschuldung von einkommensschwachen Ländern

Nachdem die Zinssätze in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sich über lange Zeit auf einem historisch niedrigen Niveau bewegten, wurde der Diskontsatz in den Schuldentragfähigkeitsanalysen von Weltbank und IWF zu einer schwachen Messgröße für die langfristige Abzinsung von Mittelflüssen. Schätzungen zur Schuldendienstbelastung waren überhöht und führten zu

einer nicht gerechtfertigten Erschwerung des Zugangs zu Kapital für Länder unter dem gemeinsamen Regelwerk zur Schuldentragfähigkeit in einkommensschwachen Ländern (Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries – DSF)

Im Oktober 2013 billigte das Exekutivdirektorium einen Vorschlag zur Vereinheitlichung von Diskontsätzen, die zur Tragfähigkeitsanalyse von Auslandsschulden in einkommensschwachen Ländern herangezogen werden.³⁷ Der Vorschlag wurde auch vom Exekutivdirektorium der Weltbank gebilligt. Die Vereinheitlichung vereinfacht das System, das von den beiden Institutionen zur Analyse von Auslandsschulden in Niedrigeinkommensländern verwendet wird, weil die zuvor verwendeten unterschiedlichen Methoden jetzt durch einen einheitlichen Diskontsatz ersetzt werden. Von dieser Änderung betroffene Analyseinstrumente sind die Debt Sustainability Analysis und die Berechnung der Zinssätze für konzessionäre Kredite. Der neue einheitliche Diskontsatz wurde auf 5 Prozent festgelegt, was weithin dem Diskontsatz entspricht, der derzeit zur Berechnung des Subventionselements in langfristigen, auf US-Dollar lautenden Darlehen herangezogen wird, und bleibt bis zum Abschluss der nächsten DSF-Prüfung durch die Exekutivdirektorien von Weltbank und IWF 2015 unverändert.

Umstrukturierung von Staatsschulden: jüngste Entwicklungen und Auswirkungen auf das rechtliche und politische Rahmenwerk des Fonds

Seit der Direktoriatsüberprüfung zur Umstrukturierung von Staatsschulden 2005 ergaben sich wichtige Entwicklungen in diesem Bereich. 2012 nahm Griechenland die größte Umstrukturierung von Staatsschulden der Geschichte in Angriff. Andere Umstrukturierungen erfolgten kürzlich in Belize, Jamaika sowie St. Kitts und Nevis. Der andauernde Rechtsstreit mit Argentinien könnte weitreichende Auswirkungen auf die Umstrukturierung von Staatsschulden haben. Im Mai 2013 erörterte das Exekutivdirektorium ein IWF-Stabspapier zu den jüngsten Entwicklungen bei der Umstrukturierung von Staatsschulden und ihren Auswirkungen auf das rechtliche und politische Rahmenwerk des Fonds.³⁸

Die Exekutivdirektoren befürworteten weithin die Pläne des IWF-Stabs, die im Papier genannte Folgearbeit in vier Bereichen aufzunehmen. Erstens fanden Umstrukturierungen von Schulden oft zu selten und zu spät statt und führten deshalb nicht zu einer nachhaltigen Schuldentragfähigkeit und einem dauerhaften Marktzugang. Für die Überwindung dieser Probleme müssten vermutlich die Rechtzeitigkeit und der Umfang der Umstrukturierungsmaßnahmen an verschiedenen Fronten angegangen werden. Durch mehr Konsequenz und Transparenz der Schuldentragfähigkeits- und Marktzugangsbewertungen und Maßnahmen zur Abfederung der Umstrukturierungskosten könnte dieses Ziel erreicht werden. Darüber hinaus wäre es hilfreich, mögliche Reformen am Regelwerk des Fonds zur Kreditvergabe auszuloten,

die einen besser kalibrierten Ansatz bei hoher Verschuldung erlauben, die Verwendung von Fondsmitteln zur Rettung privater Gläubiger im Vorfeld einer Umstrukturierung verhindern und bessere Ergebnisse für die Mitglieder sicherstellen würden.

Zweitens war die Mitwirkung der Gläubiger bei den jüngsten Umstrukturierungen zwar angemessen, aber der vertragliche, marktbasierende Ansatz zur Umstrukturierung von Schulden, der zum Zeitpunkt der Erörterung sichtbar war, verliert an Kraft bei der Überwindung von Problemen mit gemeinsamen Aktionen, insbesondere im Vorfeld von Zahlungsunfähigkeit. Deshalb sollte der wirksameren Gestaltung des vertraglichen Rahmens mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, so etwa durch Einführung robusterer Aggregationsklauseln in internationalen Staatsanleihen; dabei sind allerdings Kapitalfragen unter den Gläubigern zu berücksichtigen, die infolge eines derartigen Ansatzes auftreten können. Der IWF könnte auch Wege untersuchen, wie die Verwendung seiner Mittel stärker von der Lösung von Problemen mit gemeinsamen Maßnahmen abhängig gemacht werden könnte.

Drittens verlangte die zunehmende Bedeutung und geänderte Zusammensetzung von staatlichen Krediten nach einem klareren Regelwerk für die Beteiligung des öffentlichen Sektors, insbesondere in Bezug auf Gläubiger, die nicht dem Pariser Club angehören,³⁹ für die die Modalität zur Beschaffung von Finanzierungszusagen gestrafft werden könnte. Viertens ist zwar der gemeinschaftliche und redliche Ansatz zur Abwicklung externer überfälliger Schulden im Privatsektor, der in die Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen eingebettet ist, der vielversprechendste Weg zur Wiedererlangung von Marktzugang nach der Zahlungsunfähigkeit, aber angesichts der jüngsten Erfahrungen und der erhöhten Komplexität des Gläubigerstamms ist eine Überprüfung der Wirksamkeit dieser Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen notwendig. Es sollte auch überlegt werden, ob die Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen auf staatliche Zahlungsrückstände ausgedehnt werden soll.

Forum zum Management von Staatsschulden und Gesprächsrunde der US-Treasury zu Finanzmärkten und Schuldenmanagement

Die weltweite Finanzkrise brachte eine Anzahl von ehemals unterschätzten Verflechtungen und Anfälligkeiten in den Finanz- und Staatssphären ans Licht, die zur Aufrechterhaltung von Liquidität und Tiefe an den Märkten berücksichtigt werden müssen. Hochrangige Schuldenverwalter, Beamte des Schatzministeriums und Zentralbankvertreter aus 40 fortgeschrittenen und aufstrebenden Marktwirtschaften sowie Teilnehmer aus der Privatwirtschaft und akademischen Forschung kamen im Juni 2013 zum „Thirteenth International Monetary Fund Public Debt Management Forum“ und „Third U.S. Treasury Roundtable on Treasury Markets and Debt Management“ zusammen.⁴⁰ Zu dem vom IWF veranstalteten Forum kamen führende Vertreter der Interamerikanischen

Entwicklungsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der Weltbank.

Die Teilnehmer erörterten die Definition und Messung von Liquidität an den Märkten für Staatsanleihen und die Vorteile eines liquiden Anleihemarkts. Die Förderung liquider Staatsanleihemärkte ist ein wichtiges politisches Ziel für das Schuldenmanagement, ist aber auch mit Kompromissen verbunden. In Ländern, deren Priorität Marktzugang lautet, damit der staatliche Finanzierungsbedarf gedeckt ist, wird Liquidität unter Umständen zugunsten eines vielfältigen Produktangebots geopfert, das von nicht traditionellen Anlegern verlangt wird. Die Teilnehmer waren der einhelligen Meinung, dass zu einer Zeit, in der die Welt in Bezug auf den Ausstieg aus der unkonventionellen Geldpolitik Neuland betritt, die Erhöhung der Belastbarkeit von Schuldenportfolios und die Förderung tiefer und liquider Schuldenmärkte weiterhin Priorität haben sollten. (Siehe auch den Abschnitt zur Geldpolitik in diesem Kapitel.)

Überarbeitung der Richtlinien von IWF und Weltbank zum Umgang mit Staatsschulden

Aufgrund der Entwicklungen im Finanzsektor und in der makroökonomischen Politik, insbesondere in Reaktion auf die jüngste Finanzkrise, haben sich die Schuldenportfolios vieler Länder in Bezug auf Umfang und Zusammensetzung im Lauf des letzten Jahrzehnts strukturell verändert. Bei ihrem Treffen in Moskau im Februar 2013 beantragten die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 eine Überarbeitung der ursprünglichen Richtlinien zum Umgang mit Staatsschulden (Guidelines for Public Debt Management) von 2001 und ihrer geänderten Fassung von 2003. Die Mitarbeiterstäbe von IWF und Weltbank veröffentlichten unter Mitwirkung der OECD im April 2014 überarbeitete Richtlinien (Revised Guidelines for Public Debt Management).⁴¹ Die neuen Richtlinien sollen die internationale Finanzarchitektur stärken, Grundsätze und Praktiken fördern, die zu Finanzstabilität und Transparenz beitragen, und die externen Anfälligkeiten der Mitgliedsländer reduzieren. Sie dienen den beiden Institutionen als Regelwerk für die technische Hilfe und dem IWF als Gesprächsgrundlage im Zusammenhang mit seiner Überwachungstätigkeit. Sie können auch von externen Beratern und Sachverständigen, die sich mit dem Umgang mit Staatsschulden befassen, als Nachschlagewerk herangezogen werden.

Leitlinie für den Stab zur Tragfähigkeitsanalyse von Staatsschulden in Ländern mit Marktzugang

Um Unzulänglichkeiten bei der Aufdeckung fiskalischer Anfälligkeiten und der Bewertung von Risiken für die Schuldentragfähigkeit vor dem Hintergrund wachsender Bedenken zur Fiskalpolitik und Tragfähigkeit von Staatsschulden in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu beheben, wurde das

Regelwerk für Fiskalpolitik und Tragfähigkeitsanalyse von Staatsschulden in Ländern mit Marktzugang im August 2011 vom Exekutivdirektorium überprüft.⁴² Bei der Überprüfung wurden mehrere Bereiche mit Verbesserungsbedarf identifiziert: die Realitätsbezogenheit zugrunde liegender Annahmen, mit dem Schuldenprofil einhergehende Risiken (Kreditstruktur), Analyse makrofiskalischer Risiken, Anfälligkeiten im Zusammenhang mit der Höhe der Staatsverschuldung sowie der Erfassungsbereich fiskalischer und staatlicher Schuldenaggregate. Die Überprüfung forderte einen risikobasierten Ansatz und erörterte die Bedeutung von Eventualverbindlichkeiten als Gefahrenquelle und den Einsatz von Streuungsfächerkarten (fan charts) als ergänzende Instrumente.

Im Mai 2013 wurde eine Leitlinie zur Tragfähigkeitsanalyse von Staatsschulden in Ländern mit Marktzugang herausgegeben, die die oben herausgestellten Punkte aufgreift. Sie verlangt weitere Analysen in Ländern mit höherem Anfälligkeitspotenzial und entsprechend weniger Analysen in Ländern mit geringerem Risiko. Dieser Ansatz entspricht auch den Empfehlungen der Dreijahresprüfung der Überwachung von 2011, die eine stärker granulare Beurteilung von Risiken und makrofinanziellen Verflechtungen gefordert hatte. (Siehe auch die Reformvorschläge zur Schuldengrenzenpolitik des Fonds im Abschnitt zu Schuldengrenzen in fondsgestützten Programmen in Kapitel 3.)

Geldpolitik

Globale Auswirkungen und Herausforderungen unkonventioneller Geldpolitik

Vor der Krise legten die Zentralbanken in den wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Geldpolitik innerhalb eines bestehenden Rahmens fest, der überwiegend auf einem stabilen Bankensystem aufbaute. Mit dem Abschwung der Realwirtschaft und den Deflationsrisiken wurden optimale kurzfristige Zinssätze negativ. Zentralbanken konnten sich deshalb nicht mehr auf ihr traditionelles Instrument – den kurzfristigen Leitzinssatz – zur Lockerung der Geldbedingungen und notwendigen Stützung der Nachfrage verlassen. Sie griffen deshalb zu unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen (unconventional monetary policies – UMPs), um das Funktionieren und die Intermediation der Märkte zu gewährleisten und die Wirtschaftstätigkeit an der Nullzinsgrenze bei kurzfristigen Zinssätzen zu stützen.

Bei einer informellen Zusammenkunft im September 2013 erörterte das Exekutivdirektorium ein IWF-Stabspapier zu den globalen Auswirkungen und Herausforderungen der unkonventionellen Geldpolitik (UMP).⁴³ Dem Papier zufolge führte die UMP, die zur Stützung der Wirtschaftstätigkeit an der Nullzinsgrenze bei kurzfristigen Zinssätzen eingeführt wurde, zur Senkung der langfristigen Zinssätze und hatte positive Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit und Inflation in UMP-Ländern. Allerdings ist eine anhaltende UMP dieser Art mit Risiken behaftet: Selbstzufriedenheit in Bezug auf die Umsetzung von Reformen, Finanzstabilität und Glaubwürdigkeit der Zentralbanken. Sie führt auch zu schwierigen Situationen in vielen aufstrebenden Marktwirtschaften, die infolge der weltweiten Finanzkrise mit



Links Mitarbeiterinnen einer Kooperative in Uruguay fertigen Keramiken **Rechts** Ein Geschäft in Sintra, Portugal, lockt mit Sonderpreisen





Links Ein Mann pflückt Teeblätter in Uganda **Rechts** Bauprojekte in Hongkong SAR

großen und volatilen Kapitalflüssen zu kämpfen hatten. Insgesamt jedoch kam das Papier zu dem Schluss, dass die UMP bisher sowohl für die UMP-Länder als auch auf globaler Ebene nützlich war. Allerdings sind stärkere Struktur-, Finanz- und Fiskalreformen in allen Ländern notwendig, um das Fundament für ein starkes und nachhaltiges mittelfristiges Wachstum zu legen und die Belastung für die UMP zu mindern. Die UMP ist – und bleibt – entscheidend, ist aber kein Ersatz für andere politische Maßnahmen und Reformen, die eher struktureller Natur sind.

Der Ausstieg aus der UMP zur Unterstützung der Intermediation und der Wirksamkeit der Märkte sollte im Zuge der Normalisierung der Märkte dem Papier zufolge weitestgehend reibungslos erfolgen. Der Ausstieg aus Politiken zur Stützung der Wirtschaftsaktivität, die letztendlich zu Zinsanhebungen führen, waren angesichts der zum Veröffentlichungszeitpunkt des Papiers herrschenden Wirtschaftsbedingungen noch nicht notwendig. Der Ausstieg würde in UMP- und anderen Ländern zu einigen normalen Änderungen der Zinssätze führen, aber es könnte aufgrund von Marktreaktionen, die außerhalb des Einflussbereichs der Zentralbank liegen, auch zu mehr Volatilität kommen. Diese Volatilität könnte beträchtliche Spillovers auf den Rest der Welt zeitigen, die die makroökonomische und Finanzstabilität gefährden könnten. Das Papier riet Ländern ohne UMP zu Schutzmaßnahmen für ihre Stabilität in Vorbereitung auf den Ausstieg und zur Bildung eines Fundaments für nachhaltiges mittelfristiges Wachstum. Bei Aufkommen von Instabilität sollten sie Puffer sowie angemessene Politikmaßnahmen zur Eingrenzung der Risiken einsetzen.

Eine koordinierte internationale Politik könnte prinzipiell die Ergebnisse weltweit verbessern, weil dadurch negative grenzüberschreitende Effekte der UMP abgemildert werden könnten, so das Papier. Der IWF könnte die UMP-Politikumsetzung und

den Ausstieg unterstützen, indem er eine globale Perspektive zu dieser Politik durch Überwachung, politische Puffer zur Vermeidung von Nebenwirkungen und objektive Analyse der potenziellen Vorteile aus einer internationalen Zusammenarbeit in der Politik aufzeigt.

Bei einem informellen Treffen im Mai 2013 wurde das Exekutivdirektorium zu den jüngsten Erfahrungen und Aussichten in Bezug auf die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen informiert. Dem IWF-Stabspapier zufolge, das die Grundlage für das Briefing bildete,⁴⁴ hatten die Zentralbanken im Euroraum, in Japan, im Vereinigten Königreich und in den USA eine Reihe unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen ergriffen, die bei der Wiederherstellung funktionierender Finanzmärkte und Intermediation großenteils erfolgreich gewesen waren.

Allerdings zeitigten diese Maßnahmen unterschiedliche Auswirkungen auf den Rest der Welt. Frühe Verlautbarungen hatten die Preise für Vermögenswerte weltweit nach oben getrieben und kamen wahrscheinlich auch dem Handel zugute, während spätere Verlautbarungen weniger wirkungsvoll waren und die Kapitalflüsse in aufstrebende Marktwirtschaften, die sich nach Lateinamerika und Asien verlagerten, erhöhten. Fiskal-, Struktur- und Finanzsektorreformen wurden als entscheidend angesehen, um die makroökonomische Stabilität sicherzustellen und die Erholung zu festigen und letzten Endes den Ausstieg aus der unkonventionellen Geldpolitik zu ermöglichen.

Anlässlich einer informellen Zusammenkunft im Juli 2013 wurde das Exekutivdirektorium zu Kredit- und Finanzierungsindikatoren zur globalen Liquidität gebrieft. Eine für das Direktoriumsbriefing ausgearbeitete Notiz⁴⁵ prüfte Konzepte globaler Liquidität und erörterte die Messansätze, die von verschiedenen Gesprächspartnern, darunter die Bank für Internationalen Zahlungsaus-

gleich, akademische Gelehrte und der IWF-Stab, verfolgt werden. Es wurden auch Messgrößen vorgestellt, die von der Politik regelmäßig überwacht werden können.

Makroprudenzielle Politik

Kernaspekte der makroprudenziellen Politik

Die Krise unterstrich die Kosten einer systemischen Instabilität auf nationaler wie globaler Ebene und machte deutlich, dass zum Erreichen von Finanzstabilität makroprudenzielle Grundsätze notwendig sind. Im Juli 2013 schloss das Exekutivdirektorium seine Gespräche zu einem IWF-Stabspapier über die Kernaspekte der makroprudenziellen Politik ab.⁴⁶ Die Exekutivdirektoren begrüßten die Analyse und den allgemeinen Ansatz zu diesem relativ neuen Politikbereich und verwiesen auf die noch begrenzte Erfahrung und die zahlreichen Herausforderungen, die im Hinblick auf die Gewährleistung einer wirksamen makroprudenziellen Politik bestehen. Ihnen zufolge enthielt das Stabspapier nützliche Erkenntnisse für politische Erörterungen und bildete eine gute Grundlage für die Beratung des Fonds zu makroprudenzieller Politik und seinen regelmäßigen Überwachungen, seinen Finanzsektorbewertungen und seiner technischen Hilfe.

Gleichwohl waren die Exekutivdirektoren der Ansicht, dass die Entwicklung einer makroprudenziellen Politik ein laufender Prozess sei, und baten den Stab, seine Analyse zu verfeinern, weitere Erfahrung zu sammeln und das Verständnis der makrofinanzziellen Verknüpfungen und Bedingungen für eine wirksame makroprudenzielle Politik zu fördern. Die Exekutivdirektoren betonten, dass makroprudenzielle Politik zur Eindämmung systemischer Risiken, so auch systemischer Anfälligkeiten aus der prozyklischen Rückkopplung zwischen Kreditwachstum und Vermögenspreisen und aus den Verflechtungen innerhalb des Systems, verwendet, aber nicht mit anderen Zielvorstellungen überlastet werden sollte.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen zudem, dass die makroprudenzielle Politik kein Ersatz für eine solide makroökonomische Politik sei und dass sie, um ihre Wirkung entfalten zu können, von angemessenen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen und anderen Grundsätzen für den Finanzsektor ergänzt und durch starke Aufsicht und Vollstreckung gestützt werden müsse. Die praktische Umsetzung setze die Fähigkeit zur Bewertung systemischer Risiken, die Zusammenstellung und Verwendung makroprudenzieller Instrumente, die für diese Ziele geeignet sind, sowie die Überwachung und Schließung regulatorischer Lücken voraus. Die Exekutivdirektoren verwiesen mit Nachdruck darauf, dass starke institutionelle und Governance-Regelwerke für die wirksame Durchführung einer makroprudenziellen Politik entscheidend seien, auch wenn die entsprechenden Vereinbarungen, einschließlich der rechtlichen Rahmenbedingungen, von den jeweiligen Umständen eines Landes abhängen

würden. Im Allgemeinen befanden die Exekutivdirektoren, dass die Zentralbank bei der Umsetzung der makroprudenziellen Politik eine wichtige Rolle zu spielen habe, allerdings sei sorgsam darauf zu achten, dass ihre Unabhängigkeit nicht unterwandert wird.

Mit dem Hinweis darauf, dass makroprudenzielle Maßnahmen oder das Ausbleiben derselben mögliche Spillovers auslösen könnten, unterstrichen die Exekutivdirektoren die Notwendigkeit eines international koordinierten Vorgehens. Die meisten Exekutivdirektoren pflichteten bei, dass der Fonds in Zusammenarbeit mit Standard setzenden Organisationen und Länderbehörden und unter Beachtung des jeweiligen Mandats anderer internationaler Finanzinstitutionen federführend an der Ausarbeitung makroprudenzieller Regelwerke mitwirken sollte. Der Fonds sollte seine bestehenden Instrumente, wie etwa Überwachung, FSAP und technische Hilfe zur Förderung seines Dialogs mit den Länderbehörden zur makroprudenziellen Politik einsetzen. Ziele seien hierbei die Stärkung der institutionellen Grundlagen für die makroprudenzielle Politik, Unterstützung bei der Analyse sich fortentwickelnder Risiken, politischer Verknüpfungen und Spillovers sowie die Beratung zu einer für jedes Land angemessenen politischen Reaktion.

Regulatorische Reform

In ihrer Global Policy Agenda vom April 2014 forderte die Geschäftsführende Direktorin des IWF Entschlossenheit, um die Finanzaufsichtsreformen auf nationaler wie globaler Ebene zum Abschluss zu bringen. Die Arbeit des IWF werde dabei politische Fragen im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer globalen Finanzaufsichtsreform auf die makroökonomische und Finanzstabilität und die Rolle der politischen Zusammenarbeit umfassen. Das Direktorium wurde über die Fortschritte bei der regulatorischen Reform im Rahmen informeller Zusammenkünfte im Juni und Dezember 2013 informiert.

Prioritäten waren die Lösung des Problems „Too big to fail“, einschließlich der Umsetzung einer wirksamen grenzüberschreitenden Abwicklung systemrelevanter Firmen, die Abarbeitung der Agenda zur Aufsichtsreform, einschließlich weiterer Arbeiten zur einheitlichen Risikogewichtung und Konvergenz der Rechnungslegungsgrundsätze, und die Suche nach Möglichkeiten, das Risiko der Schattenbanken anzugehen, sowie eine sicherere Ausgestaltung der Derivatemärkte. Wechselhafte grenzüberschreitende Ansätze, insbesondere bei verschiedenen Strukturinitiativen auf Landesebene, müssen aktiv angegangen werden, um eine zunehmende Fragmentierung der globalen Finanzmärkte zu verhindern. (Siehe auch die Erörterung des Pilot External Sector Reports und Spillover Reports in Kapitel 3).

Arbeitsplätze und Wachstum

Das IWF-Übereinkommen verpflichtet die Institution zur „Förderung und Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrads und Realeinkommens“. ⁴⁷ Die Schaffung von Arbeitsplätzen und umfassendes Wachstum sind Forderungen, die heute in jedem Mitgliedsland des IWF auf Resonanz stoßen. Während einige Industrieländer vor der Aufgabe stehen, die Nachfrage insgesamt mit geringem fiskalischem Spielraum im Nachgang der Großen Rezession zu stützen, müssen viele andere Länder Wege finden, trotz der starken anhaltenden Megatrends weltweit, des technologischen Wandels, der Globalisierung und einschneidender Verschiebungen in der Demografie, Wachstum zu erzeugen und Arbeitsplätze zu schaffen. Zu den Verschiebungen in der Demografie gehören denn auch die rapide Zunahme des Bevölkerungsalters in einigen Teilen der Welt sowie der Einstieg einer großen Zahl neuer Arbeitskräfte in die Erwerbsbevölkerung in anderen Regionen. Durch den geringen Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung wird in vielen Ländern die entscheidende Gelegenheit zur Stärkung von Wirtschaftsentwicklung und -wachstum versäumt.

Wie ein im März 2013 veröffentlichtes Papier des IWF umriss, ⁴⁸ kann der Fonds Ländern bei der Ausarbeitung von Strategien helfen, diese Aufgaben zu meistern; er prüft dazu den theoretischen und empirischen Stand der Technik in der relevanten Politikforschung und leistet danach die beste nachweisbasierte Beratung. Im September 2013 gab der IWF eine Leitlinie zu Beschäftigungs- und Wachstumsfragen in der Überwachungs- und Programmarbeit (Guidance Note on Jobs and Growth Issues in Surveillance and Program Work) heraus; damit soll die Analyse und politische Beratung in vier Kernbereichen verbessert werden, für die laut Papier Verbesserungspotenzial bestand: erstens eine intensivere Untersuchung makrokritischer innenpolitischer Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Maßnahmen entsprechend dem verfügbaren fiskal- und geldpolitischen Spielraum für eine allgemeine Auslastung der Wirtschaft sorgen, zweitens Durchführung systematischerer Analysen der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme und die Benennung der größten Hindernisse auf dem Weg zu umfassendem Wachstum und Beschäftigung, um eine besser abgestimmte und relevantere politische Beratung zu leisten, drittens die systematischere Eingliederung der politischen Beratung zu Steuerreformen und Ausgabenpolitik sowie viertens bessere Beratung zu Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage der aktuell verfügbaren empirischen Nachweise und stärkere Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen wie Weltbank, OECD und Internationaler Arbeitsorganisation in Bezug auf die Auswirkungen dieser politischen Maßnahmen auf Wachstum, Produktivität, Schaffung von Arbeitsplätzen und Inklusion.

Im Lauf des Jahres veranstaltete der IWF eine Anzahl von Seminaren zum Thema, so auch ein Seminar zu Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa, das während der Jahrestagung im Oktober 2013 in Washington stattfand.

Angemessenheit von Reserven

Im Dezember 2013 erörterte das Exekutivdirektorium ein Papier bezüglich weiterer Überlegungen zur Bewertung der Angemessenheit von Reserven ⁴⁹ – ein Thema, das das Direktorium zuvor im März 2011 untersucht hatte. ⁵⁰ Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass internationale Reservepuffer eine Ergänzung solider Politiken und Institutionen zur Untermauerung der außenwirtschaftlichen Stabilität eines Landes darstellen und bei der Verhütung oder Abmilderung von Krisen eine wichtige Rolle spielen können. Sie verwiesen darauf, dass Bewertungen zur Angemessenheit von Reserven länderspezifische Merkmale erfassen sollten, und merkten an, dass das für die Direktoriumsaussprache ausgearbeitete Papier sich in diese Richtung bewege und generell den Empfehlungen des Unabhängigen Evaluierungsbüros (Independent Evaluation Office) entspreche.

Im Exekutivdirektorium herrschte weithin Einvernehmen darüber, dass das Papier neue Erkenntnisse für das analytische Regelwerk beisteuere, das 2011 zur Bewertung der Angemessenheit von Reserven vorgelegt worden war. Dessen ungeachtet unterstrichen die Exekutivdirektoren, wie wichtig Urteilsvermögen bei der Bewertung der Angemessenheit von Reserven sei und warnten vor der rein mechanischen Anwendung eines bestimmten Maßstabs. Sie begrüßten den Ansatz des IWF-Stabes, die Bewertung der Angemessenheit von Reserven nicht mehr nach Ländergruppen vorzunehmen, die nach standardmäßigen, einkommensbasierten Klassifizierungen zusammengestellt wurden. Generell befürworteten sie eine Klassifizierung, die unterschiedliche Grade von Marktreife und wirtschaftlicher Flexibilität berücksichtigt.

Unter den Exekutivdirektoren herrschte Einvernehmen darüber, dass der überarbeitete Maßstab des Papiers für die Angemessenheit von Reserven in Mitgliedsländern mit weniger reifen Märkten und in einkommensschwachen Ländern die Analyse von Reserven gegenüber herkömmlichen Bezugsgrößen verbessert habe. Die meisten Exekutivdirektoren sprachen sich für die Vorschläge des Stabes aus, die Berechnung des Maßstabs für die Angemessenheit von Reserven in den Ländern zu ändern, die stark vom Rohstoffhandel abhängig sind. Generell unterstützten die Exekutivdirektoren die Vorschläge des Stabes, die die Volatilität von Kapitalflüssen bei der Bewertung der Angemessenheit von Staatsreserven besser berücksichtigen.

Sie begrüßten die vorgeschlagenen Methoden zur besseren Messung der Kosten von Reserven in Ländern mit Marktzugang und in einkommensschwachen Ländern. Sie sahen Spielraum, Reserven als Teil der politischen Reaktion zur Eindämmung von Kapitalabflüssen zu nutzen, betonten jedoch abermals, wie wichtig die Aufrechterhaltung angemessener makroökonomischer Grundsätze und die präventive Behandlung aufkeimender Anfälligkeiten seien. In diesem Zusammenhang beantragten

die Exekutivdirektoren weitere Arbeiten zur Stärkung der politischen Beratung des Fonds zu Interventionen auf den Devisenmärkten und eine umfassendere Erörterung von Alternativen zur Anhäufung von Reserven wie Swap-Vereinbarungen der Zentralbanken, Fondsvereinbarungen und regionale Kreditvereinbarungen, auch im breiteren Kontext von Reformen des internationalen Währungssystems.

QUOTEN UND GOVERNANCE

Quotenüberprüfung

Wenn ein Land dem IWF beitrifft, wird ihm auf der Grundlage einer Formel, mit der die relative Stellung des Mitglieds in der Weltwirtschaft bestimmt wird, eine erste Quote zugewiesen. Der Gouverneursrat des IWF führt in regelmäßigen Abständen (von nicht mehr als fünf Jahren) allgemeine Quotenüberprüfungen durch. Änderungen der Quoten müssen von einer 85-prozentigen Mehrheit der gesamten Stimmrechte gebilligt werden, und die Quote eines Mitglieds kann nur mit dessen Zustimmung geändert werden.

Im Dezember 2010 billigte der Gouverneursrat eine umfassende Quoten- und Governance-Reform, so auch den Abschluss der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung und einen Vorschlag zur Änderung des IWF-Übereinkommens, nach dem alle Mitglieder des Exekutivdirektoriums gewählt werden sollen („Board Reform Amendment“). Die Reform enthielt auch zwei zukunftsgerichtete Elemente: der Gouverneursrat bat das Exekutivdirektorium um (1) Vorverlegung des Fertigstellungstermins der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung auf Januar 2014⁵¹ und (2) Abschluss einer umfassenden Prüfung der Quotenformel bis Januar 2013.⁵²

Mit dem Inkrafttreten des Quoten- und Governance-Reformpakets 2010⁵³ erhöhen sich die Gesamtquoten erstmals um 100 Prozent und die Quotenanteile sind besser verteilt, sodass sie das relative Gewicht der einzelnen IWF-Mitgliedsländer in der Weltwirtschaft besser reflektieren.

Im Januar 2014 nahm das Exekutivdirektorium einen Bericht an den Gouverneursrat zur Quoten- und Governance-Reform 2010 und zur Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung⁵⁴ an und ließ verlauten, dass es die Verzögerung bei der Umsetzung der Quotenerhöhungen aus der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung und bei dem Board Reform Amendment zutiefst bedauere.⁵⁵ Mitte Januar 2014 hatten 141 (von den 113 erforderlichen) Mitgliedern, die 76,1 Prozent der Quoten (und damit weniger als die erforderlichen 85 Prozent) auf sich vereinigen, dem Board Reform Amendment zugestimmt.⁵⁶ Die Arbeit an der Fünfzehnten Quotenüberprüfung wurde ausgesetzt, um die Wirksamkeit der Quotenerhöhungen unter der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung abzuwarten, die das Inkrafttreten des Board Reform Amendment voraussetzt.

Das Exekutivdirektorium schlug vor, den Termin für die Fertigstellung der Fünfzehnten Quotenüberprüfung von Januar 2014 auf Januar 2015 zu verschieben, und drängte die verbleibenden Mitglieder, die den Quotenerhöhungen unter der Vierzehnten Überprüfung und dem Board Reform Amendment noch nicht zugestimmt hatten, dies unverzüglich nachzuholen. Das Exekutivdirektorium unterbreitete dem Gouverneursrat den Vorschlag, er solle den Vorsitzenden des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (International Monetary and Financial Committee – IMFC) zur Konsultation mit den Mitgliedern auffordern und den IMFC bei seiner Frühjahrstagung 2014 über die Fortschritte bei der Umsetzung der Vierzehnten Quotenüberprüfung und dem Board Reform Amendment unterrichten; ebenso solle er die verfügbaren Optionen zur Fertigstellung des aktuellen Quotenreformprozesses darlegen mit dem Ziel, die Fünfzehnte Quotenüberprüfung bis Januar 2015 abzuschließen. Diese Vorschläge wurden vom Gouverneursrat mit Wirkung vom 12. Februar 2014 gebilligt.

Bei der Frühjahrstagung verlieh der IMFC seiner tiefen Enttäuschung Ausdruck über die andauernde Verzögerung bei der Verwirklichung der 2010 vereinbarten Quoten- und Governance-Reformen des IWF und der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung, einschließlich einer neuen Quotenformel. Wenn die Reformen von 2010 nicht bis zum Jahresende ratifiziert sind, wird er den IWF auffordern, auf seiner bisherigen Arbeit aufbauend Optionen für die nächsten Schritte zu entwickeln und eine Erörterung dieser Optionen anzuberaumen.

Quotenformel

Die aktuelle Quotenformel ist ein gewichteter Durchschnitt aus BIP (50 Prozent Gewicht), Offenheit (30 Prozent), wirtschaftlicher Variabilität (15 Prozent) und internationalen Reserven (5 Prozent). Zu diesem Zweck wird das BIP durch eine BIP-Mischung gemessen: basierend auf Devisenkursen des Marktes (Gewichtung 60 Prozent) und auf KKP-Wechselkursen (40 Prozent). Die Formel umfasst auch einen „Kompressionsfaktor“, der die Dispersion in berechneten Quotenanteilen über die Mitglieder hinweg reduziert.

Mit dem Abschluss der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung und der Billigung des Board Reform Amendment beauftragte der Gouverneursrat das Exekutivdirektorium mit einer umfassenden Prüfung der Quotenformel. Die Gespräche des Exekutivdirektoriums zu dieser Prüfung sollten die Bausteine für die Einigung auf eine neue Quotenformel bilden, die die relativen Positionen der Mitglieder in der Weltwirtschaft besser reflektiert.

Anlässlich einer informellen Zusammenkunft im Juni 2013 erörterte das Exekutivdirektorium ein Stabspapier zu einer

Datenaktualisierung und weiteren Überlegungen zur Quotenformel.⁵⁷ Das Papier aktualisierte die Quotendatenbank um ein Jahr bis 2011 und setzte die allgemeinen Trends fort, die in früheren Datenaktualisierungen beobachtet worden waren. Insbesondere stieg der errechnete Quotenanteil der Schwellen- und Entwicklungsländer weiter um 1,3 Prozentpunkte und spiegelt damit Zuwächse in allen Quotenvariablen wider. Darüber hinaus lotete das Papier alternative Ansätze aus, die die bereits früher angemeldeten Bedenken zum Kriterium „Offenheit“ aufgreifen könnte. In diesem Zusammenhang wurde auf die jüngsten Verbesserungen bei der Verfügbarkeit der Daten verwiesen und im Anschluss daran die Auswirkungen möglicher Änderungen der Formel untersucht, so auch der Einsatz einer Obergrenze und eine geringere Gewichtung des Kriteriums „Offenheit“.

Das Papier untersuchte auch die möglichen Verknüpfungen zwischen Variabilität und breiteren Messwerten für Zahlungsbilanzprobleme. Diese Arbeit führte die in früheren Papieren geschilderte Arbeit fort, die sich auf Zahlungsbilanzschwierigkeiten beim Einsatz von Fondsmitteln konzentrierte. Das Papier zeigte keine bedeutende Korrelation zwischen Variabilität und diesen breiter gefassten Messwerten auf. Des Weiteren enthielt das Papier zur Veranschaulichung eine Reihe von Simulationen zu den möglichen Reformen der Quotenformel, die die aktualisierte Quotendatenbank heranziehen. Zu diesem Zeitpunkt wurden keine Vorschläge unterbreitet.

Während und nach dem informellen Meeting wünschten die Exekutivdirektoren veranschaulichende Berechnungen der Quotenformel, die vom IWF-Stab im Juli 2013 vorgelegt wurden.

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Kapazitätsentwicklung durch technische Hilfe und Ausbildungsmaßnahmen hilft den Mitgliedsländern beim Aufbau starker Institutionen und fördert die Kenntnisse, die zur Formulierung und Implementierung einer soliden Finanz- und makroökonomischen Politik notwendig sind. Sie ist eng mit der Überwachungs- und Kreditvergabetätigkeit des IWF verknüpft und wird von den Mitgliedsländern hoch geschätzt.

Bei einer Überprüfung der Strategie des IWF zur Kapazitätsentwicklung im Juni 2013⁵⁸ befürworteten die Exekutivdirektoren eine Anzahl von Reformvorschlägen: (1) Aktualisierung des Policy Statement zu den Kapazitätsentwicklungsdiensten, (2) Durchführung regelmäßiger und gut integrierter Prüfungen, damit die Kapazitätsentwicklung mit der Überwachungs- und Kreditvergabetätigkeit gleichgestellt wird, (3) Umsetzung eines zweistufigen Priorisierungssystems, das den Anforderungen der einzelnen Länder und den Gesamtzielen des IWF Rechnung trägt, (4) Einsatz von Gebermitteln bei übereinstimmenden Zielen

und Verwendung der Eigenmittel des IWF, wenn keine Unterstützung von Gebern vorhanden ist, (5) Stärkung der Regelwerke zu Überwachung und Evaluierung, so auch die Eingliederung von Feedback aus Evaluierungsergebnissen in die Priorisierung und Bereitstellung von Kapazitätsentwicklung, (6) Nutzung der Fortschritte in Informations- und Kommunikationstechnik zur Förderung der Wirksamkeit und Reichweite der Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF, einschließlich eines erweiterten Online-Kursangebots.

Bei der Umsetzung dieser Reformen wurden Fortschritte erzielt. An einer informellen Sitzung im April 2014 diskutierte das Exekutivdirektorium ein neues Policy and Practices Statement, das überarbeitet werden soll, um die Stellungnahmen der Exekutivdirektoren aufzunehmen. Das zweistufige Priorisierungssystem wurde erstmals zur Planung von Maßnahmen im GJ 2015 eingesetzt. Das im Mai 2012 gegründete Institut für Kapazitätsentwicklung (Institute for Capacity Development – ICD) unterstützte federführend die Bemühungen um eine Erhöhung der Synergien zwischen technischer Hilfe und Ausbildung und führte neue Technologien für den Unterricht ein. Für die Überwachung und Evaluierung wird das ergebnisbasierte Management-Regelwerk des IWF erweitert, damit es das gesamte Tätigkeitsfeld zur Kapazitätsentwicklung abdeckt; es wird auch in den Evaluierungsrahmen für Kapazitätsentwicklung der Institution einfließen, der im Zuge des neuen Policy and Practices Statement überarbeitet wird.

Vier standardisierte Bewertungsinstrumente (Assessment Tools), die vom IWF in einer Pilotphase für fiskalische Fragen eingesetzt wurden, werden voraussichtlich die technische Hilfe des IWF beeinflussen (siehe Kasten 4.2).

Initiativen im Rahmen der technischen Hilfe

Auch im GJ 2014 herrschte rege Nachfrage nach technischer Hilfe vonseiten der Mitgliedsländer. Die technische Hilfe des IWF deckte ein umfassendes Themenspektrum zu Finanz- und makroökonomischer Stabilität ab und wurde hauptsächlich von vier IWF-Abteilungen vermittelt: Fiskalrecht und Fiskalpolitik, Recht, Geld- und Kapitalmärkte und Statistik. Ähnlich wie in früheren Jahren entfiel der Löwenanteil der technischen Hilfe des IWF auf Länder mit niedrigem Einkommen und auf Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich, wobei eine große Mehrheit der Mitglieder des IWF davon profitierte (siehe Schaubilder 4.1–4.4).

Reaktion auf dringenden Bedarf

Der IWF reagierte auch in diesem Geschäftsjahr rasch auf den dringenden Bedarf nach technischer Hilfe (Technical Assistance – TA) in einer großen Gruppe von Ländern. Zum Beispiel leistete der IWF Beratungsdienste zur Rationalisierung von Ausgaben und

Kasten 4.2**Neue standardisierte Assessment Tools**

Vier standardisierte Instrumente zur Bewertung und Überwachung wurden vom IWF in Rücksprache mit beteiligten Gruppen entwickelt. Diese Instrumente werden bei der technischen Hilfe des IWF zu fiskalischen Themen für eine stärkere konzeptionelle und analytische Ausrichtung sorgen und die Nachverfolgung von Ergebnissen verbessern. Die Instrumente im Einzelnen:

- Das *Revenue Administration Fiscal Information Tool (RA-FIT)* sammelt und analysiert Steuer- und Zolldaten, um Baseline-Indikatoren zur Bewertung der Einkommensleistung von IWF-Mitgliedsländern aufzustellen. Ein erster Bericht auf der Grundlage von Beiträgen aus 85 Ländern wurde im April 2014 erstellt.
- Das *Revenue Administration Gap Analysis Program (RA-GAP)* schätzt die Lücke zwischen der aktuellen und potenziellen Eintreibung von Einnahmen. Ausführliche Schätzungen zu Lücken wurden im GJ 2014 zu vier Ländern abgeschlossen und befanden sich im GJ 2015 für acht Länder in Arbeit.
- Das *Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (TADAT)* bietet einen Rahmen für standardisierte Bewertungen zur Leistung der Steuerverwaltung, was zur Verbesserung der Priorisierung und Abfolge von Reformen beitragen wird. Dabei handelt es sich um ein internationales öffentliches Gut, das in enger Zusammenarbeit mit internationalen Partnern konzipiert und verwaltet wurde. Erste Pilotprojekte in Sambia und Norwegen wurden abgeschlossen, und für das GJ 2015 sind weitere Pilotprojekte geplant. Das TADAT-Sekretariat befindet sich am Hauptquartier des IWF und wird von einem durch Geber finanzierten Treuhandfonds unterstützt; es nahm seine Arbeit Anfang 2014 auf.
- Die *Fiscal Transparency Evaluation* ersetzt den Fiskalbaustein in den Berichten über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Reports on the Observance of Standards and Codes – ROSC). Sie bietet eine stärkere Ausrichtung auf die Erkennung und Steuerung fiskalischer Risiken und ermöglicht eine bessere Integration mit Fragen zur Transparenz natürlicher Ressourcen.

Stärkung sozialer Sicherheitsnetze angesichts der schweren Wirtschaftskrise in der Ukraine. In Zypern half er den Behörden bei der Verbesserung der Steuerpolitik und -verwaltung, bei der Reform zum Umgang mit den öffentlichen Finanzen und Priorisierung der Staatsausgaben. Die Behörden Albaniens unterstützte der IWF bei der Kontrolle von Ausgabenrückständen, Verbesserung von Zusagenkontrollen und Stärkung der Steuerverwaltung. In verschiedenen überschuldeten Ländern, wie Guinea-Bissau, Libyen, Mali, Niger und Somalia, unterstützte der IWF die Behörden, um

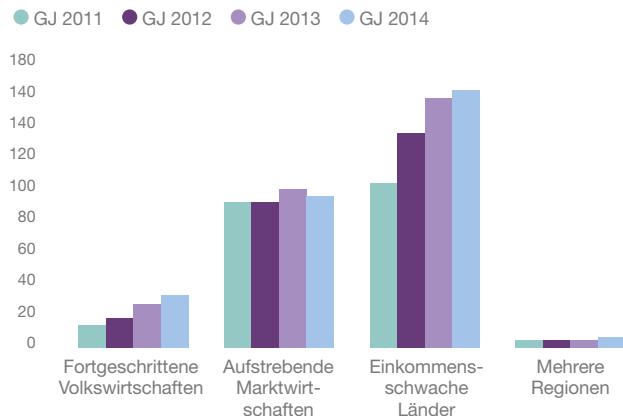
die Haushaltsformulierung (Libyen und Somalia) und die Steuerung der öffentlichen Finanzen zu verbessern. In den Krisenländern Europas beriet der IWF die Länder zu Fiskalpolitik und Verwaltungsfragen, Insolvenz von Firmen und Haushalten, Justizreformen und Durchsetzung von Forderungen, um eine frühzeitige und schnelle Sanierung zahlungsfähiger Firmen zu fördern und die Beitreibung von Schulden zu verbessern.

Links Volkszähler sammeln Daten in Myanmar **Rechts** Ein Containerterminal im Hafen von Piräus, Griechenland



Schaubild 4.1**Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe, GJ 2011–14**

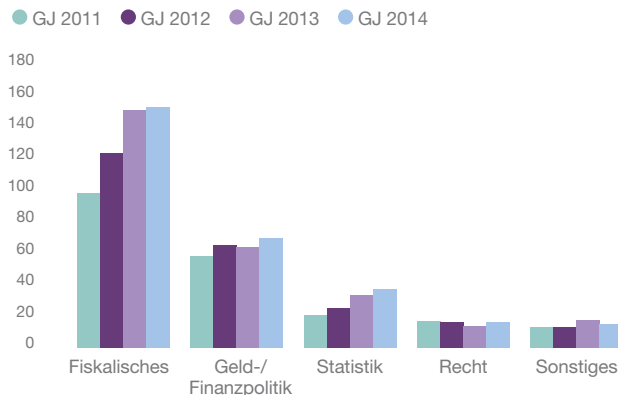
(In Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 4.2**Bereitstellung von Technical Assistance nach Themenbereich, GJ 2011–14**

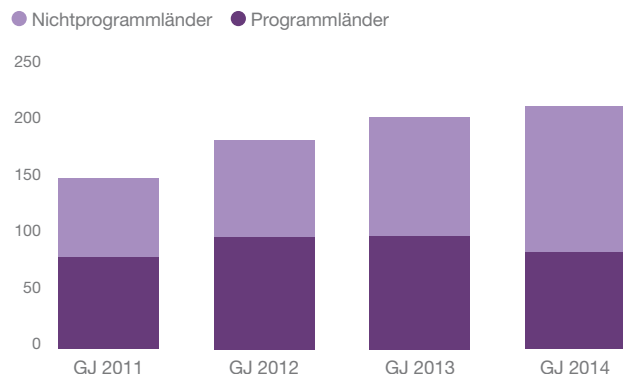
(In Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 4.3**Bereitstellung von Technical Assistance nach Programmstatus, GJ 2011–14**

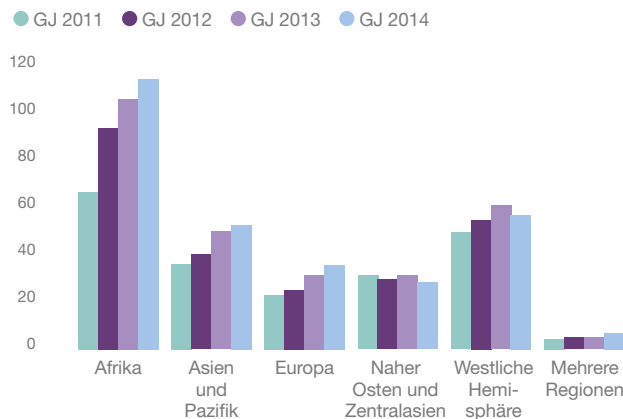
(In Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 4.4**Bereitstellung von Technical Assistance nach Region, GJ 2011–14**

(In Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Mitgliedsländern bei der Kapazitätsentwicklung helfen

Technische Hilfe für die Länder galt auch dem Aufbau solider Institutionen und der Erhöhung der Widerstandskraft gegenüber Schocks. Die jüngste Krise zeigte, dass alle Mitgliedsländer, auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, von der Unterstützung profitieren können, wenn es um die Behebung bestehender institutioneller Schwächen und die Anpassung an rapide weltweite Wirtschafts- und Finanzentwicklungen geht. Technical Assistance zu Fiskalfragen half dabei, politische Reformen umzusetzen und eine effiziente Verwaltung der öffentlichen Haushalte zu fördern. Diese Arbeiten basieren auf lang bewährten Praktiken und der Anwendung verschiedener neuer Diagnoseinstrumente (siehe

Kasten 4.2). Beispiele im fiskalischen Bereich sind die Kapazitätsentwicklung zur Analyse von Einkünften und Ausgaben, die Implementierung eines mittelfristigen Ausgabenrahmens, die Verwaltung öffentlicher Finanzen, die Verwaltung der Einkünfte, der Umgang mit der Volatilität der Einkünfte und dem Ausgabendruck in ressourcenreichen Ländern sowie die Steuerung fiskalischer Risiken aus öffentlich-privaten Partnerschaften.

Der IWF stellt in einigen Mitgliedsländern ein breites Spektrum an Technical Assistance bereit. So unterstützt der IWF in China beispielsweise die Behörden bei der Implementierung eines mittelfristigen Ausgabenrahmens, beim Finanzmanagement, der Kontrolle der Kreditnahmen von Kommunen und bei der Modernisierung der staatlichen Rechnungslegung. In Liberia unterstützte der IWF

die Ausgestaltung und Einrichtung der Liberia Revenue Authority (Liberische Steuerbehörde), die schon bald ihren Betrieb aufnehmen soll, und den Aufbau eines Servicezentrums für Steuerzahler sowie die Überholung der IT-Systeme und die Entwicklung der Prüfkapazität. In Myanmar leistete der IWF Beratungsdienste zur Reform der Haushalts-, Finanz- und Rechnungslegungssysteme und zur Modernisierung der Steuerpolitik und -verwaltung. In Lateinamerika unterstützte der IWF zum Beispiel ein Forum für 16 nationale Schatzämter, das dem Erfahrungsaustausch und der Intensivierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit bei Cash-Management, Informationssystemen für das Finanzmanagement, rechtlichen und institutionellen Regelwerken und der Implementierung zentraler Staatskonten diente.

Im Währungs- und Finanzbereich startete der IWF umfassende TA-Programme, die die Modernisierung von Zentralbanken und die Reform des Finanzsektors in vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen unterstützen sollen. Die Regulierung des Finanzsektors und die Beaufsichtigung von Geldgeschäften bilden in diesen Ländern weiterhin den Schwerpunkt der Arbeit. Die IWF-Unterstützung half den Ländern bei der Entwicklung von Kapazitäten zur Abmilderung potenzieller Gefahren für die Finanzsysteme, die sich aus schwacher Regulierung und Beaufsichtigung der Banken und anderer Finanzinstitutionen ergeben, und zur Stärkung der Zentralbanktätigkeit. So zielte beispielsweise die Unterstützungsarbeit des IWF in Myanmar auf den Aufbau institutioneller Kapazitäten ab. In der östlichen Karibik stärkte ein umfassendes Programm des IWF die Finanzsysteme der Region. Der Südsudan erhielt Unterstützung bei der Modernisierung seiner Zentralbanktätigkeit. Die fortgesetzte Unterstützung des IWF für Nigeria trug zur Reform des Bankensektors bei. In den Philippinen und in Indonesien stärkte die mittelfristige Technical Assistance des IWF die Regulierung der Banken sowie die Bankenaufsicht.

Auch den fortgeschrittenen Ländern wurde Unterstützung zum Krisenmanagement gewährt, so für die Abwicklung und Umstrukturierung von Banken, für die Erkennung systemischer Risiken und die Umsetzung neuer globaler Regulierungs- und Aufsichtsstandards. Darüber hinaus arbeitete der IWF gemeinsam mit der Weltbank an der Einführung von Phase II der Fazilität zur Schuldenverwaltung (Debt Management Facility); sie ist als gemeinsamer Treuhandfonds verschiedener Geber konstruiert, die der Verwaltung der Staatsschulden in einkommensschwachen Ländern die notwendige Stärkung zukommen lassen soll.

Der IWF unterstützte Länder auch bei der Stärkung ihrer rechtlichen Regelwerke im Bereich öffentliche Haushalte und Finanzen. Die Arbeit konzentrierte sich auf Krisenmanagement und Bankenabwicklung, Bankenregulierung, Zentralbankwesen, Steuerrecht, Verwaltung der öffentlichen Finanzen (fiskalische Regeln, Haushaltsgesetze) sowie Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die zunehmend in die Programm- und Überwachungsarbeit des IWF integriert wird. Im März 2014 kam das Exekutivdirektorium zusammen, um die Strategie des

Fonds zu AML/CFT zu prüfen. Die Exekutivdirektoren befürworteten den überarbeiteten FATF-Standard und die neue Bewertungsmethode für die operative Tätigkeit des IWF und forderten zur fortgesetzten Zusammenarbeit mit der Weltbank, der Financial Action Task Force und den regionalen Organen im Stil der FATF auf.

In einkommensschwachen Ländern trug die externe Finanzhilfe zum Aufbau statistischer Kapazitäten bei, so etwa in Bangladesch, der Demokratischen Volksrepublik Laos und in Myanmar. Die Finanzhilfe Japans ermöglichte dem Fonds die langfristige Entsendung von Beratern zur makroökonomischen Statistik, die im Außendienst intensive Unterstützung gewährten.

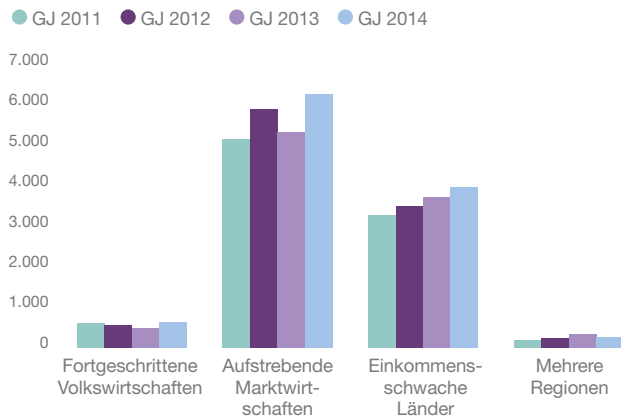
Im Juni 2013 begrüßte der IWF die Einführung des ersten nationalen AML/CFT-Plans durch die Behörden Paraguays.⁵⁹ Im Zuge einer IWF-Beurteilung, die entscheidende Defizite im AML/CFT-System des Landes offenlegte, beantragten die Behörden von Paraguay die technische Hilfe des IWF zur Ausarbeitung einer nationalen AML/CFT-Strategie; der ehemalige Präsident Lugo unterzeichnete im Februar 2012 ein Dekret, das das Projekt zur nationalen Priorität machte. Das Programm begann im September 2012, wobei der IWF hauptsächlich als Moderator agierte, seine internationale Erfahrung beisteuerte und die Behörden beriet, wie sie Konsistenz mit internationalen AML/CFT-Standards erreichen könnten. Der Plan, dem die technische Hilfe des IWF und der Interamerikanischen Entwicklungsbank zugutekam, wird zum Schutz der Integrität des Wirtschaftssystems in Paraguay beitragen und die öffentliche Ordnung und nationale Sicherheit gegenüber Bedrohungen des organisierten Verbrechens und Terrorismus bewahren helfen.

Ausbildung

Das Ausbildungsprogramm des IWF ist integraler Bestandteil des Kapazitätsaufbaus des Fonds und zielt darauf ab, weltweiten sich wandelnden makroökonomischen Entwicklungen und politischen Aufgaben, Anfragen von Mitgliedern und technologischen Innovationen Rechnung zu tragen. Im vergangenen Jahr veranstaltete das ICD eine Reihe von Lehrgängen zu neuen Themen, die für die Mitglieder des Fonds von strategischer Bedeutung sind, wie die Vermeidung von Finanzkrisen, die Wiederherstellung eines gesunden Finanzsektors und die Förderung von Wachstum für alle. Diese Lehrgänge umfassen theoretische Vorträge, Analyseinstrumente und praktische Workshops (siehe Schaubilder 4.6–4.8 und Kasten 4.3). Ein neues Online-Kursprogramm wurde in Partnerschaft mit der Nonprofit-Organisation edX entwickelt und startete mit zwei Kursen zu den Themen Finanzprogramme und -politiken sowie Schulden-tragfähigkeitsanalyse. Das neue Africa Training Institute des IWF nahm im Juni 2013 seinen Betrieb auf und will Synergien zwischen TA und Ausbildung in Partnerschaft mit Gebern nutzen. Das Institut befindet sich am Standort des AFRITAC South in Mauritius und wird vom selben Direktor geleitet.

Schaubild 4.5**Bereitstellung von Ausbildung nach Einkommensgruppe, GJ 2011–14**

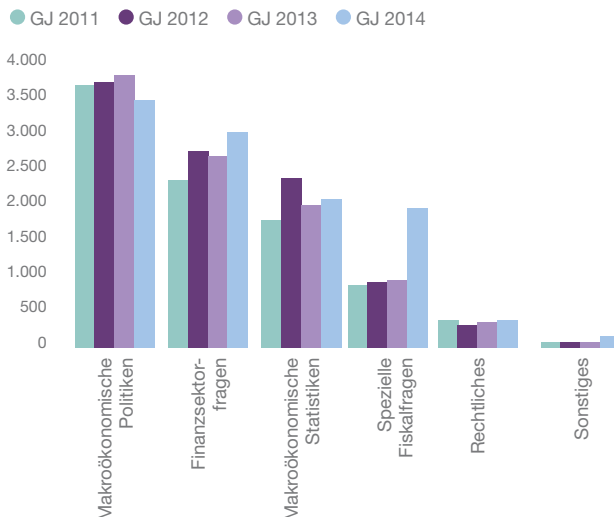
(In Teilnehmerwochen)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 4.6**Bereitstellung von Ausbildung nach Lehrgangsgruppe, GJ 2011–14**

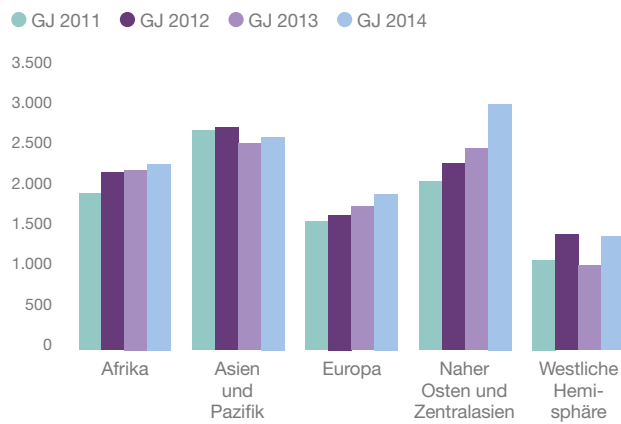
(In Teilnehmerwochen)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 4.7**Bereitstellung von Ausbildung nach Region, GJ 2011–14**

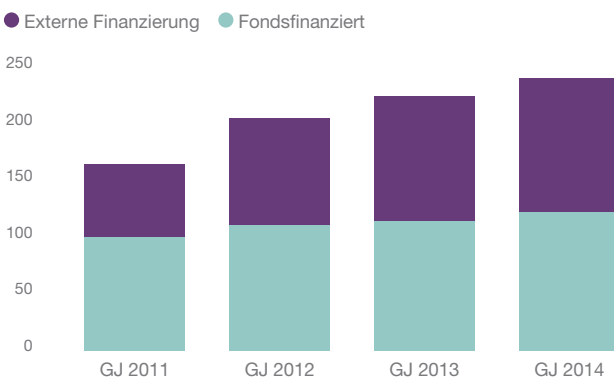
(In Teilnehmerwochen)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Schaubild 4.8**Ausgaben für die Kapazitätsentwicklung, GJ 2011–14**

(In Teilnehmerwochen)



Quelle: IWF, Institut für Kapazitätsentwicklung.

Um die Synergien zwischen TA und Ausbildung zu erhöhen, arbeitete der Stab des ICD gemeinsam mit den Regionalen Zentren für Technical Assistance des IWF (Regional Technical Assistance Centers – RTAC) an der Ausarbeitung neuer Lehrgänge, darunter ein Kurs zu Wirtschaftsfragen in Bezug auf regionale Integration. Experten der RTAC und IWF-Stab stellten gemeinsam einen Lehrgang und Technical Assistance zu Bankenaufsicht und -regulierung in Mittelamerika bereit, das Singapore Training Institute veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Technical Assistance Office für die DVR Laos und Myanmar einen maßgeschneiderten Kurs für Beamte in Myanmar.

Im Lauf des Geschäftsjahres wurden mit Unterstützung externer Geber und Ausbildungspartner im Rahmen des ICD-Programms 178 Lehrgänge angeboten, an denen rund 6.300 Beamte teilnahmen. Auf aufstrebende Marktwirtschaften entfiel mit rund 60 Prozent des gesamten Ausbildungsvolumens des Jahres der größte Anteil (Schaubild 4.5). In Bezug auf die geografische Verteilung erhielten die Regionen Naher Osten und Zentralasien sowie die Region Asien und Pazifik das höchste Ausbildungsvolumen im Jahresverlauf (Schaubild 4.7).



Links Ein Imker auf dem Land im Jemen **Rechts** Aktienindex in einer Brokerfirma im Osten Chinas

Externe Unterstützung

Unterstützung von Gebern ermöglicht es dem Fonds, weiterhin technische Hilfe und Ausbildung für seine Mitgliedsländer bereitzustellen. Neue Beiträge in Höhe von insgesamt 181 Mio. US\$ gingen im GJ 2014 ein, und die von Gebern finanzierte Tätigkeit belief sich auf insgesamt 147 Mio. US\$. Der IWF

nutzt die externe Unterstützung für den Kapazitätsaufbau anhand von RTAC, Regionalen Ausbildungszentren, thematischen Trust Funds und bilateralen Partnerschaften (siehe Schaubild 4.8).

Die neun RTAC sind effektive Instrumente zur Bereitstellung praktischer technischer Hilfe. Die Beurteilungen zur Jahresmitte

Kasten 4.3

Neue ICD-Lehrgänge

Eine Reihe von Präsenzlehrgängen wurde im Verlauf des Geschäftsjahres neu eingeführt und fand am Hauptquartier des Fonds oder in den regionalen Ausbildungszentren statt:

- *Makrofinanzielle Überwachung* (Macrofinancial Surveillance) präsentiert Methoden zur Evaluierung aktueller Fragen zum Finanzsektor und untersucht ihre makroökonomischen Vernetzungen – so etwa die Gewinnung von Marktinformationen zur Bewertung von Erwartungen zu makroökonomischen Variablen und Aufdeckung im Entstehen begriffener Anfälligkeiten, die die Finanzstabilität bedrohen können. Der Lehrgang widmet sich Themen wie Banken Krisen, Risikomanagement und -modellen sowie systemrelevanten Risiken.
- *Finanzielle Einbeziehung* (Financial Inclusion) konzentriert sich auf die Frage des Zugangs zu Finanzierung – ein zunehmend relevantes Thema für Politiker in aller Welt – und lotet die komplexen Wechselbeziehungen zwischen finanzieller Einbeziehung und dem bekannteren Konzept der finanziellen Tiefe aus. Ferner wird untersucht, wie der Zugang zu Finanzierung

verbessert werden kann sowie die damit einhergehenden makroökonomischen und politischen Auswirkungen.

- *Umfassendes Wachstum* (Inclusive Growth) befasst sich mit globalen Bedenken zu schlechten Wachstumsaussichten, hoher Arbeitslosigkeit sowie Ungleichheiten bei Einkommen und Chancen. Der Lehrgang widmet sich den Mikro- und Makropolitiken zur Förderung eines Wirtschaftswachstums für alle, Schaffung von Arbeitsplätzen und gerechter Einkommensverteilung sowie der Frage, wie Wirtschaftswachstum für Armutsbekämpfung und eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards genutzt werden kann.
- *Frühwarnübung* (Early Warning Exercise) präsentiert Ansätze zur Erkennung von Risiken und Anfälligkeiten in den Sektoren öffentlicher Haushalt, Außenwirtschaft und Finanzen, einschließlich einer Taxonomie von Krisen sowie einer Einführung in die Anfälligkeitsübungen des Fonds für fortgeschrittene und aufstrebende Volkswirtschaften sowie der Analyse von Spillover- und Ansteckungseffekten.



Links Eine Ölraffinerie in Százhalombatta, Ungarn **Rechts** Arbeiterinnen sortieren Diamanten in Gaborone, Botswana

des Regional Technical Assistance Center for Central America, Panama und die Dominikanische Republik, des Africa Regional Technical Assistance Center East und des Africa Regional Technical Assistance Center West zeigen, dass die bereitgestellte technische Hilfe hervorragende Qualität und hohe Relevanz besitzt und die Mitgliedsländer eine starke Eigenverantwortung dafür an den Tag legen. Das Africa Regional Technical Assistance Center West intensivierte seine Tätigkeit in der ersten Hälfte des GJ 2014 erheblich. Mit Unterstützung des Zentrums verzeichneten Mitgliedsländer weitere Fortschritte auf dem Weg zur Reform ihrer Wirtschafts- und Finanzinstitutionen. Das Pacific Financial Technical Assistance Center, das erste RTAC und Pionier des IWF-Ansatzes für die lokale Kapazitätsentwicklung feierte 2013 sein 20-jähriges Bestehen.

Im GJ 2014 wurde das Netz der RTAC ausgedehnt. Das Africa Regional Technical Assistance Center West 2 öffnete offiziell im März 2014 in Accra, Ghana, seine Pforten und vervollständigt damit das Netz aus fünf regionalen Zentren in Afrika. Damit ist die Zusage des IWF von 2002 erfüllt, das Netz so auszuweiten, dass alle Länder Afrikas südlich der Sahara bedient werden können. Darüber hinaus erhielten fünf RTAC – Africa Regional Technical Assistance Centers (East, West und South), das Caribbean Regional Technical Assistance Center sowie das Middle East Regional Technical Assistance Center – weitere Gebermittel zur Aufstockung ihrer Tätigkeit.

Regionale Ausbildungszentren und -programme ergänzten die Ausbildungsmaßnahmen am Hauptquartier des IWF und stellten Kurse vor Ort bereit. Die meisten regionalen Ausbildungszentren werden ganz oder teilweise von den Gastgeberländern finanziert und erhalten Beiträge von anderen Gebern

wie Australien und Japan. Sie erfüllen die Bedürfnisse in Afrika (das Africa Training Institute und die Joint Partnership for Africa in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Entwicklungsbank), in der Region Asien und Pazifik (das Singapore Regional Training Institute und das gemeinsame Ausbildungsprogramm von China und IWF), in Europa und Zentralasien (Joint Vienna Institute), in Nahost (das IMF-Middle East Center for Economics and Finance in Kuwait) und in Lateinamerika (das Joint Regional Training Program for Latin America in Brasilia). Wie bereits angemerkt, konnte das Africa Training Institute dank der großzügigen finanziellen und logistischen Unterstützung der Regierung von Mauritius – des Gastgeberlands – sowie Australiens und Chinas im Juni 2013 seinen Betrieb aufnehmen.

Thematische Treuhandfonds bieten Niedrigeinkommensländern sowie Ländern mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich systematische technische Hilfe zu speziellen Themen. Die Themenfonds zur Verwaltung des Vermögens aus natürlichen Ressourcen und zur Steuerpolitik und -verwaltung hatten ein Fünfjahresbudget von 25,3 Mio. bzw. 27 Mio. US\$ und vollendeten im GJ 2014 die ersten drei Jahre ihrer Tätigkeit. Der Thematische Treuhandfonds des IWF zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung schloss seinen ersten Finanzierungszyklus im April 2014 erfolgreich ab, hatte er doch 73 bilaterale Projekte in 35 Ländern verwirklicht. Im Dezember 2013 wurde am Hauptquartier des IWF in Washington, DC eine Beitragsaktion organisiert, bei der internationale Geber ihre Unterstützung der technischen Hilfe des IWF in diesem Bereich erneuerten.⁶⁰ Die Geber sagten 22,1 Mio. US\$ zur Finanzierung weitreichender Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen über die zweite Fünfjahresphase des AML/CFT-Treuhandfonds zu, die im Mai

2014 begann. Zusagen (in der Reihenfolge ihrer Höhe) aus der Schweiz, aus Katar, Luxemburg, dem Vereinigten Königreich, Norwegen, Japan, Frankreich und den Niederlanden dürften rund 80 Prozent der für den Treuhandfonds in den nächsten fünf Jahren benötigten Mittel ausmachen.

Der fünfjährige Treuhandfonds für Diagnoseinstrumente in der Steuerverwaltung (Tax Administration Diagnostic Assessment Tool Trust Fund) mit einer Ausstattung von 8,4 Mio. US\$ wurde offiziell im GJ 2014 eingeführt und von Deutschland, Japan, den Niederlanden, Norwegen, der Schweiz und dem Entwicklungsministerium (DFID) des Vereinigten Königreichs finanziert (siehe Kasten 4.1).

Der IWF führte auch drei technische Hilfsinitiativen in Zusammenarbeit mit der Weltbank durch. Im April 2014 trat der IWF der Phase II der Schuldenverwaltungsfazilität (Debt Management Facility), einer von der Weltbank gegründeten Initiative mit mehreren Gebern, bei. Da die Erfahrungen aus beiden Institutionen in die Fazilität einfließen, kann sie Fragen zur Schuldenverwaltung umfassend abdecken und die Kapazitätsentwicklung zur Schuldentragfähigkeit für mehr Empfängerländer unterstützen. Der IWF erneuerte auch seine Mitwirkung an einer anderen Initiative mit mehreren Gebern, der Phase III der Initiative zu Reform und Stärkung des Finanzsektors (Financial Sector Reform and Strengthening Initiative). Das von Kanada finanzierte Programm zur Unterstützung der Wirtschaftssteuerung in der Karibik (Supporting Economic Management in the Caribbean) wurde bis einschließlich August 2014 verlängert.

Der IWF vertiefte seine Partnerschaft mit Gebern. Das größte Geberland für die technische Hilfe ist Japan mit 153 Mio. US\$ in den GJ 2010–14. Die Europäische Union (EU) wurde mit einem Beitrag von 97 Mio. US\$ im selben Zeitraum zu einem der wichtigsten Geber für die TA des IWF. Der IWF arbeitet mit der EU an der Überarbeitung des aktuellen Rahmenvertrags zwischen den beiden Institutionen, damit sie für die GJ 2015–17 neue Finanzierungsvereinbarungen treffen können. Kanada erhöhte seine Beiträge erheblich, u.a. mit der Unterzeichnung von zwei Vereinbarungen über insgesamt 35 Mio. CA\$ für technische Hilfe für die Ukraine, die Länder in der Karibik und andere Länder. Die Schweiz leistete einen weiteren Beitrag von 4 Mio. US\$ zur technischen Hilfe des IWF. Korea ist ein relativ neues Geberland und unterzeichnete eine Vereinbarung über 15 Mio. US\$ über fünf Jahre.

INITIATIVEN ZU DATEN UND DATENSTANDARDS

Die Qualität der von den Mitgliedsländern unter dem IWF-Übereinkommen bereitgestellten Daten ist entscheidend für den Erfolg der IWF-Überwachung. Datenweitergabestandards erhöhen die Verfügbarkeit zeitnaher und umfassender Statistiken, die für die Verfolgung solider makroökonomischer Politiken wichtig sind.

General Data Dissemination System, Special Data Dissemination Standard und Special Data Dissemination Standard Plus

Der 1996 erstellte spezielle Datenweitergabestandard (Special Data Dissemination Standard – SDDS) soll den Fondsmitgliedern Anleitung geben zur Bereitstellung ihrer Wirtschafts- und Finanzdaten an die Öffentlichkeit. Das im Folgejahr eingerichtete Allgemeine Datenweitergabesystem (General Data Dissemination System – GDDS) gibt Ländern ein Regelwerk an die Hand, mit dessen Hilfe sie ihre Bedürfnisse evaluieren und Prioritäten für die Verbesserung ihrer Statistiksysteme setzen können. 2012 wurde SDDS Plus geschaffen, damit Datenlücken, die während der globalen Finanzkrise deutlich wurden, angegangen werden können. SDDS Plus richtet sich an Länder mit systemrelevanten Finanzsektoren, doch alle SDDS-Teilnehmer werden zur Einhaltung des Standards aufgefordert. Der SDDS Plus beinhaltet Standards zu neun weiteren Datenkategorien, die über den SDDS hinausgehen. Spätestens Ende 2019 wollen interessierte Länder diesen vollumfänglich erfüllen. Derzeit erfüllt kein Land den SDDS Plus. Zur Erleichterung der Erfüllung dieses strengen Standards unterstützte das Exekutivdirektorium im März 2014 den Vorschlag des IWF-Stabs, das Zeiträhekriterium für drei der neun Datenkategorien zu verlängern.

Der SDDS erhielt während des GJ 2014 keine neuen Teilnehmer, sodass die Zahl der teilnehmenden Volkswirtschaften zum Jahresende unverändert bei 71 blieb. Palau⁶¹, Myanmar⁶² und die Marshall-Inseln⁶³ traten dem GDDS bei, womit die Gesamtzahl der GDDS-Teilnehmer zum Jahresende bei 111 lag (ohne die Volkswirtschaften, die von den GDDS in den SDDS aufgerückt sind). Heute erfüllen mehr als 95 Prozent der IWF Mitgliedsländer den GDDS oder SDDS.

Im Mai 2013 organisierte der IWF einen Workshop zum SDDS in Gaborone, Botswana, für Beamte der Zentralbanken, nationalen Statistikämter und Finanzministerien aus sieben Ländern Afrikas: Botswana, Ghana, Kenia, Namibia, Nigeria, Seychellen und Uganda.⁶⁴ Im Rahmen des Workshops schilderte Mauritius, seit 2012 im SDDS, die Perspektive eines vergleichbar gestellten Landes. Ziel des Workshops, der gemeinsam mit den Behörden Botswanas und mit der finanziellen Unterstützung des DFID veranstaltet wurde, war die Verbesserung der nationalen Statistiksysteme in den Ländern Afrikas südlich des Saharagürtels, die derzeit dem GDDS angehören und die Hinführung ihrer jeweiligen Statistiksysteme auf den strengeren SDDS anstreben.

Verbraucherpreisindex Argentiniens und BIP-Daten

Das Exekutivdirektorium kam im Dezember 2013 zusammen, um den Bericht der Geschäftsführenden Direktorin zum Fortschritt Argentiniens bei der Umsetzung von Abhilfemaßnahmen zu erörtern, die die Qualität der an den Fonds gemeldeten

offiziellen Daten zum Verbraucherpreisindex des Großraums Buenos Aires (CPI-GBA) und für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) angehen sollen.⁶⁵ Das Exekutivdirektorium merkte an, dass Argentinien die vom Fonds geforderten Maßnahmen zur Korrektur der ungenauen CPI-GBA- und BIP-Daten nicht übernommen hat, würdigte aber die fortlaufende Arbeit und Absicht Argentiniens, Anfang 2014 einen neuen Verbraucherpreisindex einzuführen. Das Direktorium stellte zudem fest, dass Argentinien an der Behebung der Unzulänglichkeiten in seinen BIP-Daten arbeitete.

Angesichts dieser Entwicklungen billigte das Exekutivdirektorium die Entscheidung, Argentinien zur Umsetzung gezielter Maßnahmen aufzufordern, die die Qualität seiner offiziellen CPI- und BIP-Daten nach einem festen Terminplan verbessern sollen. Die Entscheidung verlangte von Argentinien die Umsetzung eines ersten gezielten Maßnahmenatzes bis Ende März 2014. Weitere Maßnahmen müssten bis Ende September 2014 und Ende Februar 2015 umgesetzt werden. Die Geschäftsführende Direktorin sollte dem Exekutivdirektorium binnen 45 Tagen ab den jeweiligen Fristen über den Umsetzungsstatus der genannten Maßnahmen durch Argentinien berichten; das Exekutivdirektorium würde das Thema dann gemäß den Verfahrensweisen des IWF prüfen.⁶⁶ Der Fonds verwies auf die Bedeutung eines ständigen Dialogs mit den argentinischen Behörden zur Qualitätsverbesserung bei den offiziellen CPI- und BIP-Daten des Landes und erklärte sich bereit zu einer Fortführung des Dialogs und generell zur weiteren Stärkung der Beziehung zwischen Argentinien und dem Fonds.

Sonstige Daten- und Statistikarbeit

Datenlückeninitiative der G20

Der IWF und der Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB) organisierten im Juni 2013 in Zusammenarbeit mit der Inter-Agency Group on Economic and Financial Statistics (IAG) eine Konferenz für hochrangige Funktionäre der G20 zur Datenlückeninitiative der G20 (Data Gaps Initiative – DGI) am Hauptquartier des IWF in Washington, DC.⁶⁷ Die Initiative richtet ihr Augenmerk auf die Umsetzung von 20 Empfehlungen, die im Bericht über die Finanzkrise und Informationslücken („The Financial Crisis and Information Gaps“) aufgezeigt und von den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G20 im November 2009 befürwortet wurden. Hauptzweck der Konferenz war die Bestandsaufnahme der erfolgten Fortschritte, die Erörterungen der wichtigsten Botschaften aus den bilateralen Konsultationen zwischen G20 und IWF-Stab und die Benennung von Problemstellungen, die weitere Maßnahmen und Prioritäten erforderten.

Der Konferenz wohnten hochrangige Vertreter der G20-Länder sowie der Niederlande, Spaniens und der Schweiz bei; die Veranstaltung bot Vorträge und Beiträge der acht internationalen Finanzinstitutionen, die an den Empfehlungen der G20 arbeiteten: u.a. das Sekretariat des FSB, Mitglieder in der IAG – Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, EZB, Eurostat, IWF (Vorsitz), OECD, UN und Weltbank. Die Schlussfolgerungen der Konferenz flossen in den nächsten Fortschrittsbericht ein, der den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G20 im September 2013 vorgelegt wurde.

Links Eine Seilbahn mit Blick über Alaverdi, Armenien **Rechts**
Ein Farmer in Bhutan trocknet seine Maisernte





Links Straßenverkäufer in der Altstadt von Cartagena, Kolumbien **Rechts** Obstverarbeitung in Südafrika

Die Teilnehmer unterstrichen die Notwendigkeit, dass die aus der DGI gewonnenen Daten von hoher Qualität, zeitnah, konsistent und unter den Ländern vergleichbar sind und Politikern zur Verfügung gestellt werden sollten. Sie wiesen auch auf eine Reihe maßgeblicher Herausforderungen hin, so Vertraulichkeitsfragen, die einen ausgedehnten Datenaustausch behindern, das Fehlen von Quelldaten und angemessene Mittel für die Statistik.

Bei ihrem Moskauer Treffen im Juli 2013 begrüßten die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 die stetigen Fortschritte der Volkswirtschaften der G20 bei der Schließung von Informationslücken unter der DGI, die eine Voraussetzung für eine vertiefte Politikanalyse darstellt. Der vierte jährliche Fortschrittsbericht zur DGI vom Oktober 2013 vermerkte, dass bei allen zwanzig Empfehlungen zur DGI gewaltige Fortschritte erzielt worden sind. Beträchtliche Datenverbesserungen befinden sich in der Entwicklung. Insgesamt herrschte unter den Volkswirtschaften der G20 starke Unterstützung und ein zunehmendes Gefühl von Eigenverantwortung für die DGI.

Um die vollständige Umsetzung der Empfehlungen und die zeitnahe Bereitstellung vergleichbarer Wirtschafts- und Finanzstatistiken zu gewährleisten, müssen der Schwung der Initiative aufrechterhalten und adäquate Mittel für die Statistikerarbeit aufgebracht werden. Verstärkte Zusammenarbeit unter den Landesbehörden und stetige internationale Zusammenarbeit und Rücksprache seien für den Erfolg der Initiative entscheidend. Die Strategie sollte sich auf die laufende Arbeit zur Umsetzung der Empfehlungen konzentrieren, ebenso auf die Verständigung von Politikern und Analysten zu Verfügbarkeit, Vorteilen, Geheimhaltungsregeln und politischer Relevanz der verbesserten und neuen Daten aus der DGI. Ungeachtet einiger Umsetzungs-

probleme, die sich eventuell auf der Ebene einzelner Länder ergeben können, wird die Implementierung eines Großteils der Empfehlungen voraussichtlich bis Ende 2015 abgeschlossen sein.

Daten zu staatlichen Einkünften aus natürlichen Ressourcen

Für ungefähr ein Drittel der Fondsmitglieder sind Einkünfte aus natürlichen Ressourcen auf der Makroebene entscheidend, doch die verfügbaren Daten sind in ihrem Umfang begrenzt und über die Länder hinweg nicht vergleichbar. Im Februar 2014 arbeitete der IWF einen Entwurf für eine Standardvorlage für Länder aus, die für die Erhebung von Daten zu staatlichen Einkünften aus natürlichen Ressourcen verwendet werden kann; sie basiert auf den Einkommensklassifizierungen des Handbuchs der öffentlichen Finanzen von 2001 (*Government Finance Statistics Manual – GFSM*).⁶⁸ Diese Vorlage würde die Erhebung dieser Daten in einem analytisch relevanten und länderübergreifend vergleichbaren Format ermöglichen, obwohl der Fonds keine direkte Erhebung dieser Daten plant. Die Vorlage wurde auf die Website des IWF gestellt, um den Mitgliedsländern ein Testen zu ermöglichen und deren Stellungnahmen einzuholen.

Zusammensetzung der offiziellen Devisenreserven

Im Juni 2013 veröffentlichte der IWF die Quartalsdaten zur Zusammensetzung der offiziellen Devisenreserven (Currency composition of official foreign exchange reserves – COFER) mit einer größeren Bandbreite an Währungen und der gesonderten Nennung von zwei weiteren Währungen: dem Australischen Dollar und dem Kanadischen Dollar.⁶⁹ COFER ist eine Datenbank des IWF, die Quartalsdaten zum Ende des Berichtszeitraums

von berichtenden Ländern und Rechtsräumen enthält. COFER-Daten bieten entscheidende Einblicke in die Entwicklung der Zusammensetzung der Devisenreserven und erleichtern die Analyse von Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten. Diese zeitnahen aggregierten Statistiken zur Zusammensetzung der offiziellen Devisenreserven in den Mitgliedsländern sind für die Arbeit des IWF relevant und wecken beträchtliches analytisches Interesse von Nutzern in Zentralbanken, anderen öffentlichen Institutionen und im Privatsektor.

Mit der separaten Nennung der Reserven in Australischen und Kanadischen Dollar werden nun sieben Währungen in den COFER-Daten gesondert ausgewiesen: US-Dollar, Euro, Pfund Sterling, Japanischer Yen, Schweizer Franken, Australischer Dollar und Kanadischer Dollar. Alle anderen Währungen werden in der Kategorie „sonstige Währungen“ zusammengefasst. COFER-Daten werden dem IWF auf freiwilliger und vertraulicher Basis gemeldet. Per Ende April 2014 gingen insgesamt 144 Meldungen von Mitgliedsländern des IWF, Nichtmitgliedern/Volkswirtschaften und anderen Rechtsträgern ein, die Bestände an ausländischen Devisenreserven halten. COFER-Daten werden vierteljährlich in gebündelter Form öffentlich bekanntgegeben, damit keine Rückschlüsse auf die Daten der einzelnen Länder gezogen werden können.

Herausgabe aktualisierter Umfrageergebnisse

Für eine Anzahl laufender IWF-Umfragen wurden im Jahresverlauf überarbeitete Daten veröffentlicht. Im Dezember 2013 veröffentlichte der IWF vorläufige Ergebnisse aus seiner Coordinated Direct Investment Survey (CDIS), einer weltweiten Erhebung zu bilateralen Direktinvestitionspositionen.⁷⁰ Direktinvestitionen sind eine Kategorie grenzüberschreitender Investitionen, bei denen der Einwohner einer Volkswirtschaft das Management eines Unternehmens, das in einer anderen Volkswirtschaft ansässig ist, beherrscht oder zu einem hohen Grad beeinflusst. Die Erhebung von 2012 umfasst Daten aus 88 Volkswirtschaften, zwei mehr als in den vorläufigen Ergebnissen von 2011. Neue Teilnehmer an der CDIS sind Burkina Faso und Tansania. Der IWF gab überarbeitete und umfassendere Daten im Juni 2014 bekannt.

Im Juni 2013 veröffentlichte der IWF die überarbeiteten Ergebnisse seiner CDIS für 2009–2011.⁷¹ Die Erhebung ausländischer Direktinvestitionspositionen wurde 2011 auf 100 teilnehmende Volkswirtschaften ausgedehnt, wobei vier neue Teilnehmer – Albanien, Guinea-Bissau, Senegal und Togo – hinzukamen. Die Datenbank, die öffentlich unter <http://cdis.imf.org> und in der eLibrary des IWF eingesehen werden kann, enthält ausführliche Daten zu Direktinvestitionen „nach innen“ (d.h. Direktinvestitionspositionen mit einem nicht ansässigen ausländischen Direktanleger) mit Kreuzklassifikation nach Volkswirtschaft des Investors, sowie Daten zu Direktinvestitionen „nach außen“ (d.h. Direktinvestitionspositionen im Ausland eines ansässigen ausländischen Direktanlegers) mit Kreuzklassifikation nach Volkswirtschaft der Investition. Alle Teilnehmer an den CDIS stellten Daten zu

Direktinvestitionen nach innen bereit, und etwa zwei Drittel übermittelten auch Daten zu Direktinvestitionen nach außen.

Im November 2013 veröffentlichte der IWF vorläufige Ergebnisse aus seiner Coordinated Portfolio Investment Survey (CPIS), der einzigen weltweiten Erhebung zu Beständen an Portfoliopositionen.⁷² Die CPIS sammelt Informationen zum grenzüberschreitenden Bestand an Aktien und lang- und kurzfristigen Schuldtiteln, aufgegliedert nach Sitzland des Emittenten. Die Ergebnisse – die den Wert der Aktien und Schuldtitel zum Ende 2012 nennen – beziehen sich auf 78 am CPIS teilnehmende Volkswirtschaften, die auch an der Datenerhebung zur CPIS Ende 2011 beigetragen hatten. Die vollständigen CPIS-Ergebnisse können auf der Website des IWF unter <http://cpis.imf.org/> eingesehen werden. In Reaktion auf die durch die Finanzkrise deutlich gewordenen Datenlücken werden bei der nächsten Datenerhebung eine Anzahl von Verbesserungen an der CPIS vorgenommen.

Im September 2013 gab der IWF die Ergebnisse der vierten jährlichen Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln (Financial Access Survey – FAS) heraus.⁷³ Die Runde 2013, die mit der großzügigen finanziellen Unterstützung des niederländischen Außenministeriums durchgeführt wurde, verzeichnete eine Rücklaufquote von mehr als 96 Prozent; 186 Rechtsräume nahmen teil, darunter zwei Länder, die zum ersten Mal Daten meldeten. Die FAS ist die umfassendste Quelle angebotsseitiger Daten zur finanziellen Eingliederung weltweit und enthält international vergleichbare Grundindikatoren zum Zugang zu Finanzmitteln und deren Verwendung durch Firmen und Haushalte. Die Datenbank ist kostenlos über die FAS-Website und die eLibrary des IWF zugänglich.

ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN ORGANISATIONEN

Der IWF arbeitet mit einer Reihe anderer Organisationen zusammen, die weltwirtschaftliche Fragen in ihrem besonderen Verantwortungsbereich und Spezialgebiet behandeln.

Gruppe der Zwanzig

Während der weltweiten Finanzkrise war das gemeinschaftliche Vorgehen der G20 entscheidend, um noch größere wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben seither ihr Versprechen, das Wirtschaftswachstum neu anzukurbeln, erneut bekräftigt. Die Zusammenarbeit des IWF mit der G20 ist deshalb seit dem Beginn der globalen Krise noch enger geworden. Auf Antrag der Staats- und Regierungschefs der G20 stellt der IWF die fachliche Analyse zur Unterstützung des multilateralen Verfahrens der gegenseitigen Bewertung (Mutual Assessment Process –MAP) der G20 bereit (siehe Kapitel 3). Die Zusammenarbeit mit der G20 geht über das MAP hinaus in andere Bereiche, wie die Data Gaps Initiative der G20, mit der durch die globale Krise zutage getretene Datenlücken angegangen werden sollen.

Kasten 4.4

Erstes Statistikforum beleuchtet die Rolle der Statistik für die weltweite Wirtschafts- und Finanzstabilität

Im November 2013 wurde von der Abteilung Statistik des IWF ein Forum veranstaltet über die Schlüsselrolle, die die Statistik bei der Unterstützung wirksamer Politikmaßnahmen der Länderbehörden und bei der vom IWF geleisteten politischen Beratungsarbeit spielt.^a Das Forum war das erste seiner Art und fand in Washington, DC statt. Es bot einen einzigartigen Rahmen für politische Diskussionen zu modernster Statistik unter einer breit gefächerten Teilnehmerschaft: Wissenschaftler, Analysten aus dem Privatsektor, Datenerhebungsstellen und Entscheidungsträger. Die Teilnehmer sprachen über die jüngsten Fortschritte bei der Schließung von Datenlücken, die durch die weltweite Finanzkrise offengelegt wurden: risikoträchtige Positionen in internationalen und sektoriellen Bilanzen, grenzüberschreitende Verknüpfungen und Spillovers, Schattenbanken und globale Ansteckung, Verwerfungsgräben im öffentlichen Sektor und potenzielle Probleme aus Kapitalflüssen.

In seiner Begrüßungsansprache sagte der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor des IWF David Lipton, dass die jüngste weltweite Krise die Relevanz herkömmlicher, sitzbasierter Wirtschafts- und Finanzstatistiken bekräftigt habe, betonte aber auch, dass die „Krise auch den Bedarf an mehr und besseren Daten, an Daten, die über traditionelle Statistiken hinausgehen, deutlich machte“. Es werden neue Datensätze benötigt, sagte er, „insbesondere da der Fokus der Politik sich auf die Stabilität der globalen und heimischen Finanzsysteme und auf Fragen zu Vernetzung, globalen Risiken und Anfälligkeiten verlegt hat“.

Während der Gespräche unterstrichen die Teilnehmer die entscheidende Bedeutung zuverlässiger, zeitnaher, feinkörniger und international vergleichbarer Daten. Sie betonten zudem den Bedarf an genauen Risikobewertungen und die Aufgabe des IWF, seinen Mitgliedern auf der Grundlage hochwertiger Statistiken bei der Entwicklung solider makroökonomischer Politiken zu helfen. Ein allgemeines Thema auf dem Forum lautete, dass der Bedarf an mehr Daten von einer besseren Verwertung der bestehenden Daten begleitet werden müsse, insbesondere bei der Entwicklung und Anwendung analytischer Regelwerke. Die Teilnehmer räumten ein, dass der Datenbedarf der Nutzer nur erfüllt werden kann, wenn der Statistik mehr Mittel zukommen; bei der Festlegung der Prioritäten müssten dann Kosten und Nutzen berücksichtigt werden.

Die Teilnehmer unterstrichen, wie nützlich Standards und einheitliche Ansätze zur Datenerhebung seien, um die Vorteile von Vergleichbarkeit und genauen Werten länderübergreifend zu optimieren. Sie waren auch der einhelligen Meinung, dass mehr getan werden müsse, um die verfügbaren Daten zu verbreiten, intensivere Beziehungen zwischen Datennutzern und -erzeugern zu fördern und gemeinschaftliche Bestrebungen zwischen öffentlichem und Privatsektor bei der Erhebung standardisierter Daten zu unterstützen.

^a Siehe PR Nr. 13/447, „IMF Statistical Forum Discusses the Role of Statistics for Global Economic and Financial Stability“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13447.htm).

Das Exekutivdirektorium wird regelmäßig über die Teilnahme der IWF-Geschäftsführung an den Treffen der G20 unterrichtet; auch über MAP und die Mitwirkung des IWF daran erhält das Direktorium regelmäßig Briefings.

Rat für Finanzstabilität

Der Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB) bringt Regierungsbeamte, die für die Finanzstabilität in den wichtigsten internationalen Finanzzentren verantwortlich sind, internationale Standard setzende Organisationen, Ausschüsse von Zentralbankexperten und internationale Finanzinstitutionen zusammen. Der FSB dient der Koordinierung der Arbeit nationaler Finanzbehörden und internationaler Standard setzender Organisationen auf internationaler Ebene und der Entwicklung und Förderung der Umsetzung wirksamer regulatorischer, aufsichtsrechtlicher und anderer Politiken für den Finanzsektor.

Der IWF trat dem FSB im September 2010 formell bei. Nach der Anerkennung des FSB als Vereinigung nach Schweizer Recht billigte das Exekutivdirektorium die Mitgliedschaft des IWF im

FSB als Vereinigung nach Schweizer Recht im März 2013. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen wird durch das Mandat der Institutionen und eine gemeinsame Erklärung von 2008 des IWF und des Financial Stability Forum (der Vorgängerorganisation des FSB) geregelt. Der IWF ist federführend bei der Überwachung des globalen Finanzsystems und der Bewertung der länderseitigen Umsetzung aufsichtsrechtlicher und regulatorischer Grundsätze und Standards für den internationalen Finanzsektor. Der FSB zeichnet verantwortlich für die Ausarbeitung dieser Grundsätze, die die internationale Zusammenarbeit und die Bewertung von Anfälligkeiten des Finanzsystems unterstützen sollen. Der IWF ist auch im Lenkungsausschuss des FSB vertreten.

Der IWF veranstaltet zweimal jährlich mit dem FSB die Frühwarnübungen (siehe Kapitel 3). Er nimmt regelmäßig an verschiedenen Arbeitsgruppen teil und arbeitet mit dem FSB an der Data Gaps Initiative der G20 zusammen. Der IWF wirkt auch an einem gemeinsamen Bericht von FSB, IWF und Weltbank an die G20 über die Auswirkungen regulatorischer Reformen auf die Marktwirtschaften in Schwellen- und Entwicklungsländern mit.

Weltbankgruppe

IWF und Weltbank arbeiten eng bei der Unterstützung der Länder und bei politischen Themen zusammen, die für beide relevant sind. Die Bewertungen des IWF der allgemeinen Wirtschaftslage eines Landes und seiner Politik fließen in die Bewertungen der Weltbank zu potenziellen Entwicklungsprojekten oder Reformen ein. Desgleichen werden die Ratschläge der Weltbank zu Struktur- und Sektorreformen bei der Politikberatung durch den IWF berücksichtigt. Die Mitarbeiterstäbe von IWF und Weltbank erarbeiten gemeinsam Schuldentragfähigkeitsanalysen für Länder unter dem von beiden Institutionen entwickelten Debt Sustainability Framework (siehe Erläuterungen am Anfang dieses Kapitels). Im Rahmen des Joint Management Action Plan on World Bank–IMF Collaboration erörtern die Länderteams der beiden Organisationen ihre Arbeitsprogramme auf Länderebene, die sektorbezogene makroökonomische Fragen, die Arbeitsteilung und die für das kommende Jahr benötigten Beiträge von den beiden Institutionen benennen.

Mit der HIPC-Initiative und MDRI (siehe Kapitel 3) arbeiten IWF und Weltbankgruppe gemeinsam am Abbau der externen Schuldenlast der am stärksten verschuldeten armen Länder. Nach dem Ansatz des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP) arbeiten beide Institutionen gemeinsam an der Linderung von Armut; bei diesem Ansatz ist das betroffene Land federführend bei der Verknüpfung seiner Politik mit der Unterstützung von Gebern und den Entwicklungsergebnissen, die für eine Senkung der Armut in Niedrigeinkommensländern notwendig sind. Der gemeinsam erstellte *Global Monitoring Report* bewertet die Fortschritte auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen; in der Ausgabe von 2013 war die Dynamik zwischen Stadt und Land ein zentrales Thema. Die beiden Institutionen arbeiten im Rahmen des FSAP auch gemeinsam daran, die Finanzsektoren der Mitgliedsländer zu stärken und mit wirksamer Regulierung auszustatten.

Weitere Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen sind die Entwicklung von Standards und Kodizes und die Verbesserung der Qualität, Verfügbarkeit und Reichweite von Daten zur Auslandsverschuldung.

Andere Organisationen

Vereinte Nationen

Der IWF hat einen Sondervertreter bei den Vereinten Nationen und unterhält ein Büro am Hauptsitz in New York. Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und den Vereinten Nationen betrifft Bereiche von gegenseitigem Interesse, einschließlich Zusammenarbeit bei Steuerfragen und Statistikdiensten der beiden Organisationen, sowie die wechselseitige Teilnahme an

regelmäßigen Meetings und bestimmten Konferenzen und Veranstaltungen. In den letzten Jahren hat der IWF – nicht zuletzt durch Mitwirkung an den organisationsübergreifenden Arbeitsgruppen der UN – zu dem von den Vereinten Nationen geführten Prozess der Entwicklungsagenda nach 2015 und zu neuen nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDG) beigetragen, die die bestehenden Millenniums-Entwicklungsziele ersetzen sollen, wenn diese Ende 2015 außer Kraft treten. Der Fonds arbeitet mit der Weltbank, multilateralen Entwicklungsbanken und den UN zusammen, um die damit einhergehenden Herausforderungen im Bereich der Daten anzugehen. Zudem arbeitet der IWF mit folgenden Organisationen zusammen: mit dem International Labor Office zu Fragen der Beschäftigung und sozialen Absicherung, dem Kinderfonds der Vereinten Nationen zu fiskalischen und sozialpolitischen Fragen, mit dem Umweltprogramm der UN zu Fragen einer grünen Wirtschaft und mit dem Welternährungsprogramm zu sozialen Sicherheitsnetzen und frühen Anfälligkeitsbewertungen.

Europäische Kommission und Europäische Zentralbank

Die Beteiligung des IWF zu Beginn der weltweiten Finanzkrise an der finanziellen Unterstützung für EU-Mitglieder, die mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten konfrontiert waren, führte zu einer Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen IWF und Institutionen der EU, insbesondere der Europäischen Kommission (EK) und der Europäischen Zentralbank (EZB) im späteren Verlauf der Krise, als Euro-Länder Unterstützung vom IWF beantragten. Dadurch kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit der sogenannten Troika aus IWF, EK und EZB in Programmländern. Obwohl der IWF seine Arbeit eng mit den anderen Mitgliedern der Troika koordiniert, werden die Entscheidungen zu Mittelvergabe und Politikberatung letzten Endes vom Exekutivdirektorium getroffen. Der IWF arbeitet auch eng mit der EK zusammen bei Belangen, die einkommensschwache Länder betreffen, einschließlich der Finanzierung von Kapazitätsentwicklung.

Deauville-Partnerschaft

Der IWF beteiligt sich gemeinsam mit regionalen Partnerländern und internationalen Finanzinstitutionen aktiv an der Deauville-Partnerschaft, einer von der Gruppe der Acht im Mai 2011 ins Leben gerufenen internationalen Plattform zur Mobilisierung von Unterstützung für arabische Länder im Übergang. Über eine spezielle Koordinierungsplattform stellen die der Deauville-Partnerschaft angehörenden regionalen und internationalen Finanzinstitutionen die wirksame Unterstützung der Partnerländer sicher: Sie fördern den Informationsaustausch, das gegenseitige Verständnis und den operationellen Dialog mit den Partnerländern, sie koordinieren Monitoring und Berichterstattung zu gemeinsamen Maßnahmen zur Unterstützung der Partnerschaft und sie zeigen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei Finanzhilfe, technischer Hilfe und der Arbeit an Politikmaßnahmen und Analysen auf.

Internationale Arbeitsorganisation und Internationaler Gewerkschaftsbund

Das IWF-Mandat umfasst die Mitwirkung an Förderung und Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrads und Realeinkommens durch Ausweitung und ausgewogenes Wachstum des Welthandels. Angesichts der Bedeutung der Beschäftigung für nachhaltiges und umfassendes Wachstum enthalten die IWF-gestützten Programme oft Empfehlungen zum Arbeitsmarkt. Da

die Arbeitsmarktpolitik kein Kerngebiet des IWF ist, arbeitet der Fonds mit anderen internationalen, regionalen und kommunalen Organisationen in diesem Bereich zusammen. Der IWF unterhält eine aktive Partnerschaft mit der Internationalen Arbeitsorganisation, mit der er zusammenarbeitet, um ein besseres Verständnis der Auswirkungen makroökonomischer Grundsätze auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu gewinnen. Er trifft sich zudem regelmäßig mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dessen Tochterorganisationen.

5 FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT



FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT



HAUSHALT UND EINKOMMEN

Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung

Einkommensmodell

Das derzeitige Einkommensmodell für den IWF, das vom Exekutivdirektorium unterstützt und vom Gouverneursrat 2008 gebilligt wurde, umfasst die Einrichtung einer Dotation auf dem Investment Account des IWF, das mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände der Institution finanziert wird (siehe „Goldverkauf“ im weiteren Verlauf dieses Kapitels). Ziel des Kontos ist es, diese Ressourcen zu investieren und mit dem erwirtschafteten Einkommen zur Unterstützung des IWF-Haushalts beizutragen und gleichzeitig den langfristigen Realwert der Dotation aufrechtzuerhalten. Eine Ausweitung der Investitionsbefugnisse des IWF zur Erhöhung der Investitionsrendite ist ein zentrales Element des Modells. Im Januar 2013 verabschiedete das Exekutivdirektorium neue Regeln und Vorschriften für das Investment Account; sie bilden den rechtlichen Rahmen für die Umsetzung der erweiterten Investitionsbefugnis, die im Zuge der im Februar 2011 in Kraft getretenen fünften Änderung des IWF-Übereinkommens gebilligt wurde.⁷⁴

Gebühren

Vorbehaltlich der Investition der in der Dotation gehaltenen Ressourcen, die schrittweise über drei Jahre erfolgen soll (mit der strategischen Vermögensstrukturierung der Dotation wurde im März 2014 begonnen), ist die Haupteinkommensquelle des IWF nach wie vor seine Kreditvergabetätigkeit. Der Grundgebührensatz (der Zinssatz) auf IWF-Finanzierung umfasst den SZR-Zinssatz sowie einen in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag. Für die GJ 2015 und 2016 einigte sich das Exekutivdirektorium darauf, den Aufschlag für die Gebühr bei 100 Basispunkten zu belassen. Der Aufschlag wird nach einer vom Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedeten Regel zur Festsetzung des Grundgebührensatzes bestimmt. Nach dieser Regel wird der Aufschlag so festgelegt, dass er die Vermittlungsgebühren des IWF im Zusammenhang mit der Kreditvergabe deckt und den Aufbau von Reserven ermöglicht. Darüber hinaus enthält die neue Regel eine Gegenprüfung, um sicherzustellen, dass der Gebührensatz angemessen an die Marktkonditionen für langfristige Kredite angeglichen ist.⁷⁵

Bei großen Kreditsummen (mehr als 300 Prozent der Quote eines Mitglieds) in den Kredittranchen⁷⁶ und unter Erweiterten Kreditvereinbarungen werden volumenbasierte Aufschläge von 200 Basispunkten erhoben. Der IWF erhebt zudem zeitbasierte

Aufschläge von 100 Basispunkten auf den Einsatz großer Kreditsummen (gleiche Grenze wie oben), die mehr als 36 Monate lang überfällig sind.

Neben den regelmäßig fälligen Gebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Servicegebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem GRA wird eine Servicegebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA, wie etwa Stand-By Arrangements, Vereinbarungen im Rahmen der Extended oder Flexible Credit Line und der Precautionary and Liquidity Line, wird für die in jedem Zwölfmonatszeitraum verfügbaren Beträge eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte auf zugesagte Beträge über 200 Prozent und bis zu 1.000 Prozent der Quote und 60 Basispunkte auf zugesicherte Beträge über 1.000 Prozent der Quote. Die Gebühren werden im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen erstattet, wenn der Kredit in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im GRA (sogenannte Reservetranchenpositionen). Das IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem

SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Vergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der wiederum dem aktuellen Zinssatz für IWF-Darlehen entspricht.

Mit Stand vom 30. April 2014 beliefen sich die ausstehenden Kredite des IWF aus bilateralen Krediten und Wechselkaufvereinbarungen sowie aus den erweiterten Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow – NAB) auf 47,3 Mrd. SZR (73,3 Mrd. US\$).

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze des IWF werden nach einem Mitte der 1980er-Jahre aufgestellten Lastenteilungsmechanismus angepasst, gemäß dem die Kosten überfälliger Finanzverbindlichkeiten gleichmäßig zwischen Gläubiger- und Schuldner-Mitgliedern aufgeteilt werden. Vierteljährliche Zinsgebühren, die sechs Monate oder länger überfällig (unbezahlt) sind, werden durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes wieder eingeholt (Lastenausgleichsberichtigungen). Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der überfälligen Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2014 lagen die Anpassungen für unbezahlte vierteljährliche Zinsgebühren im Durchschnitt bei weniger als 1 Basispunkt, was den Anstieg der ausstehenden IWF-Kredite als Folge der weltweiten Krise und einen ähnlichen Anstieg in den Reservetranchenpositionen

Vorherige Doppelseite oben Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde spricht im April 2014 vor dem Entwicklungsausschuss **Vorherige Doppelseite unten** Plakate verkünden das Thema der Frühjahrstagung **Gegenüberliegende Seite links** David Lipton, Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor, spricht im Oktober 2013 auf einem Seminar über die Umstrukturierung von Staatsschulden **Gegenüberliegende Seite rechts** Die Presse fotografiert Vertreter der G20 bei der Jahrestagung 2013 **Unten links** Finanzberater und Direktor José Viñals präsentiert den Global Financial Stability Report **Unten rechts** Wirtschaftsberater Olivier Blanchard spricht zu den Medien über den World Economic Outlook vom April 2014

Global Financial



der Mitglieder widerspiegelt. Die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze lagen im GJ 2014 bei durchschnittlich 1,10 bzw. 0,09 Prozent.

Nettoertrag

Der Nettoertrag des IWF lag im GJ 2014 bei 2,6 Mrd. SZR (4,0 Mrd. US\$), was hauptsächlich auf Einkünfte aus der hohen Kreditvergabetätigkeit und auf Einkünfte aus den im Investment Account gehaltenen Investitionen zurückzuführen ist. Nach Maßgabe der internationalen Rechnungslegungsstandards (International Financial Reporting Standards – IFRS) (in ihrer gültigen Fassung IAS 19, *Employee Benefits*) umfasst das Einkommen für das GJ 2014 Zuwächse in Höhe von 1,1 Mrd. SZR (1,7 Mrd. US\$) aus der sofortigen Verbuchung aller Änderungen in der definierten Verpflichtung zu Pensionen und Sozialleistungen des IWF und dem damit verbundenen Planvermögen. In den letzten Jahren wurden die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste unter dem früheren Rechnungslegungsstandard abgeschrieben.

Goldverkauf

Das vom IWF verabschiedete Einkommensmodell umfasst eine Dotation, die mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines Teils der Goldbestände der Institution finanziert wird. Das Exekutivdirektorium kam im Juli 2009 überein, dass der Erlös aus dem Goldverkauf teilweise auch für eine Aufstockung der Mittel des IWF zur konzessionären Kreditvergabe an einkommensschwache Länder eingesetzt werden solle.

Das Direktorium billigte im September 2009 den Verkauf von 403,3 Tonnen Gold, was einem Achtel der gesamten Goldbestände des IWF entsprach. Die Goldverkäufe, die im Oktober 2009 aufgenommen und im Dezember 2010 abgeschlossen wurden, erzielten einen Gesamterlös von 9,54 Mrd. SZR. Davon entfallen 2,69 Mrd. SZR auf den Buchwert des Goldes und 6,85 Mrd. SZR auf den Gewinn. Alle Verkäufe basierten auf Marktpreisen, die über den 2008 veranschlagten 850 US\$ pro Unze lagen, als das Exekutivdirektorium das überarbeitete Einkommensmodell billigte. Der tatsächliche Verkaufspreis lag im Durchschnitt bei 1.144 US\$ pro Unze, was zu einem unerwarteten Mehr (englisch: „Windfall“) an Gewinn führte. Das Exekutivdirektorium beschloss, von den 6,85 Mrd. SZR Gewinn aus dem Goldverkauf 4,4 Mrd. SZR in die Sonderrücklage des IWF einzugliedern; die verbleibenden 2,45 Mrd. SZR des Windfall-Gewinns wurden den allgemeinen Reserven zugeschlagen, bis über ihre letztendliche Verfügung entschieden wird.

Im Rahmen eines Finanzierungspakets für einkommensschwache Länder für den Zeitraum 2009–2014 billigte das Exekutivdirektorium im Februar 2012 die Auszahlung von 700 Mio. SZR (ca. 1,1 Mrd. US\$) der 2,45 Mrd. SZR an seine Mitglieder. Die Auszahlung sollte erst dann in Kraft treten, wenn zufriedenstellende

Zusicherungen vonseiten der Mitglieder eingehen, dass mindestens 90 Prozent des ausgezahlten Betrags – d.h. 630 Mio. SZR (ca. 978 Mio. US\$) – dem PRGT zur Verfügung gestellt werden.⁷⁷ Diese Schwelle wurde im Oktober 2012 erreicht, und die Auszahlung erfolgte noch im selben Monat.

Das Exekutivdirektorium erörterte 2011 bei verschiedenen Anlässen die Verwendung der restlichen 1,75 Mrd. SZR (2,7 Mrd. US\$) des Windfall-Gewinns aus dem Goldverkauf. In erster Linie wurden drei Optionen in Erwägung gezogen: die Erleichterung von Beiträgen zur Aufstockung der konzessionären Kreditvergabekapazität für einkommensschwache Länder, die Erhöhung der Risikorücklagen des IWF und die Erhöhung der Gold-Dotation. Im Zuge einer Strategie, die Nachhaltigkeit des PRGT über längere Zeit sicherzustellen, billigte das Exekutivdirektorium im September 2012 die Auszahlung des restlichen Windfall-Gewinns aus dem Goldverkauf – im Verhältnis zu den Quotenanteilen der Mitglieder. Die Auszahlung soll erst dann in Kraft treten, wenn zufriedenstellende Zusicherungen vonseiten der Mitglieder eingehen, dass mindestens 90 Prozent des ausgezahlten Betrags dem PRGT zur Verfügung gestellt werden.

Im Oktober 2013 gab der IWF bekannt, dass die erforderliche Schwelle erreicht worden sei.⁷⁸ Mit Stand vom 30. April 2014 hatten 155 Länder zugesichert, ihren Anteil aus der Verteilung in den PRGT einzuzahlen, was den Treuhandfonds mit weiteren Kapazitäten in Höhe von insgesamt 1.652 Mio. SZR (2,56 Mrd. US\$) für die konzessionäre Kreditvergabe an Niedrigeinkommensländer ausstattet. Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde dankte den Mitgliedsländern mit dem Hinweis, dass ihre Maßnahmen „entscheidende Ressourcen für eine adäquate finanzielle Unterstützung der ärmsten Länder über Jahre hinweg sicherstellen“; des Weiteren pries sie „den starken und universellen Einsatz unserer Mitglieder, den ärmsten Ländern der Welt zu helfen“. Der IWF bemüht sich weiterhin um die Beiträge der restlichen Mitglieder, um die größtmögliche Kapazität für die konzessionäre Mittelvergabe zu erzielen.

Verwaltungs- und Kapitalhaushalte

Im April 2013 billigte das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Haushalt für die Geschäftsjahre 2014 bis 2016 Nettoverwaltungsausgaben für das GJ 2014 von insgesamt 1.007 Mio. US\$ sowie eine Grenze für Bruttoausgaben in Höhe von 1.227 Mio. US\$. Darüber hinaus billigte das Exekutivdirektorium im GJ 2014 die Verwendung von bis zu 42 Mio. US\$ aus dem Vortrag unangetasteter Mittel aus dem GJ 2013 (Tabelle 5.1).⁷⁹ Es billigte auch Kapitalausgaben in Höhe von 41 Mio. US\$, die in erster Linie für Gebäudeeinrichtungen und für Informationstechnologie herangezogen werden sollen.

Die Arbeit des IWF war im Jahresverlauf weiterhin von der

Tabelle 5.1**Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2013–17**

(Millionen US-Dollar)

	GJ 2013		GJ 2014		GJ 2015	GJ 2016	GJ 2017
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Geschätztes Ergebnis	Haushalt	Haushalt	Haushalt
VERWALTUNGS-AUSGABEN							
Personal	835	802	861	820	893	912	931
Reisekosten ¹	125	119	123	114	128	134	128
Gebäude und sonstige Ausgaben	181	180	190	195	196	199	202
Rücklagen für Eventualfälle	18	—	12	—	7	7	7
HAUSHALTS-AUSGABEN INSGESAMT, BRUTTO							
	1.159	1.102	1.186	1.129	1.224	1.252	1.268
Einnahmen ²	–161	–154	–179	–160	–197	–197	–198
HAUSHALTS-AUSGABEN INSGESAMT, NETTO							
	997	948	1.007	969	1.027	1.054	1.070
Vortrag ³	41	—	42	—	42		
HAUSHALTS-AUSGABEN INSGESAMT, EINSCHLIESSLICH VORTRAG							
	1.038	948	1.049	969	1.069	1.054	1.070
KAPITAL-AUSGABEN							
Gebäudeeinrichtungen und IT	162	89	41	158	52	41	4

Quelle: IWF-Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ GJ 2013 und GJ 2016 enthalten Reisekosten zu den Jahrestagungen im Ausland.² Einschließlich geberfinanzierter Aktivitäten, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.³ Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehender Regeln.**Tabelle 5.2****Im Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2014**

(In Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

ERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, NETTO, GJ 2014	988
Zeitliche Verschiebungen	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	327
Kapitalausgaben – Amortisierung der Ausgaben des laufenden und der vorhergehenden Jahre	49
Nicht im Verwaltungshaushalt enthaltene Beträge	
Kapitalausgaben – unmittelbar gemäß International Financial Reporting Standards verbuchte Posten	18
Rückerstattung an das General Department (vom Poverty Reduction and Growth Trust, Post-Catastrophe Debt Relief Trust und der Abteilung Sonderziehungsrechte)	(75)
IM GEPRÜFTEN ABSCHLUSSBERICHT AUSGEWIESENE VERWALTUNGS-AUSGABEN, INSGESAMT	1.307
MERKPOSTEN:	
Im geprüften Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	861

Quellen: IWF, Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen US\$/SZR-Wechselkurs während des GJ 2014 von ungefähr 1,52.

Notwendigkeit geprägt, die Mitglieder auf die potenziellen Gefahren für die weltweite Erholung und Finanzstabilität hinzuweisen. Im Vergleich zum Vorjahr blieben die realen

Ausgaben insgesamt unverändert. Der Haushaltsrahmen wurde angesichts zusätzlicher Ressourcen in Höhe von 53 Mio. US\$ abermals höher angesetzt, um krisenbedingten Bedarf zu decken.

Die tatsächlichen Nettoverwaltungs Ausgaben im GJ 2014 beliefen sich auf 988 Mio. US\$ und fielen damit um 19 Mio. US\$ niedriger aus als veranschlagt. Die Budgetunterschreitung fiel wesentlich geringer aus als im Vorjahr, was von einer wirksameren Ausschöpfung des Budgets zeugt. Die budgetierten Kapitalausgaben für Gebäudeeinrichtungen und Informationstechnologie (IT) beliefen sich auf insgesamt 144 Mio. US\$ und enthalten auch in früheren Jahren bewilligte Summen. Der Löwenanteil dieser Ausgaben entfiel auf die Modernisierung des HQ1 mit 92 Mio. US\$ (siehe Kasten 5.1). Die IT-Ausgaben betrugen insgesamt 37 Mio. US\$ und wurden für wichtige Erneuerungen und Aktualisierungen der Kerninfrastruktur, für Datenverwaltungsprojekte und IT-Sicherheit verwendet. Bei zwei wichtigen Bauprojekten wurden weitere Fortschritte erzielt. Die Renovierung des Concordia-Gebäudes wurde im Wesentlichen abgeschlossen, und das Gebäude konnte im April 2013 wieder eröffnet werden. Das HQ1-Projekt sieht die Renovierung während der Nutzung des Gebäudes vor und hat nach Abschluss der Planungsphase nun die Bauphase erreicht. Die Fertigstellung ist für 2017 geplant.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Diese Standards verlangen die periodengerechte Buchführung und die Bewertung und Amortisierung von Kosten für Lohnnebenleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer Bewertungen. Tabelle 5.2 zeigt eine ausführliche Überleitung

zwischen dem Ergebnis des Nettoverwaltungs haushalts in Höhe von 988 Mio. US\$ für das GJ 2014 und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 1.307 Mio. US\$ (861 Mio. SZR), die im geprüften Finanzausweis des IWF für das Jahr genannt sind.

Im April 2014 verabschiedete das Direktorium den Haushalt für das GJ 2015 und bewilligte Verwaltungsausgaben von netto 1.027 Mio. US\$ mit einer Obergrenze für Bruttoverwaltungs ausgaben bei 1.265 Mio. US\$, einschließlich bis zu 42 Mio. US\$ Vortrag aus unangetasteten Mitteln des GJ 2014. Zum dritten Mal in Folge blieb die Obergrenze für Nettoverwaltungs ausgaben (ohne Vortrag) real unverändert gegenüber dem Vorjahr. Der Kapitalhaushalt wurde mit 52 Mio. US\$ angesetzt; davon entfallen 22 Mio. US\$ auf Gebäudeeinrichtungen und 30 Mio. US\$ auf IT-Investitionen. Dem Direktorium wurden außerdem vorläufige Haushalte für die GJ 2016 und 2017 vorgelegt.

Der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2015 bis 2017 wurde innerhalb des strategischen Planungsregelwerks des IWF mit einem allgemeinen Rahmen und Mittelzuweisungen formuliert, die sicherstellen, dass die Prioritäten des Fonds erfüllt werden. Die sich verändernden Bedürfnisse der IWF-Mitglieder wurden mit einem unveränderten Haushalt durch Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen, bessere Ausnutzung und Umverteilung bestehender Mittel erfüllt. Insbesondere wurden durch Umverteilung Mittel freigesetzt, die für zusätzliche

Kasten 5.1

Fortschritt bei den Gebäuderenovierungen

Nach vielen Jahren Planungsarbeit wurde am älteren der beiden Gebäude am Hauptquartier des IWF (HQ1) im Zentrum von Washington, DC mit umfangreichen Renovierungsarbeiten an der Gebäudetechnik begonnen, die aufgrund ihres Alters dringend ersetzt oder überholt werden musste. Andernfalls müsste in den nächsten drei bis fünf Jahren mit einem Ausfall der Systeme gerechnet werden.

Die Renovierungsarbeiten am HQ1 begannen am 1. Mai 2013; im ersten Jahr konzentrierte sich die Arbeit auf die unteren Stockwerke. Mehr als 400.000 Personenstunden wurden verbracht mit Abbrucharbeiten, mit Entsorgung und Recycling von über 4.000 Tonnen Schutt, mit Austausch und Neuinstallation der zentralen mechanischen und elektrischen Versorgungsleitungen, die das erste Obergeschoss und die darunter liegenden Etagen stützen; hierfür wurden 308 Tonnen Blech für Lüftungsschächte, 33,5 km Rohrleitungen und 200 km Elektrodrähte eingesetzt.

Mit Stand vom April 2014 waren Fortschritte bei der Einrichtung einer neuen, flexiblen und energiesparenden Versorgungseinheit erzielt; zudem soll das Gebäude in Zukunft über mehr Tageslicht verfügen. Die öffentlichen Bereiche wie Hauptatrium, Galerie und Cafeteria blieben wegen der Abbrucharbeiten geschlossen.

Eine umfangreiche Renovierung in einem Gebäude, das seinen regulären Betrieb aufrecht erhält, bedeutet völlig neue Herausforderungen im Vergleich zu gewöhnlichen Baustellen. Bei Projektbeginn wurden Vorkehrungen zum Schutz der Mitarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit getroffen, während die Baumaßnahmen in ihrer Umgebung stattfinden.

Die Renovierung wird etagenweise durchgeführt. Wenn die Renovierung einer Büroetage beginnt, übersiedeln die betroffenen Mitarbeiter vorübergehend in Büroräume im anderen Gebäude (HQ2). Bei Fertigstellung der Renovierung wird das Gebäude wesentlich sparsamer im Energieverbrauch sein und dazu beitragen, dass der IWF die höchsten Nachhaltigkeitsstandards erfüllt.

Tabelle 5.3**Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art**

(Millionen SZR, Stand: 30 April 2014)

	Insgesamt	Nach Art		
		Allgemeine Abteilung (einschl. Strukturanpassungsfazität)	Trust Fund	PRGT
Simbabwe	81,1	—	—	81,1
Somalia	234,6	226,3	8,3	—
Sudan	979,9	898,0	81,8	—
Insgesamt	1.295,5	1.124,4	90,1	81,1

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Maßnahmen in fragilen Staaten und im Nahen Osten, für verstärkte multilaterale Überwachungsarbeit und intensiveres Risikomanagement sowie für die zusätzlichen Kosten der IT- und physischen Sicherheit eingesetzt werden können.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF fielen von 1.298 Mio. SZR Ende April 2013 auf 1.296 Mio. SZR Ende April 2014 (Tabelle 5.3). Auf den Sudan entfielen rund 76 Prozent der verbleibenden Rückstände, während Somalia und Simbabwe mit 18 bzw. 6 Prozent zu Buche schlugen. Alle Rückstände gegenüber dem IWF mit Stand vom Ende April 2014 waren längerfristig (mehr als sechs Monate überfällig); ein Drittel entfiel auf überfällige Tilgung, die verbleibenden zwei Drittel auf überfällige Gebühren und Zinsen. Mehr als vier Fünftel betrafen Rückstände gegenüber dem GRA, der Rest gegenüber dem Treuhandfonds und dem PRGT. Simbabwe ist das einzige Land mit langfristigen Rückständen gegenüber dem PRGT. Die allgemeine SZR-Zuteilung im August 2009 machte es möglich, dass alle hartnäckigen Fälle in der SZR-Abteilung mit ihren Zahlungen auf dem Laufenden bleiben konnten.

Unter der verstärkten kooperativen IWF-Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen zur Aufhebung langfristiger Rückstände ergriffen. Ende des Geschäftsjahres hatten Somalia und Sudan abermals keine Berechtigung zur Nutzung von Mitteln aus dem Konto für allgemeine Ressourcen. Simbabwe darf erst dann Mittel aus diesem Konto in Anspruch nehmen, wenn seine Rückstände gegenüber dem PRGT vollständig beglichen sind. Eine Erklärung mangelnder Kooperationsbereitschaft, die teilweise Aussetzung der technischen Hilfe und die Streichung von der Liste PRGT-berechtigter Länder bleiben als Korrekturmaßnahmen im Zusammenhang mit Simbawes Rückständen gegenüber dem PRGT weiterhin bestehen.

Prüfungsverfahren

Die Prüfungsverfahren des IWF bestehen aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Revisionsfunktion und einem unabhängigen externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee – EAC), der nach der Satzung des IWF die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung führt.

Externer Rechnungsprüfungsausschuss

Der EAC hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Sie sind Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifikationen zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC reiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, im öffentlichen Sektor oder von Universitäten mit.

Der EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Er kommt jedes Jahr in Washington, DC zusammen, normalerweise im Januar oder Februar, um die Planung für die jährliche Rechnungsprüfung zu beaufsichtigen, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. Die Mitglieder des EAC im Jahr 2014 waren Jian-Xi Wang (Vorsitz), staatlich vereidigter Wirtschaftsprüfer und Vorsitzender der Beijing Dalio Public Welfare Foundation, Gonzalo Ramos, Generalsekretär des Public Interest Oversight Board, sowie Daniel Loeto, Wirtschaftsprüfer und Chief Accountant der Bank of Botswana.



Links Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde stellt die Ergebnisse der Personalumfrage bei einer Mitarbeiterversammlung vor **Rechts** Die Vorsitzende des Staff Association Committee, Aissata Sidibé, spricht bei einer Mitarbeiterversammlung über die Bedenken zur Sanierung von HQ1

Externe Prüfungsgesellschaft

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC gewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt. Sie ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Ausstellung des Bestätigungsvermerks über den Finanzausweis des IWF, einschließlich der gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens verwalteten Konten und des Angestelltenpensionsplans. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung informiert der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme.

Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt, der um bis zu fünf weitere Jahre verlängert werden kann. Derzeit ist Deloitte & Touche LLP die externe Prüfungsgesellschaft des IWF; sie wurde erstmals 2004 bestellt. Deloitte & Touche stellte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk über den Finanzausweis des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2014 aus. Nach vorheriger Genehmigung durch das Exekutivdirektorium darf die externe Prüfungsgesellschaft zusätzliche Dienste im Zusammenhang mit dem Audit leisten. Die Gebühren für diese Dienste dürfen nicht mehr als 33 Prozent des Wertes für den fünfjährigen Audit-Vertrag übersteigen. Die Erbringung von Leistungen durch die externe Prüfungsgesellschaft, die nicht in Verbindung mit dem Audit stehen, ist untersagt.

Büro für interne Revision und Inspektion

Die interne Revisionsfunktion obliegt dem Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection – OIA), das unabhängig Untersuchungen über die Wirksamkeit der Verfahren des IWF bei Risikosteuerung, Kontrolle und Governance durchführt. Die Revisionstätigkeit des OIA umfasst den IWF-Stab, das Exekutivdirektorium, die Büros der Geschäftsführenden Direktoren sowie das Unabhängige Evaluierungsbüro und dessen Mitarbeiter. Im Einklang mit bewährten Praktiken berichtet das OIA an die Geschäftsführung des IWF, und seine Arbeit wird vom EAC beaufsichtigt. Dadurch werden seine Objektivität und Unabhängigkeit sichergestellt.

Im Berichtsjahr unternahm das OIA Prüfungen und beratende Untersuchungen in den Bereichen Kontrollen und Verfahren zur Sicherung und Verwaltung der Finanzwerte und Konten des IWF, IT-Audits zur Bewertung der Angemessenheit des IT-Managements und der Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen, Wirksamkeits- und operationelle Prüfungen von Arbeitsprozessen, den damit zusammenhängenden Kontrollmechanismen und der Wirksamkeit der Abläufe zur Verwirklichung der Gesamtziele des Fonds. Unabhängig von seiner Funktion als interne Revision dient das OIA auch als Sekretariat für den Beratungsausschuss zum Risikomanagement (Secretariat to the Advisory Committee on Risk Management). In dieser Kapazität koordiniert das OIA die Erstellung eines jährlichen Risikomanagementberichts an das Direktorium und unterstützt informelle Briefings des Direktoriums zum Risikomanagement (siehe folgender Abschnitt „Risikomanagement“).

Das Direktorium wird über die Tätigkeit des OIA zweimal pro Jahr mittels eines Tätigkeitsberichts informiert, der Informationen zu den geplanten Audits und Prüfungen des OIA sowie die Ergebnisse und den Status von Prüfungsempfehlungen enthält;

das Direktorium erhält alle Prüfberichte zur Kenntnisnahme. Das jüngste informelle Direktoriums-Briefing zu diesen Themen mit Stand zum Ende des Geschäftsjahres fand im Februar 2014 statt. Es wurden keine wesentlichen Schwächen aufgedeckt, die irgendeine Auswirkung auf die interne Kontrollstruktur und die Finanzausweise des IWF haben würden. Die Umsetzungsquote für OIA-Empfehlungen in der ersten Jahreshälfte verbesserte sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr.

Risikomanagement

Im Lauf des Jahres unterstützte der Beratungsausschuss zum Risikomanagement (Advisory Committee on Risk Management) weiterhin die Umsetzung des Risikomanagement-Regelwerks für den IWF. Wie oben erwähnt, erstellt der Ausschuss einen Jahresbericht zu den größten Risiken für den IWF und informiert das Exekutivdirektorium informell zu Fragen des Risikomanagements, was während des Berichtszeitraums im Mai 2013 geschah.

Im Juli 2013 erörterte das Direktorium den vom Ausschuss erstellten „Report on Risk Management 2013“, in den die Ergebnisse einer abteilungsweiten Risikorerhebung einfließen; hierbei waren die Abteilungen gebeten worden, ihre Ansichten zu den strategischen und operationellen Risiken des Fonds darzulegen. Unter den Exekutivdirektoren bestand weithin Einvernehmen mit der allgemeinen Risikobewertung. Eine Anzahl von Exekutivdirektoren merkte an, dass künftige Berichte von weiteren Analysen zu Abmilderungsstrategien profitieren könnten, so auch von einer Überprüfung früherer Umsetzungen. Sie erwarteten zudem Vorschläge vonseiten der Geschäftsführenden Direktorin zur Stärkung des Regelwerks zum Risikomanagement des IWF.

Prüfung der Angemessenheit der Risikorücklagen des Fonds

Risikorücklagen sind ein Element zur Steuerung von Finanzrisiken im vielschichtigen Regelwerk des IWF, wozu auch die Stärke der Kreditvergaberichtlinien und sein bevorzugter Gläubigerstatus zählen. Diese Rücklagen setzen sich aus einbehaltenen Einkünften zusammen und werden im Sonderkonto für Eventualfälle (Special Contingent Account) gehalten. Sie stehen letzten Endes zur Verfügung, um mögliche finanzielle Verluste zu absorbieren und damit den Wert der Reserveaktiva zu schützen, die die Mitglieder beim Fonds platzieren; zudem untermauern sie den Austausch internationaler Reserveaktiva, mit deren Hilfe der Fonds Ländern mit Finanzierungsbedarf Unterstützung gewährt.

Im Februar 2014 nahm das Exekutivdirektorium eine Überprüfung der Angemessenheit der Risikorücklagen des Fonds vor⁸⁰, die nach einem vom Exekutivdirektorium 2010 gebilligten Regelwerk normalerweise alle zwei Jahre stattfindet. Dieses Regelwerk gibt mit Blick auf die Entwicklungen bei den insgesamt ausstehenden Krediten des IWF eine ungefähre Bandbreite vor, die in Entscheidungen zur Anpassung des Zielwerts der Risikorücklagen im Lauf der Zeit einfließt.

Die Exekutivdirektoren kamen allgemein überein, dass der regelbasierte Rahmen für die Bewertung der Angemessenheit von Risikorücklagen, der 2010 verabschiedet wurde, nach wie vor weithin angemessen sei. Gleichzeitig bekräftigten sie, dass für eine breite Bewertung der Finanzrisiken für den Fonds Urteilsvermögen und Ermessen im Direktorium wichtig seien.

Kasten 5.2

Sicherungsbewertungen: Politik und Maßnahmen

Wenn der IWF einem Mitgliedsland Finanzhilfe gewährt, wird eine Bewertung der Sicherungen durchgeführt, um festzustellen, ob die Zentralbank des Landes die Mittel des IWF adäquat verwalten und verlässliche Daten bereitstellen kann. Sicherungsbewertungen sind diagnostische Untersuchungen der Governance- und Kontrollregelwerke von Zentralbanken und ergänzen die anderen Maßnahmen zum Risikomanagement, die der IWF einsetzt, so etwa Zugangsbegrenzung, Konditionalität, Programmgestaltung, Maßnahmen zum Umgang mit der fehlerhaften Meldung von Daten sowie Überwachung in der Folgezeit eines Programms. Die Bewertungen werden unabhängig von der übrigen IWF-Tätigkeit wie Überwachung, Programmerrörterungen und technischer Hilfe durchgeführt. Mit Stand vom April 2014 waren 259 Bewertungen durchgeführt worden und 15 befanden sich im Berichtsjahr in der Abschlussphase; darunter war auch eine freiwillige Bewertung in der Region Naher Osten, die auf Antrag der dortigen Behörden vorgenommen wurde.

Neben diesen Bewertungen führt der IWF weitere Maßnahmen zur Sicherung durch, solange seine Kreditmittel ausstehen; so überwacht er etwa die Umsetzung von Empfehlungen sowie andere Entwicklungen im Sicherungsregelwerk der Zentralbanken. Ungefähr 70 Zentralbanken unterliegen derzeit der Sicherungsüberwachung. Im Jahresverlauf wurden am IMF-Middle East Center for Economics and Finance sowie an der Joint Partnership for Africa auch zwei Seminare zu Sicherungsbewertungen für Zentralbankpersonal durchgeführt. Kernthema dieser Seminare waren einmal die Sicherungspolitik und ihre Anwendung sowie die Bedeutung wirkungsvoller Governance und Aufsicht.

Die Sicherungspolitik wird regelmäßig vom Exekutivdirektorium überprüft. Die letzte Überprüfung fand zum zehnjährigen Bestehen der Politik 2010 statt und die nächste Prüfung ist für 2015 geplant.

Die Exekutivdirektoren wiesen darauf hin, dass zwar die allgemeine Verteilung von Risiken für den Fonds seit der letzten Überprüfung weithin unverändert geblieben sei, das Abklingen einiger Risiken aber zu einer moderaten Abnahme der ausstehenden Kredite und der zukunftsorientierten Kreditmessgröße sowie einem Rückgang bei der Wahrnehmung der Marktteilnehmer von korrelierten Risiken geführt habe. Allerdings, so merkten sie an, sei der Fonds immer noch mit großen konzentrierten Risikopositionen konfrontiert, hauptsächlich gegenüber Euroländern, und dass diese regionale Konzentration über einige Zeit erhöht bleiben werde, da die durchschnittliche Laufzeit von Fondskrediten zunimmt.

Angesichts dieser Entwicklungen befürworteten die Exekutivdirektoren weithin, den aktuellen vorläufigen Zielwert für Risikorücklagen in Höhe von 20 Mrd. SZR unverändert zu lassen. Sie verwiesen darauf, dass dieses Ziel nahe dem Mittelwert der aktualisierten indikativen Bandbreite lag, die aus dem Regelwerk abgeleitet worden war.

Die Exekutivdirektoren bekräftigten, wie wichtig die Beibehaltung eines Mindestbestands an Risikorücklagen als Schutz vor einem unerwartetem Anstieg des Kreditrisikos, insbesondere nach Zeiten niedriger Kreditvergabe, und zur Sicherung einer tragfähigen Einkommensposition sei. Sie kamen überein, dass dieser Mindestbestand vorerst bei 10 Mrd. SZR bleiben sollte. Sie machten deutlich, dass diese Frage künftig neu erörtert werden solle, da die Reserven jetzt erstmals laut Regelwerk den Mindestbestand überstiegen und die längerfristige Kreditentwicklung klarer werde und die Umsetzung des neuen Einkommensmodells des Fonds weiter voranschreite.

Die Exekutivdirektoren verwiesen auf das projizierte stete Ansteigen der Reservenanhäufung. Sie sahen Erörterungen von Politikmaßnahmen entgegen, die das Tempo der Reservenanhäufung beeinflussen könnten.

PERSONALWESEN – POLITIKEN UND ORGANISATION

Personalwesen

Die dynamische und stark vernetzte Weltwirtschaft verlangt, dass der IWF in zentralen Kompetenzbereichen führend und als Arbeitgeber für fähige Fachleute attraktiv bleibt. Anpassungsfähigkeit im Umgang mit neuen oder unerwarteten Problemstellungen und die gleichzeitige Gewährleistung einer gerechten Behandlung aller Fondsmitarbeiter sind für seinen weiteren Erfolg unabdingbar.

Im GJ 2014 richtete der IWF sein Augenmerk weiterhin auf die intensive Anwerbung von Mitarbeitern, auf die Umsetzung wichtiger Personalreformen in Reaktion auf die Personalumfrage von 2013 und auf die Ausarbeitung eines neuen Regelwerks zur Stärkung von Kompetenzen im Bereich Mitarbeiterführung.

Die Belegschaft

Die externen Anwerbemaßnahmen stiegen im dritten Jahr in Folge, wobei 2013 ein Plus von 9 Prozent verzeichnet wurde. Es wurden insgesamt 176 neue Mitarbeiter eingestellt, hauptsächlich Wirtschaftswissenschaftler auf mittlerer Ebene und Verwaltungspersonal; neue Mitarbeiter auf Managementebene B nahmen einen relativ kleinen Anteil ein.

Unter den neu eingestellten Mitarbeitern waren 93 Wirtschaftswissenschaftler, etwa 10 Prozent mehr als 2012. Diese Einstellungen konzentrierten sich auf die mittlere Ebene, blieb das Economist Programm (EP) gegenüber dem Vorjahr doch unverändert (29). Einstellungen für andere Laufbahnen in den Stufen A9–B5 gingen um 4 Prozent zurück, was hauptsächlich in der geringeren Zahl neuer Mitarbeiter für die Stufe B begründet liegt.

Der IWF braucht vor allem Wirtschaftswissenschaftler mit langjähriger Erfahrung in Analyse und Entscheidungsfindung, um die Belegschaft in den Bereichs- und Funktionsabteilungen aufzustocken. 2013 wurden insgesamt 58 Ökonomen auf mittlerer Ebene angeworben, 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Großteil dieser Neueinstellungen entfällt auf Makro-Ökonomen (48), die übrigen zehn sind Fachleute für Fiskalpolitik und den Finanzsektor.

Besondere Erwähnung verdient dieses Jahr die Einführung des Externally Financed Appointee Program. Dieses zentralisierte Anwerbeprogramm wird die Einstellung von Ökonomen auf mittlerer Ebene durch die Abteilungen ergänzen. Das Programm wurde in Reaktion auf das Interesse der Mitgliedsländer entwickelt, die sich für ihre Beamte im öffentlichen Sektor Fondserfahrung wünschten; die Kosten hierfür werden von den Mitgliedsländern getragen. Bis heute haben drei Mitgliedsländer (Japan, Korea und Schweden) ihre Teilnahme zugesagt, und sechs Mitarbeiter werden voraussichtlich im Kalenderjahr 2014 ihre Arbeit aufnehmen.

2013 wurden 478 Mitarbeiter mit befristeten Verträgen eingestellt – ein geringfügiger Anstieg von 2 Prozent gegenüber 2012. 69 Prozent der befristeten Mitarbeiter waren Fachleute mit kurzfristigen Verträgen. Entsprechend dem Ziel, die Ökonomen besser zu unterstützen, wurden 62 Forschungsassistenten eingestellt, die 41 Prozent aller Vertragsmitarbeiter ausmachten.

Zum 30. April 2013 zählte der IWF 2.119 Fach- und Führungskräfte sowie 459 Stabsmitarbeiter auf Verwaltungsebene. Eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter und das Organigramm des IWF sind am Ende dieses Kapitels zu finden.

Vielfalt und Inklusion

Der IWF unternimmt große Anstrengungen, um eine hinsichtlich geografischer Verteilung und Geschlecht vielfältige Belegschaft zu haben. Er überwacht auch andere Aspekte der Vielfalt, wie Bildungshintergrund, und wirbt aktiv Mitarbeiter aus aller Welt



Links Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Naoyuki Shinohara erläutert seine Ansichten im Rahmen eines Seminars über Schwellenmärkte im April 2014 **Rechts** Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Min Zhu spricht im Oktober 2013 auf einem Seminar über Lateinamerika

an.⁸¹ Von den 188 Mitgliedstaaten, die der IWF Ende April 2014 zählte, waren 143 in seinem Stab vertreten. Die Webtabellen 5.1–5.3 zeigen die Aufteilung des IWF-Stabs nach geografischem Gebiet, Geschlecht und Ländertyp.

Die Institution macht bei der Einstellung einer vielfältigen Belegschaft weiterhin Fortschritte, aber es bleiben noch einige Herausforderungen zu meistern. Die Neueinstellung von Staatsangehörigen aus unterrepräsentierten Regionen lag 2013 bei 49 Prozent für die Stufen A9–B5, dem höchsten Wert seit 2009. Ein Drittel der Mitarbeiter aus dem Economist Program 2013 stammte aus unterrepräsentierten Regionen. Die Vielfalt der repräsentierten Nationen hat sich gebessert, aber es ist für den Fonds schwierig, weibliche Ökonomen anzuwerben. Der Frauen-

anteil unter den gesamten Neueinstellungen auf den Stufen A9–B5 blieb ungefähr gleich, allerdings fiel der Anteil an weiblichen Teilnehmern am EP von 52 auf 36 Prozent.

Im Jahresverlauf wurden verschiedene Maßnahmen eingeführt, um die kulturelle und demografische Inklusion im Arbeitsumfeld zu verbessern. Aus den Ergebnissen der Personalumfrage wurde ein neuer Inklusionsindex abgeleitet, und neue Maßnahmen flossen in die Regelwerke zur Rechenschaftspflicht der einzelnen Abteilungen ein. Der Diversity-Lehrplan wurde um Bewertungen und Lehrgänge zur kulturübergreifenden Kompetenz ergänzt. Ziel dieser Maßnahmen ist die Förderung von Vielfalt unter den Mitarbeitern und dafür zu sorgen, dass unterschiedliche Auffassungen vorgestellt und gehört werden.

Kasten 5.3

In memoriam: Wabel Abdallah

Mit Entsetzen und Trauer reagierte die Gemeinschaft des IWF auf das Ableben von Wabel Abdallah, dem Vor-Ort-Vertreter (Resident Representative) des IWF in Afghanistan, im Januar 2014. Abdallah war eines von zwanzig Opfern, die bei einem Anschlag auf ein Restaurant in Kabul ums Leben kamen. Der IWF hatte noch nie einen Mitarbeiter auf diese Weise verloren.

Abdallah war libanesischer Staatsbürger und wurde im Juni 2008 zum Resident Representative ernannt. Er kam 1993 von der Zentralbank des Libanon zum Fonds und bekleidete Positionen in einer Anzahl von IWF-Abteilungen, darunter die Abteilung für Nahost und Zentralasien, die Statistikabteilung sowie die Abteilung Personalwesen. Vor seiner Tätigkeit für den IWF verfolgte er eine abwechslungsreiche und intensive Karriere mit Positionen als leitender Lehrbeauftragter

an der Columbia University in New York, als Wirtschaftsberater der libanesischen Gesandtschaft bei den Vereinten Nationen und als Wirtschaftsberater für den Zentralbankgouverneur im Libanon.



Im Januar gedachten die Mitarbeiter im Rahmen einer Feierstunde Wabel Abdallah, und eine Sonderseite im Intranet des IWF gab dem Stab Gelegenheit, Erinnerungen an einen beliebten Kollegen auszutauschen.

Gehaltsstruktur der Geschäftsführung

Die Vergütung der Geschäftsführung wird regelmäßig durch das Exekutivdirektorium überprüft; das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin wird vom Gouverneursrat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, DC werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Position gliederte sich die Gehaltsstruktur der Geschäftsführung mit Stand vom 1. Juli 2013 folgendermaßen:

Geschäftsführende Direktorin	482.080 US\$
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor	419.190 US\$
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren	399.240 US\$

Die Vergütung der Exekutivdirektoren betrug 247.280 US\$ und die Vergütung der Stellvertretenden Exekutivdirektoren belief sich auf 213.910 US\$.

Reformen im Personalwesen

Personalumfrage

Die Personalumfrage 2013 wurde Anfang des GJ 2014 abgeschlossen. Die Folgearbeit zielt ab auf die Schaffung eines Umfelds, in dem sich die Mitarbeiter entfalten können, und auf die Stärkung der Mitarbeiterführung. Insbesondere wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Mitarbeitermobilität innerhalb und über Jobgruppen hinweg ausgearbeitet und eingeführt, darunter ein neues Mobilitätsprogramm für Verwaltungsangestellte. Das Weiterbildungsangebot zur Karriereentwicklung für Mitarbeiter wurde

ausgedehnt und zugänglicher gestaltet und hält nun 1.250 neue Ausbildungsplätze bereit. Ebenso wurden straffere Anleitungen zur Unterstützung von Transparenz und Konsistenz in Personalentscheidungen (Beförderungen und Leistungsbeurteilungen) umgesetzt.

Führungskräfte

Der Fokus auf Personalführung innerhalb des Fonds soll weiter geschärft und die Umstellung auf ein innovativeres und flexibleres Arbeitsumfeld erleichtert werden. In diesem Sinne wurden neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten sowie Kompetenzprofile für alle Managementebenen ausgearbeitet. Die Umsetzung dieses Regelwerks wird im GJ 2015 andauern und die Grundlage für die Entwicklung und Bewertung aller Manager bilden.

Kundenservice

Im Mai 2014 wurde ein Online-Kundenservicesystem für das Personalwesen eingeführt, das die Qualität und Pünktlichkeit der gebotenen Dienstleistungen verbessern soll. Für wichtige Transaktionen wurden Dienstgütevereinbarungen getroffen, und die Leistung wird regelmäßig überwacht. Das Ergebnis war eine Zufriedenheitsquote unter den Kunden von 91 Prozent im GJ 2014.

Amtszeit des IMFC-Vorsitzenden verlängert

Der politische Beratungsausschuss des IWF, der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee – IMFC), beratschlagt über die wichtigsten

Links Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde besucht im Januar 2014 Abgeordnete des Parlaments von Kenia **Rechts** Die Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Nemat Shafik moderiert eine Diskussionsrunde bei einer Mitarbeiterveranstaltung zum Internationalen Frauentag im März 2014



politischen Problemstellungen für den IWF und das internationale Währungs- und Finanzsystem. Der Ausschuss zählt 24 Mitglieder, die der Zusammensetzung des IWF-Exekutivdirektoriums entsprechen. Jedes Mitgliedsland, das einen Exekutivdirektor ernennt, und jede Ländergruppe, die einen Exekutivdirektor wählt, bestellt ein Ausschussmitglied. Der IMFC tritt zweimal im Jahr anlässlich der Frühjahrs- und Jahrestagung von IWF und Weltbank zusammen.

Im Dezember 2013 baten die IMFC-Mitglieder Tharman Shanmugaratnam, seine Amtszeit als Vorsitzender des Ausschusses um ein Jahr über den Ablauf seiner regulären Amtszeit hinaus zu verlängern. Minister Tharman, der für eine Amtszeit von bis zu drei Jahren als Vorsitzender gewählt worden war, willigte in die Verlängerung ein und wird den Vorsitz bis einschließlich März 2015 behalten. Bei der Beantragung dieser Verlängerung bezeichneten die Mitglieder die starken Führungsqualitäten von Minister Tharman als wertvoll für die Beratungen des Ausschusses, und die Kontinuität des Vorsitzes im kommenden Jahr sei besonders hilfreich, um gerade im Hinblick auf die einschneidenden Reformen, die derzeit im Gange sind, die Berücksichtigung aller Mitgliedermeinungen sicherzustellen.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Unabhängiges Evaluierungsbüro

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office – IEO) wurde 2001 eingerichtet und evaluiert die Politik und Tätigkeit des IWF mit dem Ziel, die Transparenz und Rechenschaftspflicht des Fonds zu verbessern, seine Lernkultur zu stärken und das Exekutivdirektorium bei seinen institutionellen Governance- und Aufsichtsaufgaben zu unterstützen. Nach seinem Mandat ist das IEO völlig eigenständig von der Geschäftsführung des IWF und arbeitet rechtlich unabhängig gegenüber dem Exekutivdirektorium, dem es seine Erkenntnisse mitteilt.

Exekutivdirektorium überprüft Berichte und Empfehlungen des IEO

Prognosen des IWF

Im März 2014 veröffentlichte das IEO seine Evaluierung mit dem Titel „IMF Forecasts—Process, Quality, and Country Perspectives“ (IWF-Prognosen – Prozess, Qualität und Länderperspektiven). Die Evaluierung befand, dass die zur Erzeugung kurzfristiger Prognosen für die Artikel-IV-Konsultationen und den *World Economic Outlook* verwendeten Prozesse und Methoden gut strukturiert und im Allgemeinen gut auf die länderspezifischen Merkmale zugeschnitten seien. Im Großen und Ganzen vertrauen die Beamten in den Ländern auf die Stichhaltigkeit der Prognosen. In Bezug auf die Qualität der Prognosen kam die Evaluierung zu dem Schluss, dass die Genauigkeit der IWF-Prognosen mit

denen des Privatsektors vergleichbar sei. Mit Ausnahme bestimmter Fälle bestand keine wesentliche Voreingenommenheit. Die Evaluierung fand insbesondere eine Tendenz zur erheblichen Überschätzung des BIP-Wachstums im WEO während regionaler oder globaler Rezessionen sowie während Krisen in einzelnen Ländern. Sie fand auch, dass kurzfristige Prognosen zu BIP-Wachstum und Inflation, die im Zusammenhang mit IWF-gestützten Programmen erfolgen, und in Fällen, die von außergewöhnlich hohem Zugang zu IWF-Mitteln gekennzeichnet sind, zu Optimismus tendierten; bei der ersten Programmüberprüfung war die Voreingenommenheit bei den Prognosen allerdings meist wieder abgeflaut oder umgekehrt.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse empfahl die Evaluierung dem IWF die Förderung einer Kultur, die aus ihren früheren Prognoseleistungen lernt, die Bereitstellung angemessener Richtlinien für Wirtschaftswissenschaftler zu bewährten Praktiken bei kurz- und mittelfristigen Prognosen und zu mehr Transparenz durch die Erläuterung des Prognoseprozesses gegenüber der Öffentlichkeit und den vereinfachten Zugang zu Prognosen der Vergangenheit.

Bei ihrer Besprechung der Evaluierung im Februar 2014 drückten die Exekutivdirektoren breite Zustimmung zu allen Empfehlungen aus.

Arbeitsprogramm des IEO

In Reaktion auf eine Empfehlung in der zweiten externen Evaluierung des IEO (siehe weiter unten in diesem Abschnitt) wertete das IEO Evaluierungen wiederkehrender Themen über ein Jahrzehnt aus; daraus ergaben sich Lektionen für den IWF, die vom Exekutivdirektorium Mitte 2014 erörtert wurden.

Die Arbeit zu den Evaluierungen in Bezug auf die Reaktion des IWF auf die weltweite Finanzkrise, auf Statistiken im IWF und die Selbstbewertungssysteme des IWF dauert noch an.

Das IEO startete eine neue Initiative zur Untersuchung vergangener Evaluierungen fünf bis zehn Jahre nach ihrer ersten Veröffentlichung. Im Berichtszeitraum wurde ein Prüfbericht zu einer Evaluierung der technischen Hilfe des IWF von 2005 fertiggestellt. Alle abgeschlossenen Evaluierungen (einschließlich Informationen zu laufenden Evaluierungen, Themenpapieren, Jahresberichten des IEO und weiteres Material) können auf der Website des IEO eingesehen werden.⁸²

Umsetzung von IEO-Empfehlungen, die vom Direktorium befürwortet werden

Wenn eine Direktoriumsaussprache über eine Evaluierung stattgefunden hat, legt die Geschäftsführung des IWF dem Direktorium kurz darauf einen Umsetzungsplan für die vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen vor. Diese

Umsetzungspläne der Geschäftsführung zielen auf eine systematische Folgearbeit und Überwachung der Umsetzung der vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen ab.

Im Juni 2013 erörterte das Exekutivdirektorium den Umsetzungsplan der Geschäftsführung, der auf der IEO-Evaluierung über die Rolle des IWF als vertrauenswürdiger Berater basiert.⁸³ In diesem Bericht, der vom Direktorium im Februar 2013 diskutiert wurde, hatte das IEO die Frage untersucht, unter welchen Umständen die Mitgliedsländer den IWF als vertrauenswürdigen Berater ansehen, und gab Empfehlungen zu den wichtigsten Herausforderungen ab, die im Rahmen der Evaluierung deutlich wurden. Das Exekutivdirektorium war der allgemeinen Auffassung, dass die Vorschläge im Implementierungsplan die Voraussetzungen des Regelwerks erfüllen.

Folgearbeit zur zweiten externen Evaluierung des IEO

Im August 2012 nahm das Exekutivdirektorium die zweite externe Evaluierung des IEO auf.⁸⁴ Bei ihrer Aussprache über den Evaluierungsbericht im März 2013 befürworteten die Exekutivdirektoren viele Empfehlungen des externen Gremiums, um die Wirksamkeit des IEO weiter zu stärken.

Im Februar 2014 billigte das Direktorium Vorschläge zur Umsetzung dieser Empfehlungen, so auch Schritte, die eine genauere Erfassung der Ergebnisse aus Direktoriumserörterungen zu IEO-Berichten ermöglichen, Schritte, die eine engere Zusammenarbeit zwischen IEO und IMFC während der Frühjahrs- und Jahrestagungen fördern und die die Überwachung der Folgearbeit zu den vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen stärken.

Transparenz

Die Transparenzpolitik des IWF wurde 1999 eingeführt und zuletzt im Juni 2013 überarbeitet; danach „wird der Fonds nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellen, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung“. Dieses Prinzip „respektiert und schützt in seiner Anwendung die Freiwilligkeit der Veröffentlichung von Dokumenten, die sich auf die Mitgliedsländer beziehen“. ⁸⁵ Das Exekutivdirektorium erhält jährliche Aktualisierungen zur Umsetzung der Politik; diese Berichte sind Teil der Informationen, die der IWF im Rahmen seiner Transparenzbestrebungen veröffentlicht. Die Aktualisierung 2013 wurde im Oktober 2013 veröffentlicht und steht auf der Website des IWF zur Verfügung.⁸⁶

Prüfung der Transparenzpolitik

In Vorbereitung auf die kommende Prüfung seiner Transparenzpolitik führte der IWF zwischen Februar und März 2013 eine öffentliche Befragung dazu durch. Obwohl Stellungnahmen zu beliebigen oder allen Aspekten seiner Politik willkommen waren,

wurden besonders Ansichten gesucht zu den Stärken und Schwächen der Transparenzpolitik, zu Verbesserungsmöglichkeiten, zu den Punkten, in denen die Politik in den letzten fünf Jahren besser oder schlechter geworden war, und zu der Frage, wie gut die Politik im Vergleich zu anderen Institutionen u.a. in Bezug auf Zugänglichkeit, Häufigkeit und Nützlichkeit der Dokumente abschnitt.

An zwei Sitzungen im Juni 2013 nahm das Exekutivdirektorium eine Überprüfung der Transparenzpolitik auf der Grundlage eines IWF-Stabspapiers vor.⁸⁷ Die Exekutivdirektoren vermerkten, dass Reformen über zwei Jahrzehnte die Transparenz des Fonds verändert hatten und dass der Fonds in der Lage gewesen sei, während der weltweiten Finanzkrise durch offene Diskussionen zu Risiken und politischen Möglichkeiten zur öffentlichen Debatte beizutragen und auf die erhöhte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gegenüber seiner vermehrten Kreditvergabertätigkeit reagieren konnte. Gleichzeitig vertrauten die Mitglieder bei der Veröffentlichung ihrer Länderberichte auf die Transparenzpolitik, die auch gewährleistet, dass die sensibelsten Informationen geschützt bleiben. Es wurde festgestellt, dass der Fonds im Hinblick auf die Menge und Arten der veröffentlichten Informationen nun weithin dem Standard anderer Institutionen mit ähnlichem Mandat entspricht. Ungeachtet dieser Fortschritte waren die Exekutivdirektoren der einhelligen Meinung, dass noch Spielraum für eine Anhebung der Transparenz bestehe, um die Überwachungstätigkeit und politische Beratung wirksamer zu gestalten und die Legitimität des Fonds unter den Mitgliedern zu stärken. Es wurde eine Anzahl bestimmter Bereiche aufgeführt:

Höhere Veröffentlichungsquoten und kürzere Fristen. Die Exekutivdirektoren unterstützten weithin den Vorschlag des Stabes, ein strafferes Veröffentlichungsschema für alle Stabsberichte über die Verwendung von Fondsmitteln und PSI einzuführen, um die Rechenschaftspflicht des Fonds gegenüber seinen Anteilseignern zu stärken. Die meisten Exekutivdirektoren befürworteten auch Vorschläge zur schnelleren Freigabe von Informationen; so wurde eine unverzügliche Veröffentlichung als binnen 14 Tagen ab einer Direktoriumserörterung definiert, wobei im Falle von Verzögerungen Statements zur Sachlage herausgegeben werden sollen; außerdem wurde für Berichte, die mehr als 90 Tage nach einer Direktoriumsaussprache veröffentlicht werden, eine weniger prominente Publikation eingeführt. Die Exekutivdirektoren nahmen den erklärenden Hinweis des Stabs zur Kenntnis, dass die Definition der unverzüglichen Veröffentlichung und die Verkürzung des üblichen Zeitraums für Löschanträge keine verbindlichen Fristen darstellen.

Klärung der Kommunikation nach außen. Die Exekutivdirektoren wünschten einstimmig eine Straffung der Kommunikationsprodukte nach außen, um die Gefahr widersprüchlicher Nachrichten zu senken. Sie befürworteten die Verwendung eines einzigen Begriffs – „Press Release“ (Pressemitteilung) – für alle Kommunikationsprodukte nach außen sowie die Abschaffung

des Begriffs „Public Information Notice“ (Öffentliche Informationsmitteilung).

Bessere Darstellung der Fondsregeln zur Geheimhaltung. Die Exekutivdirektoren überlegten, wie die Rolle des Fonds als vertrauenswürdiger Berater gegenüber einzelnen Mitgliedern und seine Funktion als globaler Wächter am besten zu vereinen seien. In diesem Zusammenhang unterstützten sie Vorschläge des Stabes, die auf die Förderung eines gemeinsamen Verständnisses der Fondsregeln zur Geheimhaltung zwischen Stab und Mitgliedern abzielten; hierzu gehören genauere Anleitungen für den Mitarbeiterstab, die Klärung der Geheimhaltungsregeln zu Beginn einer jeden Mission, so auch, wann vertrauliche Daten dem Exekutivdirektorium vorgelegt werden müssen, und eine striktere Überprüfung auf Abteilungssebene, damit vertrauliche Daten nicht nach außen dringen.

Überwachung der Gleichbehandlung. Die Exekutivdirektoren befürworteten den Vorschlag zu einer stärkeren Überwachung in diesem Bereich und forderten den Stab dazu auf, Wege zur Bekräftigung von Offenheit und Gleichbehandlung zu erkunden.

Anpassung der Transparenzpolitik an das neue Regelwerk zur Überwachung. Es herrschte weithin Einvernehmen unter den Exekutivdirektoren über die Notwendigkeit, die Transparenzpolitik an die jüngsten Überwachungsreformen anzupassen. Sie befanden einstimmig, dass die Einführung eines Veröffentlichungsschemas für eine neue Kategorie von Mehrländerdokumenten eine gute Möglichkeit sei, um Daten aus der multilateralen Überwachung ungeschönt zu veröffentlichen und gleichzeitig die Vertraulichkeitsanforderungen der Länder zu respektieren. Die Exekutivdirektoren sahen allgemein die Notwendigkeit, die Änderungsregeln für die Artikel-IV-Stabsberichte so anzupassen, dass sie die Konsequenzen der Integrated Surveillance Decision berücksichtigen.

Erleichterung des öffentlichen Zugangs zu den Fondsarchiven. Von den Exekutivdirektoren wurde der Fortschritt bei der Umsetzung der Reformen zur Archivregelung von 2009 begrüßt; sie hielten die weitere Digitalisierung von Dokumenten und die Verschlinkung des Verfahrens für die Freigabe dieses Materials für berechtigt. Die meisten Exekutivdirektoren sahen zudem die Möglichkeit, die Protokolle des Exekutivdirektoriums bereits nach drei statt wie bisher nach fünf Jahren öffentlich zugänglich zu machen. Eine bedeutende Minderheit von Exekutivdirektoren sprach sich allerdings für die Beibehaltung der bestehenden Fristen aus, damit das Gleichgewicht zwischen Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ansichten des Direktoriums und der Freimütigkeit bei Direktoriumsaussprachen gewahrt bleibe. (Die Frist wurde auf drei Jahre verkürzt; siehe nächster Abschnitt.)

Die nächste Überprüfung der Transparenzpolitik soll spätestens 2018 stattfinden.

Öffentlicher Zugriff auf die Protokolle von Exekutivdirektoriumssitzungen

Nach weiteren Gesprächen kam das Exekutivdirektorium im März 2014 überein, die Protokolle der meisten Direktoriumssitzungen bereits nach drei Jahren statt wie bisher üblich nach fünf Jahren öffentlich zugänglich zu machen.⁸⁸ Die Fünfjahresfrist soll nur für Protokolle der Gespräche beibehalten werden, die die Verwendung von Fondsmitteln oder ein PSI zum Gegenstand haben. Damit wurde die Frist zum vierten Mal seit 1996 verkürzt. Die Fristverkürzung für den öffentlichen Zugang zu Direktoriumsprotokollen wurde in den Konsultationen zur Überprüfung der Transparenzpolitik häufig erwähnt, so auch vonseiten der Organisationen der Zivilgesellschaft. Das Direktorium war der Ansicht, dass diese Entscheidung für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ansichten des Direktoriums, Wahrung der Freimütigkeit bei Direktoriumsaussprachen und der Gewährleistung sorgt, dass der Zugang zu den Direktoriumsprotokollen die laufende Fondstätigkeit nicht gefährdet. Damit der Fonds und seine Mitglieder genügend Zeit zur Umsetzung der neuen Regeln haben, einigte sich das Direktorium auf einen Übergangszeitraum von sechs Monaten; die neuen Regeln sollen für die Protokolle aller Direktoriumssitzungen ab 27. August 2014 gelten.

Überprüfung der Kommunikationsstrategie

Unabhängig von seiner Überprüfung der Transparenzpolitik prüft das Exekutivdirektorium seit 1998 auch regelmäßig seine Kommunikationsstrategie. Zuletzt wurde das Exekutivdirektorium im Februar 2014 über die Umsetzung der Strategie unterrichtet; Gegenstand waren auch die wichtigsten Entwicklungen in der Fondskommunikation seit 2007 und die größten Herausforderungen für die Kommunikation in der Zukunft. Die Kommunikationsstrategie wurde im Juli 2014 überprüft.

Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der IWF zweierlei Ziele: erstens, externen Stimmen Gehör zu schenken, um ihre Bedenken und Sichtweisen besser zu verstehen und dadurch die Relevanz und Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung durch den IWF zu verbessern; zweitens, der Außenwelt zu einem tieferen Verständnis der Ziele und der Arbeit des IWF zu verhelfen. Zu den spezifischen Gruppen, für die der IWF Informationsarbeit leistet, gehören Organisationen der Zivilgesellschaft und führende Persönlichkeiten der Jugendarbeit, Gewerkschaften, Parlamentarier, akademische Forscher, Denkfabriken und die Medien. Soziale Medien, Videos und Podcasts werden in den letzten Jahren vermehrt zur Öffentlichkeitsarbeit des IWF eingesetzt.

Die Abteilung Communications des IWF trägt die Hauptverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit des IWF und seine

Beziehungen zu externen Stakeholdern. In dem Maße, in dem die Richtlinien der Institution sich gewandelt haben – zum Beispiel die verstärkte Ausrichtung auf Unterstützung der Armutsbekämpfung in einkommensschwachen Ländern durch einen partizipatorischen Ansatz und die Betonung von Transparenz und guter Verwaltungsführung – sind die Öffentlichkeits- und die Kommunikationsarbeit auch zu einem integralen Bestandteil der Länderarbeit des IWF geworden.

Öffentlichkeitsarbeit von Geschäftsführung und leitenden Mitarbeitern des IWF

Mit der zunehmenden Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit des IWF angesichts der Krise und ihrer Folgen wurde die Geschäftsführung stärker in diese Bestrebungen involviert. Die Öffentlichkeitsarbeit aufseiten der Geschäftsführung und leitender IWF-Mitarbeiter bietet eine Gelegenheit, die Strategie und die wichtigsten politischen Prioritäten für die Mitglieder im Allgemeinen darzulegen; Unterstützung für Politiker zu gewinnen, die schwierige nationale Reformen durchsetzen müssen, die sowohl interne wie globale Vorteile mit sich bringen; mehr über Probleme zu lernen, die wichtige Stakeholder in den Mitgliedsländern betreffen, so auch nichttraditionelle Stimmrechtsgruppen, mit dem Ziel, die Analyse und wirtschaftspolitische Beratung des IWF zu stärken; und die Verpflichtung des IWF zu bekräftigen, seinen Mitgliedern benötigte Unterstützung zu gewähren, insbesondere gegenüber den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern.

Die Geschäftsführende Direktorin, die Stellvertretenden Geschäftsführer und die leitenden Mitarbeiter des IWF bereisen alle fünf Erdteile, wobei sie sich mit Behörden und wichtigen Partnern in den Mitgliedsländern besprechen und zahlreiche Gelegenheiten zur Förderung der Informationsziele des IWF wahrnehmen.

Öffentlichkeitsarbeit für Jugendliche, Gewerkschaften und Parlamentarier

Der IWF legte auch in diesem Geschäftsjahr das Hauptaugenmerk seiner Öffentlichkeitsarbeit auf Organisationen der Zivilgesellschaft, die Jugend, Gewerkschaftsverbände und Parlamentarier. Er knüpft proaktiv Beziehungen zu Parlamentariern, die als Gruppe eine wichtige Rolle im Entscheidungsfindungsprozess ihrer Länder spielen. Er bedient sich dabei bestehender parlamentarischer Dachorganisationen wie Parliamentary Network on the World Bank and International Monetary Fund, Commonwealth Parliamentary Association, Global Organization of Parliamentarians Against Corruption und NATO Parliamentary Assembly. Auf Länderebene wendet sich der IWF an Parlamentarier, die in den Ausschüssen mit Aufsicht über Wirtschaftsfragen vertreten sind.

Der Fonds und die Weltbank unterstützen das Parliamentary Network, das Parlamentariern in aller Welt eine Plattform bietet,

um sich verstärkt für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz in internationalen Finanzinstitutionen und multilateraler Entwicklungsfinanzierung einzusetzen. Im Rahmen des Netzwerks veranstaltete der IWF Konferenzen zu speziellen Themen, so etwa 2012 in Ruanda über die Entwicklung des Privatsektors. Er veranstaltet auch während der Frühjahrs- und Jahrestagungen Workshops für Parlamentarier, um ihnen einen Überblick über die größten wirtschaftlichen Herausforderungen und die neuesten Forschungsergebnisse zu Themenbereichen zu verschaffen, an denen der Fonds gerade arbeitet. Darüber hinaus organisiert der Fonds landes- und themenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, um die speziellen Wirtschaftsfragen zu erörtern, die Abgeordnete in den Parlamenten ihrer Länder zu Gesetzen ausarbeiten werden.

Im siebten Jahr seines Bestehens sponserte das IMF Fellowship Program für Organisationen der Zivilgesellschaft die Teilnahme von 54 Mitgliedern solcher Organisationen und Jugendlichen aus 43 Ländern an der Frühjahrs- und Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington, DC. Die Zivilgesellschaft wurde auch aufgefordert, ihre Perspektiven im Rahmen öffentlicher Konsultationen zu Themen wie dem überarbeiteten Entwurf des Verhaltenskodex zur fiskalischen Transparenz, zu wirtschaftlichen Übertragungswirkungen in der internationalen Besteuerung und zur Dreijahresprüfung der Überwachung 2014 darzulegen.

In den letzten Jahren intensivierte der IWF außerdem seine Jugendarbeit weltweit. Ziel ist der Gedankenaustausch über Lösungen zu den Herausforderungen, mit denen junge Leute konfrontiert sind, insbesondere die Arbeitslosigkeit. Der Fonds setzte seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation – ILO) fort und konzentrierte sich dabei auf drei Bereiche: die Initiative zur sozialen Absicherung, gemeinsame Forschung und Kapazitätsentwicklung sowie den sozialen Dialog. Neben den Beziehungen, die der IWF-Stab auf Länderebene unterhält, kam die Geschäftsführende Direktorin mehrmals mit führenden Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen. Der IWF arbeitet bei Themen wie Fiskalpolitik und Einkommensgefälle sowie bei seiner Wachstums- und Beschäftigungsagenda mit Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen.

Der IWF unterstützte abermals die Stadt Washington, DC und andere Stellen weltweit mit Spenden für humanitäre Hilfe, mit ehrenamtlicher Tätigkeit und Subventionen für gemeinnützige Initiativen vor Ort und in aller Welt. Eine tragende Säule dieser Aktionen ist die Kampagne „Helping Hands“, über die Mitarbeiter des Fonds für Wohltätigkeitsorganisationen spenden können, die Gemeinden in Not helfen; der Fonds ergänzt diese Spenden dann um 50 Prozent.

Kasten 5.4

Initiativen des Regionalbüros für Asien und den Pazifikraum zur Stärkung des politischen Dialogs

Verschiedene hochkarätige Konferenzen, die das Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum (OAP) in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen organisiert hatte, brachten wichtige Entscheidungsträger und führende Wirtschaftsforscher zur Erörterung von Themen zusammen, die für die Region von Belang sind. Eine Konferenz in Bangkok – gemeinsam veranstaltet von OAP und der Bank of Thailand – widmete sich den Herausforderungen, die sich bei den Wechselbeziehungen zwischen Geld-, Fiskal- und makroprudenzieller Politik ergeben. Ein gemeinsam von der Universität Hitotsubashi und dem OAP in Tokio organisiertes Seminar erörterte

die Optionen für aufstrebende Marktwirtschaften im Umgang mit den unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen, die von systemrelevanten Zentralbanken umgesetzt wurden, nicht zuletzt die Auswirkungen eines Ausstiegs. Eine Konferenz in Tokio, zu der die Financial Services Agency of Japan, das Asian Development Bank Institute und das OAP geladen hatten, untersuchte die größten Herausforderungen, die sich für Finanzbehörden bei der Wahrung von Stabilität ergeben, wenn sie gleichzeitig die Verfügbarkeit langfristiger Kredite sichern und eine wettbewerbsfähige Finanzbranche fördern müssen.

Regionalbüros des IWF

Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum

Als Fenster des IWF in die Region Asien und Pazifikraum, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft weiterhin zunimmt, überwacht das Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum (Regional Office for Asia and the Pacific – OAP) Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, um der IWF-Überwachung eine stärker regional geprägte Perspektive zu verleihen. Es sieht seine Aufgabe darin, die Region mit der Rolle des IWF und seinen Grundsätzen vertraut zu machen und andererseits den Fonds über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen zu unterrichten. In dieser Kapazität hat das OAP die bilaterale und regionale Überwachung verstärkt durch eine wachsende Rolle in der Mongolei, aktive Unterstützung und Beteiligung an Arbeit zusammen mit Japan und vermehrte regionale Überwachung mit Foren in Asien, einschließlich ASEAN+3 (Verband Südostasiatischer Nationen plus China, Japan und Korea) und Asia-Pacific Economic Cooperation. Mit dem Japan-IMF Scholarship Program for Asia, dem Japan-IMF Macroeconomic Seminar for Asia und anderen makroökonomischen Seminaren trägt das OAP auch zur Kapazitätsentwicklung in der Region bei. Des Weiteren leistet das OAP Informationsarbeit in Japan und in der Region und trägt durch die Organisation von Konferenzen und Veranstaltungen zu aktuellen Politikfragen im Brennpunkt der IWF-Arbeit zum Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern Asiens bei (siehe Kasten 5.4).

der Europäische Stabilitätsmechanismus, das Europaparlament, der Wirtschafts- und Finanzausschuss und die Eurogroup Working Group erörtern gemeinsam mit dem Europabüro politische Fragen über den Euroraum und die EU sowie die gemeinsamen Länderprogramme von EU und IWF. Es vertritt zudem den IWF bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD). Im Allgemeinen fördert es den Dialog über globale Wirtschaftsfragen mit Institutionen der EU, internationalen Organisationen und Regierungen und der Zivilgesellschaft in Europa und kommt häufig mit Vertretern von Industrieverbänden, Gewerkschaften, der akademischen Forschung und des Finanzsektors zusammen. Es unterstützt zudem die Tätigkeit des IWF in Europa, so bei wirtschaftlicher Überwachung, IWF-gestützten Programmen und technischer Hilfe, und hilft bei der Koordination der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Region.

Regionalbüro in Paris und Brüssel

Das Europabüro des IWF (IMF Europe Office) in Paris und Brüssel dient als Verbindungsglied zu den Institutionen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern sowie zu internationalen Organisationen und zur Zivilgesellschaft in Europa. Institutionen wie die Europäische Kommission, die EZB,

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER

Stand vom 30. April 2014

ERNANNT

Meg Lundsager <i>Unbesetzt</i>	Vereinigte Staaten
Daikichi Momma <i>Isao Hishikawa</i>	Japan
Hubert Temmeyer <i>Steffen Meyer</i>	Deutschland
Hervé de Villeroché <i>Unbesetzt</i>	Frankreich
Stephen Field <i>Christopher Yeates</i>	Vereinigtes Königreich

GEWÄHLT

Menno Snel <i>Willy Kiekens</i> <i>Oleksandr Petryk</i>	Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern
José Rojas <i>Fernando Varela</i> <i>María Angélica Arbeldáez</i>	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Venezuela
Andrea Montanino <i>Thanos Catsambas</i>	Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino
Wimboh Santoso <i>Rasheed Abdul Ghaffour</i>	Brunei Darussalam, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam
ZHANG Tao <i>SUN Ping</i>	China
Jong-Won Yoon <i>Ian Davidoff</i> <i>Vicki Plater</i>	Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu
Thomas Hockin <i>Mary T. O'Dea</i>	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen
Audun Groenn <i>Pernilla Meyersson</i>	Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden

Momodou Saho <i>Chileshe M. Kapwepwe</i> <i>Okwu Joseph Nnanna</i>	Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda
A. Shakour Shaalan <i>Sami Geadah</i>	Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
Johann Prader <i>Omer Yalvac</i> <i>Miroslav Kollar</i>	Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn
Rakesh Mohan <i>Kosgallana Ranasinghe</i>	Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Fahad Alshathri <i>Hesham Alogeel</i>	Saudi-Arabien
Daniel Heller <i>Dominik Radziwill</i>	Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan
Paulo Nogueira Batista, Jr. <i>Hector Torres</i> <i>Luis Oliveira Lima</i>	Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago
Aleksei V. Mozhin <i>Andrei Lushin</i>	Russische Föderation
Jafar Mojarrad <i>Mohammed Da'iri</i>	Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien
Alvaro Rojas-Olmedo <i>Sergio Chodos</i>	Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay
Kossi Assimaidou <i>Nguéto Tiraina Yambaye</i> <i>Woury Diallo</i>	Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

LEITENDE MITARBEITER

Stand vom 30. April 2014

Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin

David Lipton

Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Naoyuki Shinohara

Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Min Zhu

Stellvertretender Geschäftsführender Direktor

Olivier J. Blanchard,

Wirtschaftsberater

José Viñals,

Finanzberater

REGIONALABTEILUNGEN

Antoinette Monsio Sayeh

Direktorin, Abteilung Afrika

Chang Yong Rhee

Direktor, Abteilung Asien und Pazifikraum

Reza Moghadam

Direktor, Abteilung Europa

Masood Ahmed

Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien

Alejandro M. Werner

Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN

Gerard T. Rice

Direktor, Abteilung Kommunikation

Andrew Tweedie

Direktor, Abteilung Finanzen

Sanjeev Gupta

Antretender Direktor, Abteilung Fiskalpolitik

Sharmini A. Coorey

Direktorin, Institut für Kapazitätsentwicklung

Sean Hagan

Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht

José Viñals

Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte

Olivier J. Blanchard

Direktor, Abteilung Forschung

Louis Marc Ducharme

Direktor, Abteilung Statistik

Siddharth Tiwari

Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung

INFORMATION UND LIAISON

Odd Per Brekk

Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifikraum

Christian Mumssen

Direktor, Europa-Büros

Axel Bertuch-Samuels

Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen

UNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

Mark W. Plant

Direktor, Abteilung Personalwesen

Jianhai Lin

Sekretär, Abteilung Sekretariat

Frank Harnischfeger

Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Susan Swart

Chief Information Officer, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

BÜROS

Daniel A. Citrin

Direktor, Büro für Haushalt und Planung

Clare Brady

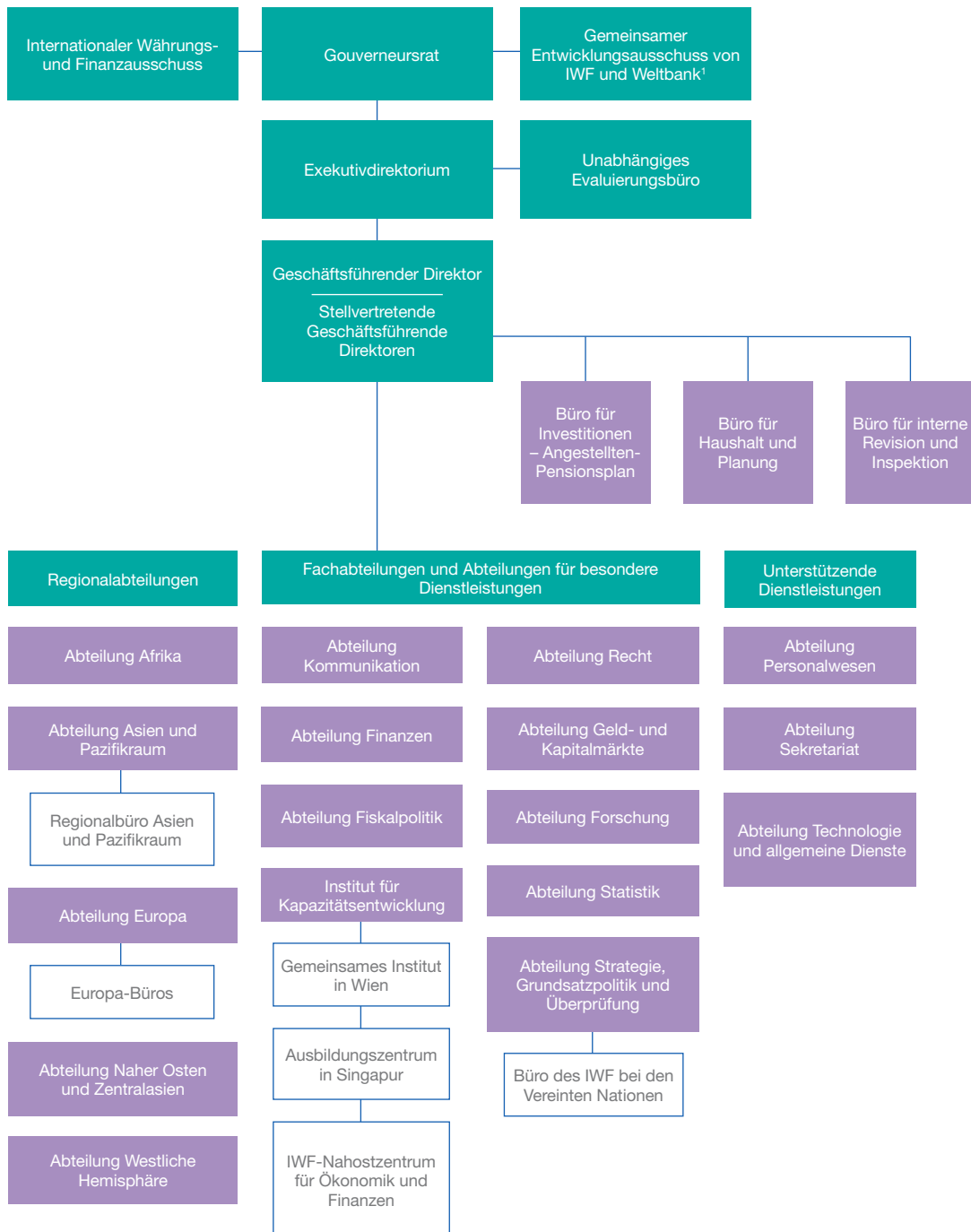
Direktorin, Büro für interne Revision und Inspektion

Moises J. Schwartz

Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

ORGANIGRAMM DES IWF

Stand vom 30. April 2014



¹ Der formelle Titel lautet: Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries).

ANMERKUNGEN

- 1 Das Geschäftsjahr (GJ) des IWF beginnt am 1. Mai und endet am 30. April des darauffolgenden Jahres.
- 2 Informationen zu den Erkenntnissen und Empfehlungen aus MAP und IWF-Stabsanalyse finden sich unter www.imf.org/external/np/g20/index.htm.
- 3 Siehe dazu den „Macroeconomic and Reform Priorities Report“ des IWF-Stabs unter Mitwirkung der OECD und der Weltbank. (www.g20.org/sites/default/files/g20_resources/library/G-20%20Macroeconomic%20Reform%20Priorities%20Report%20Feb%2012%202014.pdf).
- 4 Siehe „2014 Triennial Surveillance Review: Concept Note“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/100813.pdf).
- 5 Im Rahmen der jährlichen Konsultationen mit jedem Mitgliedsland nach Artikel IV des IWF-Übereinkommens besucht ein Team des IWF das Land, um sich mit Behördenvertretern über Risiken zu inländischen wie globalen Stabilitätsrisiken auszutauschen, die nach einer Politikanpassung verlangen. Bei seiner Rückkehr zum Hauptquartier des IWF legt das Team dem Exekutivdirektorium einen Bericht zur Erörterung vor: den „Artikel-IV-Bericht“, worauf das Exekutivdirektorium die Konsultation abschließt. Weitere Informationen finden Sie im Webkasten 3.1 „Bilaterale Überwachung“.
- 6 Siehe www.imf.org/external/pubs/ft/reo/reorepts.aspx.
- 7 Siehe „Global Liquidity—Issues for Surveillance“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/031114.pdf).
- 8 Siehe PR Nr. 13/324, „IMF Executive Board Discusses Nordic Regional Report on Denmark, Finland, Norway, and Sweden“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13324.htm).
- 9 Siehe PR Nr. 14/167, „IMF Executive Board Reviews the Fund's Strategy for Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism (AML/CFT)“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14167.htm).
- 10 Siehe „Factsheet: Standards and Codes: The Role of the IMF“ (<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sc.htm>).
- 11 Siehe „Financial Surveillance Strategy—Progress Report“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/091213.pdf).
- 12 Siehe PR Nr. 14/08, „IMF Executive Board Reviews Mandatory Financial Stability Assessments under the Financial Sector Assessment Program“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1408.htm).
- 13 Siehe PR Nr. 13/376, „IMF Executive Board Discusses 2013 Low-Income Countries Global Risks and Vulnerabilities Report“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13376.htm).
- 14 Siehe „Debt Limits in Fund Programs with Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/030113.pdf).
- 15 Siehe PR Nr. 13/252, „Heads of Agency Pledge to Do More to Support Poorest Countries to Benefit from Trade“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13252.htm).
- 16 Siehe „Sustaining Long-Run Growth and Macroeconomic Stability in Low-Income Countries—The Role of Structural Transformation and Diversification“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/030514.pdf).
- 17 Siehe www.imf.org/external/np/res/dfidimf/diversification.htm.
- 18 Weitere Informationen hierzu finden sich auf www.vienna-initiative.com.
- 19 Siehe PR Nr. 14/11, „Vienna Initiative Sets Priorities for 2014“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1411.htm).
- 20 Siehe „Toward New Horizons – Arab Economic Transformation Amid Political Transitions“ (www.imf.org/external/pubs/ft/dp/2014/1401mcd.pdf).
- 21 Siehe PR Nr. 14/164, „IMF Launches Quarterly Bulletin on Asia and Pacific Small States“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14164.htm).
- 22 Kapitel 4 erläutert das Quotensystem des IWF.
- 23 In dieser Zahl sind die ausstehenden Ziehungen aus der Runde bilateraler Kreditvereinbarungen von 2009–10 enthalten, die zum 1. April 2013 eingestellt wurden. In der neuen Kreditaufnahmerunde von 2012 (die Bilateralen Kreditaufnahmevereinbarungen von 2012), die als zweite Verteidigungslinie für Quoten- und NAB-Mittel dient, bestehen keine ausstehenden Ziehungen.
- 24 Siehe „Factsheet: IMF Standing Borrowing Arrangements“ www.imf.org/external/np/exr/facts/gabnab.htm.
- 25 Siehe „Stocktaking the Fund's Engagements with Regional Financing Arrangements“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/041113b.pdf).
- 26 Siehe PR Nr. 14/84, „IMF Executive Board Discusses FCL, PLL, and RFI Review“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13306.htm).

- 27 Siehe PR Nr. 14/148, „IMF Executive Board Reviews Conditionality in Evolving Monetary Policy Regimes“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14148.htm).
- 28 Hierbei handelt es sich um einen Bruttobetrag, der nicht um gekündigte Vereinbarungen bereinigt wurde. Die Umrechnung in US-Dollar entspricht dem Wechselkurs von 0,64529 SZR zu 1 US-Dollar am 30. April 2014.
- 29 Ausschüttungen unter Kreditvereinbarungen aus dem Konto für allgemeine Ressourcen werden als „Käufe“ bezeichnet, Rückzahlungen nennt man „Rückkäufe“.
- 30 Siehe PR Nr. 13/306, „Hungary Repays Early Its Outstanding Obligations to the IMF“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13306.htm).
- 31 Schuldenerleichterung im Rahmen dieser Initiativen wird in zwei Schritten gewährt: vorübergehende Schuldenerleichterung in der Anfangsphase, als Entscheidungszeitpunkt bezeichnet, und vollständige Schuldenerleichterung, wenn ein Land seine Zusagen erfüllt, Abschlusszeitpunkt genannt. Weitere Angaben zu diesen Initiativen finden sich in „Factsheet: Debt Relief Under the Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/hipc.htm) und „Factsheet: The Role of the IMF“ (<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sc.htm>).
- 32 Siehe PR Nr. 13/231, „IMF Executive Board Completes Sixth Review Under Policy Support Instrument for Mozambique and Approves a New Three-Year PSI“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13231.htm), 13/239, „IMF Executive Board Completes Sixth Review Under Policy Support Instrument for Uganda and Approves a New Three-Year PSI“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13239.htm), und 13/483, „IMF Executive Board Completes Seventh and Final Review Under the Policy Support Instrument with Rwanda Approves New Three-Year PSI“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13483.htm).
- 33 Siehe IWF-Politikpapier „Reassessing the Role and Modalities of Fiscal Policy in Advanced Economies“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/072113.pdf).
- 34 Siehe IWF-Politikpapier „Fiscal Policy and Income Inequality“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/012314.pdf).
- 35 Siehe IWF-Politikpapier „International Taxation and the Role of the IMF“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/062813.pdf).
- 36 Der Verhaltenskodex kann online eingesehen werden unter www.imf.org/external/np/fad/trans/code.htm.
- 37 Siehe PR Nr. 13/408, „IMF Approves Unification of Discount Rates used in External Debt Analysis for Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13408.htm).
- 38 Siehe PIN Nr. 13/61, „IMF Executive Board Discusses Sovereign Debt Restructuring—Recent Developments and Implications for the Fund’s Legal and Policy Framework“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1361.htm).
- 39 Der Pariser Club ist eine informelle Gruppe 19 staatlicher Gläubiger, deren Aufgabe die Herbeiführung koordinierter und tragfähiger Lösungen für die Zahlungsschwierigkeiten von Schuldnerländern ist. Siehe www.clubdeparis.org.
- 40 Siehe PR Nr. 13/233, „PR Public Debt Management Forum and U.S. Treasury Roundtable on Treasury Markets and Debt Management Held at IMF Headquarters“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13233.htm).
- 41 Siehe PR Nr. 14/181, „IMF-World Bank Publish Revised Guidelines for Public Debt Management“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14181.htm).
- 42 Siehe „Modernizing the Framework for Fiscal Policy and Public Debt Sustainability Analysis“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/080511.pdf).
- 43 Siehe IWF-Politikpapier „Global Impact and Challenges of Unconventional Monetary Policies“ auf www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/090313.pdf.
- 44 Siehe „Unconventional Monetary Policy—Recent Experiences and Prospects“ (www.imf.org/external/np/pp/longres.aspx?id=4764).
- 45 Siehe „Global Liquidity—Credit and Funding Indicators“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/031114.pdf).
- 46 Siehe PR Nr. 13/342, „IMF Executive Board Discusses Key Aspects of Macprudential Policy“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13342.htm).
- 47 Ein Ziel des Fonds ist es insbesondere, „die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern und dadurch zur Förderung und Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrads und Realeinkommens sowie zur Entwicklung des Produktionspotenzials aller Mitglieder als oberste Ziele der Wirtschaftspolitik beizutragen“.
- 48 Siehe „Jobs and Growth: Analytical and Operational Considerations for the Fund“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/031413.pdf).
- 49 Siehe PR Nr. 14/96, „IMF Executive Board Discusses Further Considerations on Assessing Reserve Adequacy“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1496.htm).
- 50 Siehe „Bewertung der Angemessenheit von Reserven“ in Kapitel 3 des *Jahresberichts 2011* des IWF: *Ausgewogenes Wachstum verfolgen für alle* (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2011/deu/>).

- 51** Siehe PR Nr. 10/418, „IMF Executive Board Approves Major Overhaul of Quotas and Governance“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10418.htm).
- 52** Das Ergebnis der umfassenden Überprüfung der Quotenformel wurde im Bericht des Exekutivdirektoriums an den Gouverneursrat im Januar 2013 vorgelegt. Siehe PR Nr. 13/30, „IMF Executive Board Reports on the quota Formula Review“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1330.htm).
- 53** Drei allgemeine Bedingungen müssen erfüllt sein, bevor die Quotenerhöhung unter der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung in Kraft treten kann: (i) Zustimmung zur Quotenerhöhung vonseiten der Mitglieder, die mit Stand vom 5. November 2010 mindestens 70 Prozent der Quoten auf sich vereinigen, (ii) Inkrafttreten der vorgeschlagenen Änderung zur Reform des Exekutivdirektoriums und (iii) Inkrafttreten der Änderung zu Stimme und Beteiligung. Nur Bedingung (ii) ist noch schwebend. Für das Inkrafttreten der vorgeschlagenen Änderung ist die Billigung durch drei Fünftel der Mitglieder, die 85 Prozent der Gesamtstimmen auf sich vereinigen, notwendig.
- 54** Siehe PR Nr. 14/22, „IMF Executive Board Reports to the Board of Governors on the 2010 Reforms and the Fifteenth General Review of Quotas“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1422.htm).
- 55** Der Bericht enthielt einen dahingehenden Beschluss, der vom Gouverneursrat angenommen wurde.
- 56** 47 Mitglieder hatten der Änderung zur Direktoriumsreform noch nicht zugestimmt. Die Zustimmung durch die Vereinigten Staaten ist notwendig, um den notwendigen Schwellenwert für die Änderung zur Direktoriumsreform zu erreichen.
- 57** Siehe IWF-Stabspapier „Quota Formula–Data Update and Further Considerations“ auf www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/060513.pdf.
- 58** Siehe PIN 13/72, „IMF Executive Board Reviews the Fund’s Capacity Development Strategy“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1372.htm).
- 59** Siehe PR Nr. 13/208, „IMF Welcomes Paraguay’s First Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism Plan“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13208.htm).
- 60** Siehe PR Nr. 13/527, „Donors pledge \$18.9 million to Strengthen Technical Assistance on Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13527.htm).
- 61** Siehe PR Nr. 13/316, „Palau Begins Participation in the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13316.htm).
- 62** Siehe PR Nr. 13/449, „Myanmar Begins Participation in the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13449.htm).
- 63** Siehe PR Nr. 14/89, „The Republic of Marshall Islands Begins Participation in the IMF’s General Data Dissemination System“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1489.htm).
- 64** Siehe PR Nr. 13/160, „Special Data Dissemination Standard Workshop in Gaborone, Botswana“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13160.htm).
- 65** Siehe PR Nr. 13/497, „Statement by the IMF Executive Board on Argentina“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13497.htm).
- 66** Siehe „Strengthening the Effectiveness of Article VIII, Section 5“ auf [www.imf.org/external/pubs/ft/sd/index.asp?decision=13183-\(04/10\)](http://www.imf.org/external/pubs/ft/sd/index.asp?decision=13183-(04/10)).
- 67** Siehe PR Nr. 13/251, „G20 Officials Welcome Progress in implementing the G20 Data Gaps Initiative“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13251.htm).
- 68** Siehe PR Nr. 14/54, „IMF Statistics Department Drafts Template to Collect Data on Government Revenues from Natural Resources“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1454.htm).
- 69** Siehe PR Nr. 13/236, „IMF Releases Data on the Currency Composition of Foreign Exchange Reserves with Additional Data on Australian and Canadian Dollar Reserves“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13236.htm).
- 70** Siehe PR Nr. 13/486, „IMF Releases Results from 2012 Coordinated Direct Investment Survey“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13486.htm).
- 71** Siehe PR Nr. 13/230, „IMF Releases Revised Results and Expands Coordinated Direct Investment Survey to 100 Economies“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13230.htm).
- 72** Siehe PR Nr. 13/444, „IMF Releases Results of 2012 Coordinated Portfolio Investment Survey“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13444.htm).
- 73** Siehe PR Nr. 13/345, „IMF Releases 2013 Financial Access Survey Data“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13345.htm).
- 74** Siehe „Neue Regeln und Vorschriften für das Investment Account“ im *Jahresbericht 2013* des IWF: *Die globale Konjunkturerholung sichern und stärken* (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2013/deu/).

- 75** Siehe „Gebühren“ in Kapitel 5 des *Jahresberichts 2012* des IWF: *Gemeinsam die globale Erholung unterstützen* (www.imf.org/external/german/pubs/ft/ar/2012/ar12_deu.pdf).
- 76** Kredittranchen beziehen sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote des Mitglieds im IWF. Auszahlungen bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds verstehen sich als Auszahlungen unter der ersten Kredittranche und verlangen, dass die Mitglieder angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Auszahlungen über 25 Prozent werden als Ziehungen der oberen Kredittranche bezeichnet. Sie erfolgen in Raten, die ausbezahlt werden, wenn der Kreditnehmer bestimmte Leistungsziele erreicht. Diese Auszahlungen erfolgen in der Regel im Zusammenhang mit Stand-By oder Extended Arrangements (sowie der neuen Flexible Credit Line). Zugang zu den IWF-Mitteln außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird voraussichtlich auch so bleiben.
- 77** Weil die Gewinne aus dem Goldverkauf zu den allgemeinen Mitteln des IWF gehören, die allen Mitgliedern zur Verfügung stehen, können sie nicht direkt in den PRGT eingezahlt werden, der nur einkommensschwachen Ländern dient. Deshalb mussten die Ressourcen an alle Mitglieder im Verhältnis zu ihren Quotenanteilen ausgezahlt werden, damit sie für die PRGT-Finanzierung verwendet werden können; dies geschieht in der Erwartung, dass die Mitglieder den IWF anweisen, diese Mittel als Subventionsbeiträge in den PRGT einzuzahlen (oder entsprechende Summen bereitstellen). Siehe „Factsheet: Gold in the IMF“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/gold.htm) und Factsheet: „Factsheet: IMF Quotas“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/quotas.htm).
- 78** Siehe PR Nr. 13/398, „IMF Secures Financing to Sustain Concessional Lending to World’s Poorest Countries over Longer Term“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13398.htm).
- 79** Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoausgaben bezieht sich auf Eingänge, die hauptsächlich Mittel externer Geber für die Kapazitätsentwicklung durch den IWF darstellen.
- 80** Siehe PR Nr. 14/75, „IMF Executive Board Discusses the Adequacy of the Fund’s Precautionary Balances“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1475.htm).
- 81** Der Fortschritt in Sachen Vielfalt wird ausführlicher im *Diversity Annual Report* beschrieben.
- 82** Siehe www.ieo-imf.org/ieo/pages/IEOHome.aspx. Druckausgaben vieler Evaluierungsdokumente des IEO können auch über den IMF Bookstore (www.imfbookstore.org) bezogen werden.
- 83** Siehe PR Nr. 13/302, „IMF Executive Board Discusses Implementation Plan in Response to Board-Endorsed Recommendations for the IEO Evaluation of the Role of the IMF as Trusted Advisor“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13302.htm).
- 84** Die erste externe Evaluierung wurde 2006 abgeschlossen.
- 85** Der vollständige Wortlaut der Transparenzpolitik des IWF findet sich unter „The Fund’s Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/102809.pdf).
- 86** Siehe „Key Trends in Implementation of the Fund’s Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/100313.pdf).
- 87** Siehe PR Nr. 13/270, „IMF Executive Board Reviews the IMF’s Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13270.htm).
- 88** Siehe PR Nr. 14/86, „IMF Executive Board Reduces Lag of Public Access to Executive Board Minutes“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1486.htm).

IFRS	International Financial Reporting Standards (Internationale Standards für die Rechnungslegung)	PSI	Policy Support Instrument (Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik)
IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss)	RCF	Rapid Credit Facility (Schnellkreditfazilität)
MAP	Mutual Assessment Process (Verfahren der gegenseitigen Bewertung)	REO	<i>Regional Economic Outlook</i>
MDRI	Multilateral Debt Relief Initiative (Multilaterale Entschuldungsinitiative)	RFI	Rapid Financing Instrument (Schnellfinanzierungsinstrument)
NAB	New Arrangements to Borrow (Neue Kreditvereinbarungen)	ROSC	Report on the Observance of Standards and Codes (Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes)
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)	RTAC	Regional Technical Assistance Center (Regionales Zentrum für technische Hilfe)
OIA	Office of Internal Audit and Inspection (Büro für interne Revision und Inspektion)	SBA	Stand-By Arrangement (Bereitschaftskreditvereinbarung)
PIN	Public Information Notice (Öffentliche Informationsmitteilung)	SDDS	Special Data Dissemination Standard (Spezieller Datenweitergabestandard)
PLL	Precautionary and Liquidity Line (Vorsorgliche und Liquiditätslinie)	SDR (SZR)	Special Drawing Right (Sonderziehungsrecht)
PR	Press release (Pressemitteilung)	TSR	Triennial Surveillance Review (Dreijahresprüfung der Überwachung)
PRGT	Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum)	UMP	Unconventional monetary policy (unkonventionelle Geldpolitik)
		WEO	<i>World Economic Outlook</i>

© 2014 Internationaler Währungsfonds
Jahresbericht 2014 – Von Stabilisierung zu nachhaltigem Wachstum
ISBN 978-1-49837-488-0 (gedruckte Fassung)
ISBN 978-1-49830-138-1 (PDF)

Hinweis: Die Analysen und politischen Überlegungen, die in dieser Veröffentlichung zum Ausdruck gebracht werden, sind die der Exekutivdirektoren.

Publikationen können online, per Fax oder Post angefordert werden:
International Monetary Fund, Publication Services
P.O. Box 92780, Washington, DC 20090, USA
Tel.: (202) 623-7430 Fax: (202) 623-7201
E-Mail: publications@imf.org
www.imfbookstore.org | www.elibrary.imf.org

VERANTWORTLICHE MITARBEITER

Dieser Jahresbericht wurde vom Referat für Redaktion und Publikationen der Communications-Abteilung des IWF erstellt. David Hawley, Jeremy Clift und Nagwa Riad betreuten die Arbeit des Jahresbericht-Teams unter der Leitung des Evaluation Committee des Exekutivdirektoriums, dessen Vorsitz Menno Snel innehat. Die Redakteure waren S. Alexandra Russell (die als wichtigste Verfasserin auch den Entwurf und die Herstellung koordinierte) sowie Cathy Gagnet und Michael Harrup. Nagwa Riad und Anthony Annett leisteten bedeutende Beiträge zum Text. Akshay Modi und Suzanne Alavi leisteten Assistenzarbeit.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Sandra Janisch (Terminologie, Revision und Korrektur), Susanne Bunzel-Harris (Übersetzung), Brian De Nicola (Herstellung), Charismarcom.de (Satz).

Bildnachweis:

Liu Ying/Xinhua/Photoshot/Newscom	Einband, Vorderseite (oben)
Thomas Imo/Photothek via Getty Images	Einband, Vorderseite (unten)
QQ7/Shutterstock	Einband, Rückseite
IWF-Stabsfoto	Seiten 4–7
Stephen Jaffe/© IMF photo	Seiten 67 (links und rechts), 72 (links), 76 (links)
Michael Spilotro/© IMF photo	Seiten 72 (rechts), 75 (Kasten), 76 (rechts)
Yuri Gripas/© IMF photo	Seiten 66 (links und rechts), 75 (rechts)
Ryan Rayburn/© IMF photo	Seiten 65 (oben und unten), 75 (links)
Alfredo Caliz/Panos Pictures	Seite 9 (oben)
Petr Sznapka/CTK via AP Images	Seite 9 (unten)
Franck Robichon/EPA/Newscom	Seite 10 (links)
Rosseforp/ImageBROKER/Glow Images	Seite 10 (rechts)
Dorte Verner	Seiten 11 (links), 25 (rechts), 55 (links)
James Akena/Reuters/Newscom	Seite 11 (rechts)
© Westend61 GmbH/Alamy	Seite 13 (oben)
Eduard Korniyenko/Reuters/Newscom	Seite 13 (unten)
Erik Isakson/Blend/Glow Images	Seite 14 (links)

Yorgos Karahalidis/Reuters/Newscom	Seite 14 (rechts)
John Vizcaino/Reuters/Newscom	Seite 15 (links)
Veronica Bacalu	Seite 15 (rechts)
Bay Ismoyo/AFP/Getty Images	Seite 19 (oben)
Ian Teh/Panos Pictures	Seite 19 (unten)
Adrian Alter	Seite 20 (links)
Dinuka Liyanawatte/Reuters/Newscom	Seite 20 (rechts)
Hazir Reka/Reuters/Newscom	Seite 21 (links)
Rupak De Chowdhuri/Reuters/Newscom	Seite 21 (rechts)
Nacho Doce/Reuters/Newscom	Seite 22 (links)
Philippe Lissac/Glow Images	Seite 22 (rechts)
Thomas Imo/Photothek via Getty Images	Seite 25 (links)
Youssef Boudlal/Reuters/Newscom	Seite 28 (links)
© Design Pics Inc.–RM Content/Alamy	Seite 28 (rechts)
Ahmad Sidique/Xinhua/Photoshot/Newscom	Seite 31 (links)
Bogdan Cristell/Reuters/Newscom	Seite 31 (rechts)
LOOK/Robert Harding	Seite 39 (oben)
Tim Gartside/age fotostock	Seite 39 (unten)
Morten Andersen/Bloomberg via Getty Images	Seite 40 (links)
Indranil Mukherjee/AFP/Getty Images/Newscom	Seite 40 (rechts)
EPA/Khaled Elifqi/Newscom	Seite 41 (links)
Petterik Wiggers/Panos Pictures	Seite 41 (rechts)
Nicolas Celaya/Xinhua/Photoshot/Newscom	Seite 45 (links)
José Manuel Ribeiro/Reuters/Newscom	Seite 45 (rechts)
Superstock/Glow Images	Seite 46 (links)
Keith Miao	Seite 46 (rechts)
Lynn Bo Bo/EPA/Newscom	Seite 51 (links)
Orestis Panagiotou/EPA/Newscom	Seite 51 (rechts)
Imaginechina via AP Images	Seite 55 (rechts)
Akos Stiller/Bloomberg via Getty Images	Seite 56 (links)
Marc Shoul/Panos Pictures	Seite 56 (rechts)
© Stephanie Rabemafara/DanitaDelimont.com	Seite 58 (links)
STR/EPA/Newscom	Seite 58 (rechts)
Neena Kapur	Seite 59 (links)
Exactostock/Superstock	Seite 59 (rechts)

Abbildung Einband Rückseite: Die Karlsbrücke in Prag, Tschechische Republik



IWF-JAHRESBERICHT 2014
INTERNATIONAL MONETARY FUND
700 19TH STREET NW
WASHINGTON, DC 20431 USA



ISBN-13: 978-1-47630-136-1



9 781498 301381